

Geheimdienst gab Tipp nach Solingen-Anschlag

Mutmaßlicher Täter Issa Al Hassan stellte sich – anders als bislang bekannt – nicht freiwillig

Es war am späten Samstagabend, rund 24 Stunden nach der Messerattacke mit drei Toten, als Polizeibeamte Issa Al Hassan in Solingen in Gewahrsam nahmen – so viel ist klar. Doch die Umstände der Festnahme waren nach Informationen von WELT anders als bislang bekannt. So hatte unter anderem der „Spiegel“ berichtet, der 26-jährige Syrer habe sich einer Polizeistreife „gestellt“.

VON IBRAHIM NABER
UND TIM RÖHN

Aus Ermittlerkreisen heißt es, der Syrer habe sich zunächst in einem Gebüsch in Tatortnähe verschanzt und soll an der Straße durch Beamte konfrontiert worden sein. Dann klickten die Handschellen. Das mutmaßliche Nachtatverhältnis bewerten Ermittler als „stümperhaft“. Dies deutet darauf hin, dass sich Al Hassan keinen größeren Plan zurechtgelegt hätte.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) bestätigte am Donnerstag im Düsseldorfer Landtag, dass Al Hassan sich nicht gestellt habe. Einer Polizeistreife sei am späten Samstagabend in der Nähe des Tatorts ein Mann aufgefallen, der den Beamten durch Verhalten und Erscheinungsbild verdächtig vorgekommen sei. Der Mann sei angesprochen und festgenommen worden.

Der Festnahme Al Hassans war eine aufreibende Suche in der 160.000-Einwohner-Stadt vorausgegangen, bei der die Behörden auf eine Öffentlichkeitsfahndung verzichtet hatten. Aus Sicherheitskreisen hieß es nun, man habe schon früh im Laufe des Samstags gewusst, wen man eigentlich suche – und wo. Durch eine öffentliche Mitteilung der Identität oder zumindest einer Personenbeschreibung hätte man den Täter womöglich aufgeschreckt, das habe man verhindern wollen.

Stunden vor der Festnahme war bei den deutschen Sicherheitsbehörden der Hinweis eines ausländischen Geheimdienstes eingegangen, der bei der Identifizierung des Täters half. Dies wurde dieser Redaktion von mehreren Personen aus deutschen Sicherheitskreisen bestätigt; zuerst hatte die „Tagesschau“ über den Hinweis berichtet.

Wie WELT erfuhr, hatte der Nachrichtendienst den Deutschen Informationen aus dem Cyber-Bereich geliefert. Welche Hinweise konkret gegeben wurden, ist bislang nicht bekannt. Schon in den vergangenen Jahren waren es immer wieder Hinweise von Diensten aus dem Ausland gewesen, die zur Ergreifung von Terrorverdächtigen in Deutschland führten. Im Dezember 2022 etwa erhielten Ermittler in Nordrhein-Westfalen einen Tipp des US-Inlandsgeheimdienstes FBI.

Diese Informationen führten zur Festnahme von Islamisten in Castrop-Rauxel, die einen Anschlag mit Biowaf-

fen in Deutschland geplant haben sollen. Darauf deuteten Chats einer Messenger-Gruppe hin. Gerhard Schindler, ehemaliger Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), sagte WELT bereits im vergangenen Jahr: „Wir sind auf die Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten angewiesen. Die bittere Realität ist: Wir brauchen sie, sie uns nicht!“

Fakt ist: Viele ausländische Dienste haben mehr und wirksamere Befugnisse bei der Überwachung digitaler Kommunikation als deutsche. Reul warnte am Donnerstag im Landtag vor Mutmaßungen. „Die Arbeit von Nachrichtendiensten funktioniert nur durch Ermittlungsarbeit, mit Quellen, mit Informanten“, sagte Reul. Jede Spekulation – auch, wenn sie nur heiße Luft sei – gefährde diese Arbeit. Weiterhin ungeklärt ist die Rolle von Al Hassans ebenfalls festgenommenen Mitbewohners Salm al K. Bei der Ergreifung soll er Polizisten zunächst gesagt haben, dass er über Informationen zur Tat verfüge und „auspacken“ wolle. Bislang hat er in der Vernehmung jedoch keine weiterführenden Angaben gemacht. Al K. und der mutmaßliche Täter kennen sich laut Ermittlern schon seit mehreren Jahren und lebten auch zuletzt in einer Unterkunft zusammen.

Einen Durchbruch bei der Aufklärung der Tat erhoffen sich Ermittler durch ein sichergestelltes Handy des Verdächtigen. Obwohl dieses stark beschädigt sei, soll eine Auswertung der Dateien möglich sein, heißt es in Polizeikreisen. Dies könnte Antworten auf die Frage bringen, wie eng die Verbindung von Issa Al Hassan zur Terrormiliz IS war. Auch ist weiterhin unklar, warum der Syrer überhaupt nach Deutschland kam, wann er seine Tat plante und ob er mit anderen Islamisten in Deutschland und anderen Ländern in Kontakt stand. Sicherheitsbehörden halten die Gefahr weiterer islamistischer Anschläge in der Bundesrepublik für groß.

Das Online-Portal „Nius“ hatte am Mittwoch berichtet, im März 2024 sei im Zimmer von Al Hassan und seinen zwei Mitbewohnern in der Solinger Flüchtlingsunterkunft eine Fahne des sogenannten Islamischen Staats (IS) sichergestellt worden. Unklar sei, ob der Vorfall der Heimleitung und der Polizei gemeldet wurde. Ein Stadtsprecher teilte mit, keine Kenntnisse zu einer IS-Fahne zu haben. Auch darüber hinaus wisse man von islamistischen Vorfällen nichts. Das Diakonische Werk Solingen, das Sozialarbeit in der Unterkunft verrichtet, wollte mögliche islamistische Umtriebe nicht kommentieren.

Auch das Polizeipräsidium in Düsseldorf wollte sich auf Anfrage nicht äußern, verwies an den Generalbundesanwalt (GBA). Deutschlands höchste Ermittlungsbehörde äußert sich zum Stand der Ermittlungen grundsätzlich nicht.

Markus Söder hat sich große Mühe gegeben, auf eher possierliche Art und Weise zum Gesprächsthema dieses Sommers zu werden. Er hat sich im Urlaub nicht rasiert, weil für ihn Urlaub ist, wenn er sich nicht rasieren muss.

ZIPPERT ZAPPT

Dafür hat er einiges in Kauf genommen, beispielsweise, dass er plötzlich wie ein SPD-wählender Erdkundelehrer mit Magenproblemen aussah. Das muss man wirklich wollen. Aber leider konnte er sein Geltungsbedürfnis diesmal nicht so richtig befriedigen, weil sich anderswo schreckliche Dinge ereigneten, neben de-

nen sein Erdkundelehrerbart beinahe harmlos wirkte. Er konnte dann allerdings auch nicht sofort zum Rasiermesser greifen, weil Messer grundsätzlich nicht gern gesehen waren. Also forderte er vollbartig im Sommerinterview Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan, und irgendwie seien Sechstagebart sich dabei zu einem Talibanbart auszuwachsen. Aber das kann an der Kameraführung gelegen haben. Söder ist jetzt jedenfalls der bärtigste Spitzenpolitiker der Union, sein Bart setzt Zeichen. Friedrich Merz muss zeigen, ob er diesem Bart gewachsen ist.



Die Menschenrechtsaktivistin Düzen Tekkal und der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann im Streitgespräch: **Seiten 2/3**

„Warum ist es nicht gelungen, die Menschen mitzunehmen?“

„Wir sind doch das Bollwerk gegen Extremisten!“

Deutschland droht in der Forschung Bedeutungsverlust

Sinkende Investitionen, weniger Patente: Chemieindustrie kehrt dem Standort den Rücken

Auch positive Ergebnisse können mitunter Anlass zur Sorge sein. Das zeigt sich derzeit ganz besonders mit Blick auf den Forschungsstandort Deutschland. So sind die Etats für Forschung und Entwicklung in den beiden wichtigen Industriezweigen Pharma und Chemie nach Schätzungen des Verbands der chemischen Industrie (VCI) im Vorjahr zwar um vier Prozent auf rund 15,5 Milliarden Euro angestiegen. Eine positive Entwicklung will der VCI darin aber nicht erkennen.

VON ANJA ETTTEL UND ANDREAS MACHO

Denn getragen wurde der Zuwachs vorrangig durch die Pharmaforschung, während in der Chemiebranche die Forschungsbudgets seit Jahren stagnieren. Entsprechend hart fällt das Urteil des Branchenverbandes aus: „Es zeichnet sich ein Bedeutungsverlust des Chemie-Forschungsstandorts Deutschland ab“, sagte Thomas Wessel, Vorsitzender des Forschungsausschusses beim VCI, bei der Präsentation aktueller Zahlen.

Für die Zukunft des Standorts ist das ein Alarmsignal. Die Chemiebranche ist eine der wichtigsten Exportbranchen und zugleich einer der forschungstärksten Wirtschaftszweige in Deutschland. Dass sich die Unternehmen bei ihren Forschungsausgaben zunehmend von Deutschland abwenden und das Geld lieber anderswo einsetzen, bedeutet auch einen erheblichen Verlust an künftigem Wachstumspotenzial.

Denn in der Regel siedelt sich die Produktion für neue Technologien dort an, wo diese Innovationen entwickelt wurden. Setzt sich der Negativtrend bei den Forschungsausgaben fort, wird das künftig zunehmend nicht mehr in Deutschland der Fall sein. Zumal sich die Unternehmen nicht nur bei den Forschungsausgaben umorientieren. Auch bei den Ausrüstungsinvestitionen, etwa für Fabriken und Maschinen, sind die Unternehmen über alle Branchen hinweg in Deutschland im zweiten Quartal in eine Art Investitionsstrecke getreten, wie aus aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes her-

vorgeht. Bereits zu Wochenbeginn wartete der VCI mit unheilvollen Zahlen auf. Demnach hat sich die Stimmung in der Branche im August spürbar abgekühlt, vor allem, weil sich die Exportwartungen deutlich eingetrübt haben. Der Auslandsumsatz mit Chemikalien war zuletzt in nahezu allen Regionen rückläufig, auch weil die vom VCI konstatierte „fehlende preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts“ die Absatzchancen im Ausland dämpfte.

Am Donnerstag verkündete der VCI die nächste Hiobsbotschaft, diesmal für

den Forschungsstandort Deutschland. Zwar rechnet der Verband damit, dass die Forschungsetats der Branche – getragen durch die Pharmaunternehmen – 2024 auf 15,8 Milliarden Euro und damit leicht steigen werden. Doch die Dynamik findet im Ausland statt, nicht hierzulande. So plant dem VCI zufolge jedes dritte Unternehmen, das außerhalb Deutschlands forscht, dort mit steigenden Forschungsetats. Im Inland will hingegen nur rund ein Viertel der Unternehmen die Forschungsbudgets erhöhen.

Abgehängt wird Deutschland auch bei der Anmeldung von Patenten in der Chemie- und Pharmaindustrie. Zwar kommen 7,2 Prozent aller weltweit angemeldeten Patente in diesen Branchen aus Deutschland. Allerdings entwickelt sich der Anteil an den weltweit Patenten laut VCI kontinuierlich rückläufig. Lag Deutschland vor zehn Jahren noch auf Platz drei hinter den USA und Japan, ist das Land mittlerweile auf Platz fünf hinter China und Südkorea abgerutscht.

Um die zwiespältige Lage der Chemieindustrie zu erklären, bemühte VCI-Forschungssprecher Wessel, der zugleich bei Evonik im Vorstand sitzt, auf der Pressekonferenz seines Verbands das Bild vom Januskopf aus der griechischen Mythologie. So sei die Branche weiterhin forschungstark und investiere nach wie vor viel Geld in die Entwicklung neuer Produkte und Technologien – aber eben nicht mehr so sehr in Deutschland, sondern mehr im Ausland.

Deutschland kranke an strukturellen Problemen, einer überbordenden Bürokratie und zu langen Genehmigungsverfahren. Es fehle eine Innovationsstrategie der Bundesregierung aus einem Guss, kritisierte Wessel: „In anderen Ländern sind die Kosten niedriger, öffentliche Förderprogramme besser und die Bürokratie geringer.“ Bei Ideen sei „Made in Germany“ zwar weiterhin top, doch zu Geld würden die guten Ideen zunehmend im Ausland.

Entsprechend zurückhaltend fallen die Prognosen der meisten Chemieunternehmen in Deutschland aktuell aus. „Wir teilen die Einschätzung des VCI, dass eine schwache Industriekonjunktur in Europa, den USA und China sowie eine fehlende preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland die Absatzchancen im Ausland dämpfen“, teilte der Chemiekonzern BASF mit.

„Die Nachfragekrise hält weiterhin an“, hieß es auch von Covestro. Das Chemieunternehmen Evonik sieht ebenfalls ein schwieriges „weltwirtschaftliches Umfeld, in dem uns in keiner Region besonderer konjunktureller Rückenwind“ hilft. An ihren bereits laufenden Sparprogrammen wollen die Konzerne daher weiterhin festhalten.

KOMMENTAR

Eine ganze Branche wandert ab

Wer wissen will, wie es um Deutschlands Chemiebranche bestellt

ANDREAS MACHO

das außerhalb Deutschlands forscht, dort mit steigenden Forschungsetats plant. Im Inland

will hingegen nur rund ein Viertel der Unternehmen die Forschungsbudgets erhöhen. Auch bei der Anmeldung von Pharma-Patenten ist Deutschland im Laufe der vergangenen zehn Jahre kontinuierlich abgestiegen und liegt mittlerweile hinter China und Südkorea auf Platz fünf. Wie man der Branche wieder zu Impulsen verhilft, könnte die Bundesregierung paradoxerweise von sich selbst lernen. Denn während die Chemiebranche ins Ausland strebt, gewinnt Deutschland für Pharma-Unternehmen an Attraktivität. Dass der US-Pharmakonzern Eli Lilly in Alzey in Rheinland-Pfalz ein Hightech-Werk baut, ist nur einer von mehreren Erfolgen für den Standort. Ausschlaggebend dafür ist auch die im Vorjahr von der Bundesregierung vorgelegte Pharma-Strategie, die nach ihrer Verabschiedung zu Gesetzesänderungen bei der Medizinforchung geführt hat. Auf solche Impulse wartet die Chemiebranche noch.

Die Auslandsflucht von BASF ist symptomatisch für die Branche. Auch Chemiekonzerne wie Lanxess investieren bevorzugt in den USA oder Asien anstatt in Europa – weil hier die Energiepreise hoch sind und die Bürokratie lähmt. Nun droht die Verflüchtigung der Branche auf einen Grundpfeiler des deutschen Selbstverständnisses überzuspringen: Auch die Forschungsbudgets der Chemiekonzerne wandern ins Ausland ab. So teilte der Verband der chemischen Industrie (VCI) mit, dass jedes dritte Unternehmen,

andreas.macho@welt.de

PLATZ DER REPUBLIK

CLEMENS WERGIN



Wer in Russland investiert, muss das Risiko selbst tragen

Wer Geld in Russland angelegt und durch die EU-Sanktionen Schaden erlitten hat, bekommt keine Entschädigung dafür von der Bundesregierung. Das geht aus der jüngsten Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD hervor. Die EU habe schon 2014, nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, Finanz- und Kapitalmarktregulierungen erlassen. Zudem habe es vor dem Kriegsausbruch auch „Hinweise auf einen möglichen bevorstehenden Überfall auf die Ukraine“ gegeben. Anleger hätten sich des Risikos von Investitionen in Russland also bewusst sein müssen, so die Argumentation. Damit hat die Scholz-Regierung natürlich vollkommen recht. Es ist nicht Aufgabe der Solidargemeinschaft, für riskante Investitionsentscheidungen von Privatleuten und Unternehmen einzustehen, wenn diese schiefgehen. Jeder, der in Russland investierte, musste wissen um die Gefahren, die von Wladimir Putins Unterdrückungsregime und seiner aggressiven Außenpolitik ausgehen.

Da hilft es auch wenig, dass die Entscheidungen früherer Bundesregierungen etwa zum Bau der Nord-Stream-2-Pipeline von derselben geopolitischen Verantwortungslosigkeit getragen waren wie viele Investitionsentscheidungen in Russland. Die Bundesregierung sendet damit ein wichtiges Signal auch für andere potenzielle Krisenregionen aus. Eine Botschaft, die sich die deutsche Industrie etwa auch im Falle Chinas zu Herzen nehmen sollte. Viele EU-Staaten sowie viele europäische und amerikanische Unternehmen betreiben inzwischen eine Strategie des De-Risking mit China, reduzieren ihre Abhängigkeit von Rohstoffen, Zulieferungen oder Produktionsstätten im Land der Mitte.

Sie fürchten um die Folgen, wenn China in einen sich seit Langem abzeichnenden Konflikt mit Taiwan einsteigen würde. Doch es gibt immer noch deutsche Unternehmen, die ihr Engagement in China erhöhen, statt es zu reduzieren. Nun wissen sie, dass sie die möglichen Folgen dieses China-Risikos allein schultern müssen und nicht auf den Staat abwälzen können. Denn auch in diesem Fall gilt, dass man es hätte wissen können, wenn man denn wollte. Die Bundesregierung hat für solche Fälle nun eine sehr klare Leitlinie ausgegeben: Wer als Anleger oder Unternehmer glaubt, sich geopolitische Ignoranz leisten zu können, muss im Krisenfall selbst für die wirtschaftlichen Kosten aufkommen.



ES GIBT IMMER NOCH DEUTSCHE UNTERNEHMEN, DIE IHR ENGAGEMENT IN CHINA ERHÖHEN STATT ES ZU REDUZIEREN

Carsten Linnemann, 47, Bundestagsabgeordneter und seit Juli 2023 Generalsekretär der CDU, und Düzen Tekkal, 45, Menschenrechtsaktivistin und Publizistin, trafen sich vor vielen Jahren zum ersten Mal. Zu diesem Interview kamen sie in Berlin zusammen.

VON JENNIFER WILTON

WELT: Als Freitagnacht die Nachrichten aus Solingen kamen und sich bald der Verdacht aufdrängte, dass es ein terroristischer Anschlag gewesen sein könnte – was waren Ihre ersten Gedanken?

CARSTEN LINNEMANN: Ich war natürlich schockiert. Solingen ist nicht so weit von meiner Heimatstadt Paderborn entfernt, wo wir auch gerade ein Volksfest hatten. Es hätte auch dort passieren können. Ich habe gedacht: Können wir jetzt auch keine Volksfeste mehr unbeschwert feiern?

TEKKAL: Der Albtraum: Unschuldige Menschen auf einem Fest niedergestochen. Ich habe gehofft, dass wir jetzt die richtigen Debatten führen, dass wir die Bedrohung durch den Islamismus endlich ernst nehmen. Er tötet. Und es bedarf dringend Präventionsmaßnahmen. Aber ich muss auch zugeben, dass ein weiterer Gedanke war: Das ist Wasser auf den Mühlen der AfD. Wir bekommen jetzt eine von Populismus durchtränkte Debatte.

WELT: Wie nehmen Sie die Debatte der letzten Tage wahr?

LINNEMANN: Wir führen gerade die richtige Debatte, denn sie dreht sich um die islamistische Gefahr und die Begrenzung illegaler Migration. Beides wurde von der aktuellen Regierung unterschätzt. Dass die erste Amtshandlung der Innenministerin Faeser (SPD, d. Red.) war, den Expertenkreis zu dem Thema abzuschaffen, zeigt das doch. Die Gefahr wurde einfach massiv unterschätzt. Es ist wichtig jetzt, gerade als Gesetzgeber, zu handeln. Wir können Dinge nicht so laufen lassen. Ich würde zum Beispiel die Propaganda, also die Hetze im Netz, unter Strafe stellen. Da fängt es an.

TEKKAL: Ich bin dankbar für die Debatte über den politischen Islam. Sie ist enorm wichtig. Gerade jetzt muss man sich anschauen, was der IS für sich reklamiert, also dass er eben auch den Israel-Palästina-Konflikt benutzt.

WELT: Die Debatte dreht sich nicht nur um Islamismus, sondern auch um Asylfragen. Ihr Parteivorsitzender Friedrich Merz hat unter anderem einen Aufnahmestopp für Syrer und Afghanen gefordert.

LINNEMANN: Wir haben Maßnahmen genannt, die jetzt ergriffen werden müssen, um die illegale Migration zu stoppen. Dazu gehört, dass wir wieder zum Grundprinzip des Dublin-Systems zurückkehren und bereits an der Grenze zurückweisen. Wir müssen darüber hinaus stärker an der Umsetzung des Drittstaatenprinzips arbeiten. Unseren humanitären Verpflichtungen werden wir über Kontingente gerecht. Friedrich Merz hat deutlich gemacht, dass es ein Recht in Europa gibt, das konsequent angewandt werden

muss. Natürlich bleibt das Individualrecht auf Asyl bestehen.

TEKKAL: Also ich habe schon vernommen, dass Merz sagte: Lass niemand rein aus diesen Ländern. Und das ist aus meiner Sicht nicht zielführend, weil so ja wieder Verhandlungen mit Assad (Mächthaber Syriens, d. Red.) und dem Taliban-Regime auf dem Tableau stehen. Die Antwort auf Islamismus darf nicht sein, dass wir Autokratien und Islamisten wie die Taliban legitimieren. Ich bin froh über unsere menschenrechtlichen Standards und dass wir nicht in Länder abschieben, in denen Folter und Hinrichtung drohen. Rechtsstaat statt Rachestaat. Wenn wir Verbrechen die Grundrechte entziehen, dann unterscheiden wir uns ja auch nicht mehr von Russland, Süden, Syrien und Afghanistan. Und was mich generell an der Debatte stört, ist, dass jetzt alle vorsehen und meinen, den Gordischen Knoten zerhacken zu können. Aber es verhindert keine Terroranschläge, wenn wir Maßnahmen vorschlagen, die nicht umsetzbar sind.

LINNEMANN: Die Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, sind umsetzbar, wenn man den politischen Willen dazu aufbringt. Und ja: Die meisten, die zu uns kommen, akzeptieren und respektieren unsere Regeln. Aber trotzdem darf man auch nicht um den heißen Brei herumreden: Die Zahl derer, die in den Statistiken von Messerkriminalität und Gewaltdelikten auftaucht, ist groß. Und gleichzeitig ist es einfach so, dass unsere Kapazitäten begrenzt sind. Wir wollen, dass die konsequente Anwendung des Rechts wieder im Fokus steht.

TEKKAL: Es geht darum zu differenzieren. Wir sollten uns in erster Linie um diejenigen kümmern, die geflohen sind und selbst Opfer religiös extremistischer Gewalt. Gefährder müssen hier zuverlässiger ausgemacht werden, da gibt es ein Vollzugsdefizit. Es reicht eben nicht, zum Beispiel Waffengesetze zu verschärfen. Es muss die Ideologie hinter diesen Anschlägen bekämpft werden. Aber die andere Seite der Medaille ist natürlich, dass wir auch antimuslimischen Rassismus bekämpfen müssen. Die AfD ist auch gefährlich, das schafft unsere Sicherheit auch ab.

LINNEMANN: Ich glaube, dass Friedrich Merz unserem Land einen großen Dienst erwiesen hat, weil er diese Debatte in diesen Tagen in die Mitte der Gesellschaft gezogen hat, bevor sie populistisch ausgeschlachtet werden konnte. Die Stimmen aus der Mitte des Parlaments dominieren in der Öffentlichkeit, genauso muss es sein. In der Mitte muss wieder gestritten werden, Unterschiede müssen deutlich werden, man darf es nicht den radikalen Rändern überlassen.

WELT: Diese Ränder standen oft im Fokus in der politischen Diskussion der vergangenen Wochen. Wir hatten uns ursprünglich zusammengesetzt, um über Konservatismus zu diskutieren. Kann man das nun noch in Abgrenzung?

LINNEMANN: Für mich bedeutet konservativ das nüchterne Betrachten der Wirklichkeit. Konservative sind Realisten und keine Utopisten. Sie beanspruchen nicht die absolute Wahrheit. Deswegen widerspreche ich auch klar, wenn die AfD behauptet, sie wären die wahren Konservativen. Man denke nur an de-

THEMA DES TAGES

„Die Räume werden gerade enger“

Welche Konsequenzen hat der Anschlag von Solingen? Wurde die Gefahr des Islamismus in der Politik unterschätzt? Was hat zum Erfolg der AfD geführt – und warum ist es immer schwieriger, „Sowohl als auch“ zu sagen? Ein Streitgespräch



ren Dexit-Debatte. Diese Partei ist radikal und reaktionär, nicht konservativ.

TEKKAL: Sie sind im schlechtesten Sinne revolutionär. Und uns ist allen noch nicht klar, was da aus den Angeln gehoben wird, wenn sie wirklich an die Macht kämen. Wir erleben gerade eine transformative Gesellschaft, das ist herausfordernd. Aber ich sehe eine große Chance für Konservatismus: Es geht doch jetzt darum, welche Werte erhalten und geschützt werden müssen.

LINNEMANN: Deshalb ist es auch wichtig, dass wir den Begriff in das richtige Licht rücken. Konservativ gleich rechts gleich rechts-extrem – diese Gleichsetzung ist falsch, aber mittlerweile von einigen gewollt. Joachim Gauck hat einmal zu mir gesagt, dass die CDU die große Aufgabe hat, alle Konservativen einzusammeln und sich scharf abzugrenzen von den Extremisten.

TEKKAL: Konservatismus ist für mich ein Garant, dass die Brandbauer nicht bröckelt. Ich sehe aber Risse, auch durch die CDU. Durch den ideologischen Flirt mit der AfD, etwa mit einer bestimmten Flüchtlings-Rhetorik. Oder in Momenten, wo man die AfD nutzt für gewisse Gesetzesvorhaben oder mit ihr zusammenarbeitet auf lokaler Ebene, wie in Pirna.

WELT: In Pirna gibt es bereits einen Oberbürgermeister, der für die AfD angetreten ist. Nach den anstehenden Landtagswahlen könnte sich sehr schnell die Frage der Zusammenarbeit noch häufiger stellen.

LINNEMANN: Wenn Sie einen AfD-Landrat haben, einen SPD-Bürgermeister, und die Schule soll saniert werden – dann haben Sie zwei demokratisch gewählte kommunale Spitzenbeamte. Sollte der Bürgermeister dann das Telefon klingeln lassen oder abheben? Es ist wichtig, genau herauszuarbeiten, wie man damit umgeht. Daher halte ich es für gefährlich, so zu argumentieren, wie Sie es grad taten, Frau Tekkal.

TEKKAL: Die Realität ist doch aber: In aktuellen Umfragen können sich 45 Prozent der CDU-Mitglieder eine Zusammenarbeit mit der AfD vorstellen, im Osten sogar 65. Die Realität ist auch: Es sind nicht nur die Frustrierten. Es gibt auch Leute, die die AfD wählen, weil sie rechtsextrem ist.

LINNEMANN: Ich habe große Fragezeichen, was die Umfrage anbelangt. Und unsere Haltung an der Stelle ist auch klar und nicht veränderbar. Man muss aber auch die Wähler sehen, die AfD wählen, weil sie hohe Pflegekosten zahlen müssen. Weil sie das ganze Leben lang gearbeitet haben und sich das jetzt kaum

IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985*)

Herausgeber: Stefan Aust
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
 Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Dr. Jan Philipp Burgard, Jennifer Wilton; Dr. Jacques Schuster (Mitglied der Chefredaktion) Stv. Chefredakteur: Robin Alexander Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner Redaktionsleiter Digital: Stefan Prommann Leitung Editionsteam: Christian Gaertner Creative Director: Cornelius Tittel Artredaktion: Juliane Schwarzenberg Politik: Claudia Kade Forum: Eva Marie Kogel Investigation/Reportage: Tim Röhn Außenpolitik: Klaus Geiger, Caroline Turzer Wirtschaft und Geld: Jan Dams, Olaf Gersemann, Thomas Exner (Senior Editor) Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder Stil/Reise/Leben: Heiko Zwirner Sport: Matthias Brügmann Wissen: Edda Grabar, Sonja Kastilian Nachrichten/Gesellschaft: Leonhard Landes, Robert-Christian Tannenberg Community/Social: Franziska Zimmerer CvD/Produktion: Patricia Plate Foto: Stefan A. Runne Infografik: Karin Sturm Chefbokonomin: Dr. Dorothea Siems Auslandskorrespondenten: Athen: Carolina Dritzen Brüssel: Dr. Christoph Schiltz Kapstadt: Christian Putsch London: Mandoline Rutkowski Marrakesch: Alfred Hackensberger Moskau: Pavel Lokshin New York: Hannes Stein Paris: Martina Meister Tel Aviv: Christin Kenschke Warschau: Philipp Fritz Washington: Stefanie Bolzen Autoren: Henryk M. Broder, Peter Huth, Alan Posener, Hans Zippert

Verlag: Axel Springer Deutschland GmbH Geschäftsführung: Claudius Senst, Christoph Eck-Schmidt, Carolin Hulshoff Pol COO WELT: Bettina Formen Stv. Verlagsleiter Print WELT: Heiko Rudat Anzeigen: Judith Umlauf Vertriebsleitung: Ludger Seggewies WELT Editorial Studio: Matthias Leonhard Druck: Axel Springer Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG, Brunsbütteler Damm 156-172, 13581 Berlin; Axel Springer Offsetdruckerei Kettwig GmbH & Co. KG, Im Teelbruch 100, 45219 Essen/Kettwig; Süddeutscher Verlag GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München Vertrieb: Sales Impact GmbH; alle 10888 Berlin, Axel-Springer-Str. 65, Tel.: 030 / 259 10. DIE WELT wird als Zeitung und digital vertrieben. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.welt.de/datenschutz. Sie können diese auch schriftlich unter Axel Springer Deutschland GmbH, Datenschutz, Axel-Springer-Straße 65, 10969 Berlin anfordern. Alle Rechte vorbehalten (einschließlich Text und Data Mining gem. §44UrhG). Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektr. Pressepiegel erhalten Sie über PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG, www.pressemonitor.de, E-Mail: info@pressemonitor.de. Für Syndication-Rechte wenden Sie sich an nachdrucke@welt.de. Copyright 2023 Axel Springer Deutschland GmbH Abonnementpreis: www.welt.de/produktinfo. Abo-Bestellmöglichkeit unter www.lesershop24.de/die-welt oder unter Kundenservice Tel. 0800 9 358537 (Mo.-Sa.: 7-19 Uhr, kostenfrei), E-Mail: kundenservice@welt.de, ISSN 0173-8437. DIE WELT, USPS No. 0603-590. Es gilt die WELT-Preisliste Nr. 102, gültig ab 1.1.2024, sowie die Preisliste Märkte, Ergänzung zur WELT-Preisliste Nr. 102, gültig ab 1.1.2024. E-Mail: anzeigen@welt.de, Tel.: 030 / 58 58 90. Amtliches Publikationsorgan aller deutschen Wertpapierbörsen. Keine Gewähr für unveröffentlichte Kursnotierungen. Für unverlangt eingesandene Material keine Gewähr.

Sie erreichen die Redaktion unter: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin Tel. 030/25 910 E-Mail kontakt@welt.de

INNENPOLITIK

NACH ANSCHLAG VON SOLINGEN

Regierung einig über Maßnahmen

Als Konsequenz aus der tödlichen Messerattacke von Solingen hat sich die Bundesregierung auf neue Maßnahmen zum Schutz vor islamistischem Terror, gegen irreguläre Migration und zur Verschärfung des Waffenrechts verständigt. Das meldeten am Donnerstagmittag mehrere Nachrichtenagenturen. Die Maßnahmen sollen Basis für Gespräche mit den Bundesländern und der Union sein, hieß es in Koalitionskreisen. Es gebe bereits eine Voranfrage zur Findung eines Termins mit der Union Anfang kommender Woche. Teil eines Pakets sollen nach Angaben aus Regierungskreisen Leistungskürzungen für ausreisepflichtige Flüchtlinge und Migranten sein sowie eine Verschärfung des Waffengesetzes. Innenministerin Nancy Faeser (SPD), Justizminister Marco Buschmann (FDP) und Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) würden an dem Paket arbeiten. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte am Mittwoch angekündigt, dass man gemeinsam mit Bundesländern und Union Konsequenzen aus dem Anschlag in Solingen ziehen wolle. Scholz hatte ein Gesprächsangebot von Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) begrüßt. Dieser hatte die Ausrufung einer „nationalen Notlage“ gefordert.

BEZAHLKARTE FÜR FLÜCHTLINGE

Auftragsvergabe verzögert sich

Sie soll Kommunen entlasten und verhindern, dass Geld an Schleuser fließt: die Bezahlkarte für Flüchtlinge. Mit Ausnahme von Bayern und Mecklenburg-Vorpommern planen alle Bundesländer ein einheitliches System. Doch die Einführung verzögert sich weiter: Das europaweite Vergabeverfahren könne vorerst nicht abgeschlossen werden, erklärte das zuständige Unternehmen Dataport in Hamburg. Grund sei eine Beschwerde, die ein im Vergabeverfahren unterlegener Bieter vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe eingereicht habe. „Damit kann der Zuschlag nicht mehr Ende August erteilt werden“, teilte Dataport weiter mit.

THÜRINGENS CDU-SPITZENKANDIDAT

Bedingung für Gespräche mit BSW

Kurz vor der Landtagswahl in Thüringen hat CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt Bedingungen für eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht genannt. „Solange Frau Wagenknecht hier die Ansagen macht, wenn ich mich mit Frau Wolf über die Probleme und vor allem die Lösungen in Thüringen unterhalten sollte, wird es keine Gesprächsgrundlage geben“, sagte Voigt im Gespräch mit WELT. „Thüringen wird nicht aus Berlin oder dem Saarland regiert.“ Das Interview lesen Sie auf Seite 4.

SACHSEN

Kirchen raten von Wahl der AfD ab

In Sachsen rufen die Kirchen in einem gemeinsamen Appell vor der Landtagswahl zur Stärkung der demokratischen Mitte auf. „Ich kann nicht empfehlen, die AfD zu wählen“, sagte Tobias Bilz, Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens, im Gespräch mit WELT. Das Interview finden Sie auf Seite 5.

AUSSENPOLITIK

BRANDSTIFTUNG AN FRANZÖSISCHER SYNAGOGE

Ermittlungsverfahren läuft

Nach der mutmaßlich terroristisch motivierten Brandstiftung an einer Synagoge in Südfrankreich läuft ein Ermittlungsverfahren gegen drei Verdächtige. Dem mutmaßlichen Täter wird unter anderem versuchte Tötung mit Terrorbezug vorgeworfen. Gegen zwei Helfer ermittelt Frankreichs Justiz wegen terroristischer Vereinigung beziehungsweise Unterstützung des Täters. Am vergangenen Samstag waren mehrere Türen der Synagoge in der Ortschaft La Grande-Motte bei Montpellier in Brand gesetzt worden. Auch zwei Autos vor dem Gebäude gingen in Flammen auf, eine Gasflasche in der Nähe explodierte. Dabei wurde ein Polizist leicht verletzt. Die fünf Menschen, die zu jenem Zeitpunkt

in der ersten Etage des Gebäudes waren, blieben unverletzt. Wie Frankreich versucht, die Terrorgefahr einzudämmen, erfahren Sie auf Seite 5.

ÜBER KAMALA HARRIS

Trump teilt vulgären Kommentar

Donald Trump provoziert mit der Verbreitung einer vulgären Bemerkung über seine demokratische Kontrahentin Kamala Harris. Der Präsidentschaftskandidat der Republikaner teilte auf der Plattform Truth Social den Beitrag eines anderen Nutzers, der andeutete, dass sexuelle Gefälligkeiten Harris' Karriere befördern könnten. In dem Post ist ein älteres Bild von Harris zu sehen an der Seite der früheren US-Außenministerin und Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton. Dazu der Kommentar: „Lustig, wie sich Blowjobs auf ihre beiden Karrieren unterschiedlich ausgewirkt haben...“ Die Bemerkung ist eine Anspielung auf

DIE GUTE NACHRICHT

MUSEUMSINSEL

Kolonnaden komplett fertig

Beim Blick auf die Museumsinsel Berlin sind die Kolonnaden ein prägendes Element. Nun ist der letzte Abschnitt der historischen Säulengänge in den Originalzustand aus dem 19. Jahrhundert versetzt worden. Fachleute hatten die Kolonnaden nordöstlich der Alten Nationalgalerie entlang des Spreewerks restauriert. Sie seien immer mit der Entwicklungsgeschichte der Museumsinsel verbunden gewesen, sagte Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, in Berlin. Die Arbeiten für den letzten Bauabschnitt starteten 2020. Dabei wurden zweigeschossige Einbauten, die 1911 als zusätzliche Räume gebaut worden waren, entfernt. Die ersten Kolonnaden waren Mitte des 19. Jahrhunderts nach einem Entwurf von Friedrich August Stüler (1800-1865) entstanden.



Die Autorin, Journalistin, Filmemacherin und Kriegsberichterstatterin Düzen Tekkal im Gespräch mit dem Generalsekretär der CDU, Carsten Linnemann

det sich die CDU in einer Identitätskrise. Was sind ihre Linien? Wo geht sie hin?
LINNEMANN: Also wir haben mit dem neuen Grundsatzprogramm ja einen Aufschlag gemacht, der erfolgreicher nicht sein könnte. Zumindest höre ich das von unseren Mitgliedern. Wir sind doch klar: Wir sind christlich-sozial, liberal und konservativ ...
TEKKAL: Es geht aber nicht nur um die Mitglieder, sondern auch um das Außen, um die Zivilgesellschaft. Und da vernehme ich bei den Christdemokraten in der Stimmung zum Beispiel eine Veränderung gegenüber Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die diese wahrnehmen. Ich finde es schwierig, wenn von „Paschas“ die Rede ist ...

WELT: Ein Ausdruck, den CDU-Chef Merz einmal benutzt hat...
TEKKAL: ... weil junge männliche Migranten genau in die Kategorie „Pascha“ fallen würden, was mich schwer verletzt, und viele das Gegenteil davon sind. Es muss Raum für Differenzierungen geben, gerade, weil im Moment fast überall Aggressivität herrscht.
LINNEMANN: Mir ist es lieber, dass man die Dinge deutlich ausspricht. Und der Ausdruck mit den „Paschas“, das ist etwas, was ich auch im Gespräch mit Bürgern höre, etwa von Lehrerinnen.
TEKKAL: Ich bin auch dafür, Klartext zu sprechen. Die Entstehung von Feindbildern zu kritisieren, heißt nicht, das nicht zu tun. Aber es muss besser kommuniziert werden.
LINNEMANN: Wir müssen deutlich machen, wo unsere Gemeinsamkeiten liegen, welche Werte uns als Gesellschaft tragen. Deswegen ist uns die Debatte über Leitkultur wichtig, auch wenn sie polarisiert hat. Aber es muss Grundsätze geben, an die wir uns alle halten.
TEKKAL: Ich hätte mir gewünscht, dass wir in dieser Debatte schon viel weiter sind. Die Leitkulturdebatte, das ist für mich ein Unwort. Ich würde das T durch ein D ersetzen.

WELT: Warum?
TEKKAL: Weil es etwas ist, was von oben geordnet wird. Wer nimmt sich das Recht zu bestimmen, was uns definiert? Leitkultur muss viel breiter zivilgesellschaftlicher getragen werden. Es stößt die Leute ab, wenn sie das Gefühl haben, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die sagen, „ich habe ein konservatives Weltbild, ich bin eher bürgerlich“, ist es schwierig, sich da wiederzufinden.
LINNEMANN: Aber es geht doch um ein Band, das uns eint in Deutschland, egal ob ich jetzt hier geboren bin oder zugezogen. Das heißt aber auch, dass ich beispielsweise nicht in Deutschland Schutz genießen kann und gleichzeitig ins Reisebüro gehe und Urlaub in Afghanistan buche. Es braucht Spielregeln, und die müssen wir definieren. Das ist zu wenig passiert.

WELT: Wenn wir Spielregeln auch verstehen als etwas, das Halt gibt in einer sich verändernden Gesellschaft. Wie könnte das konstruktiv aussehen?
LINNEMANN: Wir sollten in Deutschland ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr einführen. Ich bin der festen Überzeugung, dass junge Menschen dann sehen: Es gibt Menschen, die

haben eine andere Meinung, und die kann richtig sein, muss aber nicht. Es treffen sich doch bestimmte Milieus gar nicht mehr.
TEKKAL: Ja – auch wenn ich sehr für Freiwilligkeit plädiere. Es ist so viel weggebrochen in den vergangenen Jahren, Kirche, Institutionen, Parteien haben an Bedeutung verloren; Strukturen, wie wir sie als Kinder hatten – als Kinder von kurdisch-jesidischen Geflüchteten in Armut – gibt es so auch nicht mehr. Meine Mutter kann nicht lesen und schreiben, bei uns gab es keine Bücher. Was geklappt hat, das war die Solidargemeinschaft, das waren die Gewerkschaftstreffen des DGB am 1. Mai, das waren unsere Nachbarn, das war das war eine ganze Stadt.
LINNEMANN: Integration muss gelingen. Ein Scheitern birgt Sprengstoff für eine Gesellschaft und ihren Zusammenhalt. Und dabei müssen wir unsere Möglichkeiten im Blick haben. 2015 ist nur ein Beispiel. Das war nicht geordnet – und es war schlicht zu viel. Wir dürfen eine Gesellschaft nicht überfordern.
TEKKAL: Am Ende geht es um eine resiliente Gesellschaft, die jetzt gebaut werden muss. Das geht nur, wenn man sich gemeinsam an einen Tisch setzt, wie jetzt hier gerade, und miteinander spricht. Aber wir leben auch in Zeiten, wo versucht wird, genau das zu verunmöglichen. Wir als Menschenrechtsaktivisten werden ja verachtet dafür, dass wir das „Sowohl als auch“ aufrecht erhalten und eben nicht dieses Lagerdenken mitmachen.

WELT: Das Lagerdenken hat sich ausgeprägt in den letzten Jahren?
LINNEMANN: Es gibt ein Extremismusproblem, und das kommt jetzt von allen Seiten, links, rechts, islamistisch.
TEKKAL: Ich stimme zu. Das sieht man ja auch beim Thema Antisemitismus.

WELT: Wie kann man dem begegnen?
TEKKAL: Mit Ehrlichkeit. Wenn die Leute sehen, dass wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus, der zurecht geführt werden muss, klar sind, aber bei dem Kampf gegen Israel-bezogenen Antisemitismus oder Islamismus Abstriche machen, ist das ein Problem. Wenn man aus Angst, als Islam-Feindin markiert zu werden, beim Thema des religiösen Extremismus vorsichtig wird und mit zweierlei Maß misst, ist man nicht glaubwürdig.
LINNEMANN: Es ist eben leider so, dass Extremismus auf vielen sozialen Kanälen wie TikTok verbreitet wird und dadurch mehr denn je erreicht. Wie erreichen wir die Leute mit abgewogenen Inhalten? Die Leute müssen aus diesen Blasen raus. Sie müssen sich selbst eine Meinung bilden. Damit sie resilienter werden.
TEKKAL: Es braucht Resilienz-muskeln. Wir müssen diese Räume aber auch besetzen. Die Forderung „Entscheide dich für eine Seite“, das macht mir Sorgen. Gerade seit dem 7. Oktober bekomme ich mehr Morddrohungen und Anfeindungen denn je. Von Menschen, die hier geboren und hier aufgewachsen sind. Aber ich möchte weiterreden können. Wenn ich mich dabei erwische, dass ich immer mehr darüber nachdenke, was die Konsequenzen dessen sind, was ich sage – das kann nicht sein. Ich lebe doch nicht in Bagdad oder Mosul, ich bin hier in Berlin!

leisten können. Es gibt die, die sie wählen, weil sie keine Wohnungen finden.
TEKKAL: Aber auch den besorgten Bürgern muss klar sein, wie gefährlich das ist.
LINNEMANN: Wir haben als CDU immer wieder klargemacht, wo wir stehen. Wir werden mit der AfD nicht koalieren, das kann ich jetzt noch zehnmal sagen. Das reicht aber nicht, um Protestwähler, die es auch gibt, von der AfD abzuhalten. Wir haben in den 16 Jahren unserer Regierungszeit nicht alles richtig gemacht, im Gegenteil, wir haben in der Energiepolitik und Migrationspolitik Fehler gemacht. Ich hüte mich aber davor, platt zu sagen: Wenn ihr die AfD wählt, spaltet ihr die Gesellschaft weiter. Ich mache lieber konkret deutlich, was das bedeutet. Zum Beispiel Sonneberg: Beim dortigen AfD-Landrat sind neun Flüchtlinge in gemeinnütziger Arbeit. Ein bisschen weiter, im Saale-Orla-Kreis, wo die CDU regiert, sind es knapp 100. Oder denken Sie an Björn Höcke (Thüringer AfD-Chef, d. Red.), der sich für Unternehmen schwere Turbulenzen wünscht.

WELT: So richtig scheint das noch nicht zu verfangen. Und wir kommen immer wieder an die gleichen Punkte in der Diskussion über den Umgang mit der AfD.

Ein Schritt zurück – hat die Konjunktur der extremen Rechten mit einer Krise des Konservatismus zu tun?
TEKKAL: Ja. Warum ist es den etablierten Parteien und gerade einer konservativen Partei wie der CDU nicht gelungen, die Menschen mitzunehmen? Weil eine umarmende Gesellschaftsidee fehlt. Die Räume werden gerade enger, nicht größer.
LINNEMANN: Ich kann diese Kritik verstehen. Genau daran arbeiten wir. Aber zur Wahrheit gehört auch: Wir sind doch das Bollwerk gegen Extremisten! Wir stehen in Umfragen bei über 30 Prozent und haben zugelegt. Die aktuelle Situation hat nicht nur, aber auch mit dem Versagen der Ampel zu tun. In Sachsen haben die Ampel-Parteien zusammen keine 13 Prozent mehr. Mir wäre es auch lieber, wir hätten zwei große Volksparteien, die stark sind. Aber die Ampel hat sich weit von den Menschen entfernt, streitet permanent – da ist Endzeitstimmung.
TEKKAL: Das sehe ich ähnlich. Ein Nein zur AfD ist kein Ja zur Ampel-Regierung, und auch nicht zwangsläufig zur CDU, das ist ja der Schmerz. Wir vernehmen das von Menschen nicht nur aus den östlichen Bundesländern: Es geht darum, dass ganz konkrete Probleme nicht gelöst werden. Gleichzeitig befin-

einen Sex-Skandal, in den Clintons Mann Bill während dessen Präsidentschaft verwickelt gewesen war. Trump-Unterstützer wiederum verbreiten unbelegte Behauptungen über Harris, wonach die Beziehung zu einem Politiker in Kalifornien in den 90er-Jahren ihrer Karriere geholfen habe.

WISSEN

JUGENDLICHE IN EUROPA

Kondome seltener genutzt

Sexuell aktive Jugendliche in Europa nutzen laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) deutlich seltener Kondome. Die Rate an ungeschütztem Sex sei „besorgniserregend hoch“. Dies setze junge Menschen einem „signifikanten Risiko für sexuell übertragbare Krankheiten und ungeplante Schwangerschaften“ aus. Die Daten stammen aus einer Befragung von 242.000 Jugendlichen im Alter von 15 Jahren in 42 Ländern, die zur Europa-Region der WHO gehören. Sie zeigen, dass der Anteil der sexuell aktiven Jungen, die beim letzten Sex ein Kondom benutzt haben, von 70 Prozent im Jahr 2014 auf 61 Prozent im Jahr 2022 gesunken ist. Bei den Mädchen sank der Wert von 63 auf 57 Prozent.

MÄNNLICHE FRUCHTFLIEGEN

Balz macht blind für Gefahren

Das Glückshormon Dopamin macht Fruchtfliegen einer Studie zufolge blind für Gefahren. Das geht aus einer Untersuchung von Forschern der Universität im britischen Birmingham und der Freien Universität (FU) Berlin hervor, wie die FU erklärte. Laut der Studie, die in der Fachzeitschrift „Nature“ veröffentlicht wurde, ignorieren männliche Fruchtfliegen Gefahren wie Pressfeinde, wenn sie mit Balz und Paarung beschäftigt sind. Mittels Experimenten und Mikroskopen fanden die Wissenschaftlerinnen heraus, dass mit fortschreitender Balz ein Anstieg des Dopamins die sensorischen Signale für Gefahren unterdrückt. In der frühen Phase der Balz stoppten die Fliegen diese noch, wenn Pressfeinde simuliert wurden. Später, wenn die Paarung nah war, ignorierten die Männchen die simulierte Bedrohung.

WIRTSCHAFT UND GELD

IM AUGUST

Inflation fällt auf 1,9 Prozent

Die Verbraucherpreise in Deutschland sind im August nach vorläufigen Angaben weniger stark gestiegen als erwartet. Die Teuerungsrate im Vergleich zum Vorjahresmonat lag bei 1,9 Prozent, wie das Statistische Bundesamt in einer ersten Schätzung errechnete. Im Juli hatte die Inflation bei 2,3 Prozent gelegen. Ausschlaggebend für die abgeschwächte Inflation ist den Daten der Statistiker zufolge ein starker Rückgang der Energiepreise um 5,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Preise für Nahrungsmittel stiegen den vorläufigen Angaben nach um 1,5 Prozent und damit weiterhin unterdurchschnittlich stark. Wie die weiteren Aussichten sind, erfahren Sie auf Seite 9.

SCOTCH & SODA

40 Geschäfte dicht

Die Modemarke Scotch & Soda stellt den Geschäftsbetrieb in ihren knapp 40 Filialen in Deutschland Ende August ein. Rund 290 Menschen verlieren ihren Job, wie der vorläufige Insolvenzverwalter mitteilt. In den meisten Geschäften sei am Samstag der letzte Verkaufstag. Der Mehrzahl der Mitarbeiter solle noch im September gekündigt werden. Der Rechteinhaber von Marke und Waren, ein Private-Equity-Fonds mit Sitz in den USA, habe kein Interesse gehabt, beides an einen neuen Investor zu übertragen. Der deutsche Ableger der niederländischen Modemarke hatte bereits im Juni einen Insolvenzantrag gestellt.

DUALE AUSBILDUNG

Zahl der Verträge steigt wieder

In der dualen Berufsausbildung ist die Zahl der Ausbildungsverträge auch im vergangenen Jahr gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts betrug das Plus 2,1 Prozent,

damit verstärkte sich der „leicht positive Trend“ seit dem starken coronabedingten Rückgang im Jahr 2020. Ein Zehnjahresvergleich zeigt den Statistiken zufolge jedoch insgesamt weiterhin einen starken Rückgang der Neuverträge in der dualen Berufsausbildung. Insgesamt schlossen 2023 rund 479.800 Menschen einen neuen Ausbildungsvertrag ab. 36 Prozent der neuen Azubis waren Frauen, 64 Prozent Männer. Zuletzt wurde von vielen Seiten eine Ausbildungslücke in Deutschland beklagt. Rund 44 Prozent der Unternehmen konnten ihre Ausbildungsplätze im Ausbildungsjahr 2023/2024 nur anteilig oder gar nicht besetzen.

ZINSENKUNGSFANTASIEN

Dax auf Rekordhoch

Die Aussicht auf geldpolitische Lockerungen haben den Dax am Donnerstag auf Höhenflug geschickt. Der deutsche Leitindex übersprang seine Bestmarke von Mitte Mai und stieg um bis zu 0,8 Prozent auf ein Rekordhoch von 18.936 Punkten. Damit ist der nächste Meilenstein mit einem Dax-Stand über 19.000 Punkten nicht mehr fern. „Die Zeichen stehen auf Zinssenkungen und damit bessere Finanzierungsbedingungen – das ist der Treibstoff für die Börse und weiter steigende Aktienkurse“, sagt Jürgen Molnar vom Broker RoboMarkets. Weitere Börsendaten finden Sie auf Seite 9.

SPORT

NATIONALMANNSCHAFT

Nagelsmann holt nur einen Neuling

Angelo Stiller ist der einzige Neuling im Kader von Julian Nagelsmann für die ersten Länderspiele nach der EM. Der 23 Jahre alte Stuttgarter wurde erstmals vom Bundestrainer in das Aufgebot für die Spiele der Nationalmannschaft in der Nations League gegen Ungarn am 7. September in Düsseldorf und drei Tage später in Amsterdam gegen die Niederlande berufen. Trotz der Rücktritte von Ilkay Gündogan, Manuel Neuer, Toni Kroos und Thomas Müller verzichtet er auf einschneidende personelle Neuerungen. Lesen Sie den Kommentar auf Seite 7 und den Bericht auf Seite 13.

FREE THEM NOW

Die Geiseln der Hamas

328 Tage werden die beim Angriff der islamistischen Terroristen am 7. Oktober 2023 verschleppten Menschen schon gefangen gehalten.



KULTUR UND GESELLSCHAFT

NEUER FILM

Leni Riefenstahl und der Mythos

Im Jahr 1938 gewann Leni Riefenstahl mit ihrem „Olympia“-Film das Festival in Venedig. 86 Jahre später läuft auf diesem Festival Andres Veiels Dokumentation „Riefenstahl“. Viel hatte erstmals Zugriff auf den Nachlass von Hitlers Lieblingsregisseurin. Zum ersten Mal ist es nun möglich, zu unterscheiden, was im Leben der Leni Riefenstahl Wahrheit und Legende ist. Ein Gespräch mit Andres Veiel darüber, wie Riefenstahl nach der Zeit des Nationalsozialismus weiter an ihrem Mythos arbeiten konnte und warum uns die Vorzeigefrau des NS-Films heute immer noch nicht loslässt, finden Sie auf Seite 16.

LEVERKUSEN

Toter bei Brückenabriss

An der alten Leverkusener Rheinbrücke der Autobahn 1 ist es bei Abrissarbeiten zu einem schweren Unfall mit einem Toten und sechs Verletzten gekommen. Nach Angaben eines Feuerwehrsprechers wurden bei dem Arbeitsunfall ein Bauarbeiter getötet und zwei lebensgefährlich verletzt, vier weitere leicht verletzt. Die Ursache ist noch unklar. Die viel befahrene Leverkusener Rheinbrücke wird neu gebaut, weil die alte Brücke marode war. Das erste neue Teilstück war Anfang Februar nach jahrelangen Bauarbeiten für den Verkehr freigegeben worden. Erst seitdem dürfen auch schwere Lastwagen wieder über die Brücke fahren. Nach Ende der Abrissarbeiten wird das zweite Brücken-Teilstück gebaut.

BRASILIEN

Betrug am Greifautomaten

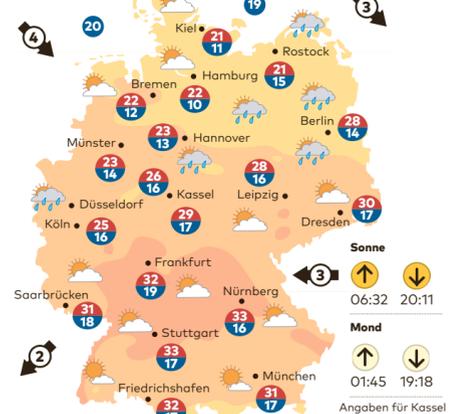
Die Polizei in Rio de Janeiro ermittelt wegen Betruges in großem Stil mit sogenannten Greifautomaten. Untersuchungen hätten ergeben, dass in der brasilianischen Metropole viele dieser Spielzeugautomaten zum Nachteil der Nutzer manipuliert worden seien, hieß es. Dahinter könnten auch kriminelle Organisationen stecken. Bei Durchsuchungen seien mehrere der Maschinen beschlagnahmt worden. Aus den Münzautomaten können mit einer Kralle etwa Plüschtiere gezogen werden. Die Maschinen seien den Ermittlungen zufolge aber so programmiert worden, dass erst eine bestimmte Anzahl von Versuchen zum Erfolg führte. Die Verbraucher würden auf betrügerische Weise getäuscht. Die Ermittlungen hatten im Mai begonnen, nachdem in Greifautomaten in mehreren Einkaufszentren Rios Raubkopien von Plüschtieren und Spielzeugen entdeckt worden waren.

MEHR LEBEN NACH 22 UHR

Frankfurt bekommt einen Nachtrat

Die Stadt Frankfurt führt zur Stärkung der Nachtkultur einen sogenannten Nachtrat ein. Dieser Rat setzt sich aus 13 Menschen aus der Stadtverwaltung und den verschiedenen Branchen der Nachtkonomie zusammen. Als moderne Metropole habe die Stadt den Anspruch, kulturelle Aktivitäten und Dienstleistungen „bis in die späten Abendstunden hinein verfügbar zu machen und Lebensqualität auch nach 22 Uhr zu schaffen“, sagte Wirtschaftsdezernentin Stephanie Wüst (FDP). Als ein Ziel soll etwa die Clubszene belebt werden und sich verfestigen und das Angebot der „24-Stunden-Stadt“, bei der es rund um die Uhr ein kulturelles Angebot gibt, etablieren.

WETTER



Teils freundlich, teils unbeständig

Heute: Im Süden sowie an der Nordsee scheint häufig die Sonne, und nur vereinzelt bilden sich größere Quellwolken. Vom Westen bis in den Nordosten sind die Wolken zahlreicher, und gebietsweise kommt es zu teilweise kräftigen Regengüssen und einzelnen Gewittern. 20 bis 34 Grad werden erreicht. Der Wind weht schwach bis mäßig aus nördlichen, im Süden aus östlichen Richtungen.
Biwetter: Asthmatiker müssen sich auf Atembeschwerden einstellen. Personen mit Herzbeschwerden sollten bei körperlichen Anstrengungen vorsichtig sein. Aufgrund einer geringeren Schlafiefe fühlen sich viele Menschen müde und matt.

„Die Zeiten des Polit-Büros sind vorbei“

CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt weist Sahra Wagenknechts Koalitionsbedingungen zurück

CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt, 47, will nach der Landtagswahl am kommenden Sonntag Ministerpräsident von Thüringen werden. Die Chancen des Landes- und Landtagsfraktionschefs der Christdemokraten stehen nicht schlecht. Allerdings liegt seine Partei deutlich hinter der AfD von Björn Höcke. Unklar also, ob und wenn ja, mit wem die Union eine Mehrheit im nächsten Landtag bilden kann.

VON ULRICH EXNER

WELT: Herr Voigt, woran liegt es, dass die Union, die im Bund immerhin auf 30 Prozent Stimmenanteil kommt, in Thüringen nicht vom Fleck kommt? Viel mehr als 20 Prozent werden es einfach nicht in den Umfragen.

MARIO VOIGT: Thüringen ist ein umkämpftes Bundesland mit einer durch die rot-rot-grüne Minderheitsregierung sehr speziellen politischen Lage. Wir haben als CDU schon im Frühjahr beim hiesigen Kommunalwahlkampf bewiesen, dass wir im Schlussspurt noch einmal viele Wähler mobilisieren können. Da sind wir landesweit stärkste Partei geworden. Es geht jetzt darum, die letzten Tage vor der Wahl zu nutzen. Viele Menschen sind noch unentschieden. Wir kämpfen für eine stabile Mehrheit im Landtag.

WELT: Bisher liegt die AfD in Thüringen mit rund 30 Prozent in den Umfragen vorn. Wie erklären Sie den großen Zuspruch für die Partei und ihren Spitzenkandidaten Björn Höcke?

VOIGT: Jedenfalls ist dieser Zuspruch kein Thüringer, auch kein ostdeutsches Phänomen. Die guten Werte für die AfD bundesweit zeugen von einer tiefen Frustration in der Bevölkerung. Die Menschen haben das Gefühl, dass die Dinge, die für sie wichtig wären, einfach nicht angepackt werden. Das beginnt in Berlin, setzt sich aber auch hier in Erfurt fort. Deutschland – das als ein Beispiel – ist das einzige Industrieland, das immer noch in der Rezession feststeckt. Das spüren die Menschen im Portemonnaie – und das führt zu Frust und einem Wahlverhalten, in dem sich Protest ausdrückt.



PICTURE ALLIANCE / SZ PHOTO/FREEDRICH BUNGER

WELT: Wie ist Ihr Verhältnis zu Björn Höcke, dem AfD-Landeschef?

VOIGT: Ich habe kein Verhältnis zu Herrn Höcke. Er ist eine Gefahr für mein Heimatland und die Thüringer Wirtschaft. Er ist ein zutiefst autoritär denkender, intoleranter und, ich glaube, auch schwacher Mensch.

WELT: Grüßen Sie ihn, wenn Sie ihn im Landtag oder im Fernsehstudio treffen?

VOIGT: Ich bin auf dem Dorf groß geworden ist, da grüßt man sich. Ich trete jedem Menschen mit den üblichen mitteleuropäischen Umgangsformen entgegen. So bin ich erzogen worden.

WELT: Was müsste aus Ihrer Sicht passieren, damit die AfD für Sie und Ihre Partei zu einem Gesprächspartner, vielleicht auch zum Regierungspartner werden könnte?

VOIGT: Die AfD hat sich in den vergangenen Jahren weiter und weiter radikalisiert. Das unterscheidet sie sogar von anderen rechtsextremen Parteien in Europa. Wir als CDU müssen uns mit unserer Politik auf das Wesentliche konzentrieren. Wir müssen die Probleme wegräumen und so bei den Menschen wieder Vertrauen zurückgewinnen. Das macht Friedrich Merz in Berlin, und ich mache das hier in Thüringen.

WELT: Haben Sie keine Sorge, dass diese Nicht-Gesprächsbereitschaft der Union am Ende der AfD nutzt?

VOIGT: Einspruch. Anders als viele andere stelle ich mich der Auseinandersetzung und der Debatte mit der AfD, weil ich der Überzeugung bin, dass kein ein-

ziger AfD-Wähler mit seinen Problemen allein gelassen werden sollte. Es ist doch die CDU, die den Zusammenhalt dieser Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt. Die AfD, das machen Höcke und seine Leute immer wieder deutlich, will die CDU ersetzen. Diesen Kampf wird sie verlieren.

WELT: Die Bundes-CDU erweckt in diesen Tagen den Eindruck, sie sei dazu in der Lage, die von ihr mitzuverantwortende Hilflosigkeit des Staates gegenüber islamistischen Messer-Angriffen zu überwinden. Was passiert, wenn das auch einer unionsgeführten Regierung – sei es in Berlin, sei es in Erfurt – am Ende nicht gelingt?

VOIGT: Das ist mir zu hasenfüßig gedacht. Soll ich das Richtige nicht tun, nur weil ich die Sorge habe, es könnte am Ende womöglich nicht gelingen? So ein Angsthasentum braucht niemand in der Politik. Wir wollen die Dinge beherzt angehen und die Probleme lösen.

WELT: Das heißt bei diesem Thema konkret?

VOIGT: Die CDU hat glaubwürdig den Richtungswechsel in der Migrationspolitik eingeläutet. In Thüringen war es die CDU, die konsequent und deutschlandweit als Erstes die Bezahlkarte für Asylbewerber durchgesetzt hat. Wir haben dafür gesorgt, dass kein Geld ins Ausland fließt und auch keine Anreize gesetzt werden, nur wegen der Geldleistungen nach Deutschland zu kommen. Es waren die CDU-Innenminister in den Ländern, die die Grenzkontrollen wieder eingeführt haben. Es waren unsere CDU-Landräte, die die Arbeitsverpflichtung für Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften durchgesetzt haben. Eine CDU-geführte Landesregierung wird, wenn die Menschen uns am Sonntag das Vertrauen schenken, ein Rückführungszentrum für Menschen ohne Bleibeperspektive sowie ausreichend Abschiebehaft-Plätze einrichten. Politik muss jetzt liefern.

WELT: Mit wem wollen Sie diese Politik durchsetzen? Welche, angesichts der Umfrageergebnisse einigermaßen realistische Koalitionsbildung schwebt Ihnen vor?

VOIGT: Es können nach dem Wahlsonntag vier Parteien im Landtag vertreten sein – oder auch sieben. Entsprechend werden wir als CDU uns – nach der Wahl, nicht vorher – darum bemühen, eine stabile Mehrheit zu organisieren.

WELT: Bleibt es dabei, dass Sie neben einer Zusammenarbeit mit der AfD auch ein Zusammengehen mit der Linkspartei ausschließen?

VOIGT: Das ist seit Langem bekannt, ja.

WELT: Mit Verlaub, klingt das nicht auch in Ihren Ohren etwas absurd? Sie schließen Gespräche mit der Partei des kreuzbürgerlichen Linke-Spitzenkandidaten Bodo Ramelow aus – können sich aber eine Zusammenarbeit mit der Partei der ehemaligen Chef der Kommunistischen Plattform in der PDS, also dem Bündnis Sahra Wagenknecht, vorstellen? Das findet selbst CSU-Chef Markus Söder schwer vermittelbar.

VOIGT: Die Menschen in Thüringen wollen nach zehn Jahren Rot-Rot-Grün eine politische Veränderung. Solange Frau Wagenknecht hier die Ansagen macht, wenn ich mich mit Frau Wolf (Spitzenkandidatin des Thüringer BSW-Verbands, d. Red.) über die Probleme und vor allem die Lösungen in Thüringen unterhalten sollte, wird es keine Gesprächsgrundlage geben. Ich verbitte mir eine solche Einmischung – wie ich sie mir auch von allen anderen Außenstehenden verbitte. Thüringen wird nicht aus Berlin oder dem Saarland regiert. Die Zeiten des Polit-Büros sind vorbei.

WELT: Das BSW fordert – quasi als Eintrittskarte für Koalitionsverhandlungen – ein klares Bekenntnis der künftigen Thüringer Regierung zu mehr diplomatischen Bemühungen der Bundesregierung im Krieg Russlands gegen die Ukraine und zu einem Stopp der Waffenlieferungen an letztere. Werden Sie über dieses Stöckchen springen?

VOIGT: Das ist genau das, was ich mit Einmischungen von außen meine. Damit wird es in Thüringen keine Gesprächsgrundlage geben. Weltpolitik wird nicht im Erfurter Landtag entschieden.



Wahlkampfhilfe vom Vizekanzler: Robert Habeck (Grüne, r.) mit den sächsischen Spitzenkandidaten Franziska Schubert und Wolfram Günther

N eulich hat Robert Habeck mal wieder die Hoffnung gestreift. Man sehe doch gerade in den USA, so der grüne Vizekanzler in einem ARD-Interview, „die Stimmung kann sich schnell drehen“. Der Parteitag der Demokraten, die Nominierung von Kamala Harris als Präsidentschaftskandidatin hätten in den USA „einen Aufbruch, eine Fröhlichkeit, eine Leidenschaft“ entfacht. „Das ging von einem Tag auf den anderen“, sagt Habeck und fügt hinzu: „Das kann auch in Deutschland passieren.“ Wenige Stunden nach diesem Interview wurden in Solingen drei Menschen erstochen.

VON ULRICH EXNER

Die Stimmung im Land bleibt also erst einmal miserabel. Was nicht gut ist für den Bundeswirtschaftsminister, für die Ampel-Koalition und für Habecks grüne Partei. Am kommenden Sonntag wird in Thüringen und Sachsen gewählt. In beiden Ländern stehen die Grünen auf der Kippe. In Thüringen, wo sie zuletzt auf drei Prozent abgerutscht sind, noch mehr als in Sachsen, wo die Institute mit fünf bis sechs Prozent rechnen. Es bleibt jedenfalls nicht allzu viel Platz für Aufbruch und Fröhlichkeit in Leipzig, wo Robert Habeck am diesem Mittwochabend dem sächsischen Landesverband der Grünen ein wenig Schwung verleihen soll. Der Kupfersaal im Zentrum der Stadt, 500 Zuschauer, die sich vorher anmelden mussten, alleamt sind Sympathisanten. In der ersten Reihe sitzen mit Ricarda Lang und Omid Nouripour sogar die beiden Bundespartei-Chefs. Sie melden sich, eine Seltenheit für derartige Veranstaltungen, an diesem Abend nicht zu Wort. Mit Habeck auf der Bühne die drei Spitzenkandidaten der sächsischen Grünen. Katja Meier, Wolfram Günther und Franziska Schubert liefern das Vorprogramm für den Vizekanzler. Warnung vor dem Rechtsruck, vor weniger Toleranz und mehr Querfeindlichkeit in Sachsen, ein Bekenntnis zur Unterstützung der Ukraine, ein paar Seitenhiebe gegen Michael Kretschmer (CDU). Die aber bitte nicht zu doll.

Sachsens Ministerpräsident, der derzeit noch mit SPD und Grünen regiert, wäre letztere ja ganz gerne los nach dem kommenden Sonntag. Die Grünen ihrerseits wollen hier trotzdem weiter regie-

Habeck erteilt Merz-Vorschlägen zu Migration Absage

Bei einem Auftritt im sächsischen Landtagswahlkampf attackiert der grüne Vizekanzler den Oppositionsführer – es wirkt ein bisschen wie Bundestagswahlkampf

ren. Mit Kretschmer. Eine andere Möglichkeit werden sie auch nicht haben in Dresden, wenn überhaupt. Man wolle, mit diesem Bild drückt Landtagsfraktionschefin Schubert die grüne Ambition für die kommende Legislaturperiode aus, „zugleich Öl und Sand im Getriebe“ der sächsischen Landesregierung sein. Dann, großer Jubel im Kupfersaal, ist Robert Habeck an der Reihe. Der Vizekanzler, Wirtschaftsminister macht zunächst das, was er häufig macht, wenn er einen Saal voller Grüner mitnehmen will. Er erzählt eine möglichst große Geschichte, in deren Mittelpunkt er selbst und seine Geschichte mit der Partei stehen. In diesem Fall mit den östlichen Landesverbänden, die den Namen Bündnis 90 mit in die grüne Ost-West-Beziehung gebracht haben: „Die Partei gewordene Bürgerbewegung.“ Habeck vergleicht die Leipziger Demonstrationen von 1989 mit der ukrainischen Maidan-Revolution, leitet daraus die Verpflichtung und das Interesse Deutschlands an der Verteidigung der Ukraine ab. Er testet ein neues, noch etwas sperriges Label für den kommenden Bundestagswahlkampf aus – „Problemlöserpartei“ – und landet dann eben doch in Solingen. Beim „radikalen islamistischen Terrorismus in Deutschland“. Habeck hat das Thema an diesem Mittwoch schon einmal aufgegriffen. In einer Ins-

tagram-Botschaft spricht er sich für eine bessere Ausstattung und mehr Befugnisse für die Sicherheitsbehörden aus, für eine Verschärfung des Waffenrechts und eine verstärkte Bekämpfung islamistischer Propaganda im Internet. Es gehe den Staat zwar nichts an, was unbescholtene Bürger im Internet täten. „Aber Terroristen müssen wir auf die Schliche kommen können, bevor die Tat verübt wird“, sagt der Vizekanzler und warnt zugleich davor, sich von den Terroristen „ins Misstrauen treiben“ zu lassen. „Wenn wir uns gegeneinander aufwiegeln lassen, schwächen wir uns selbst.“

Auch im Kupfersaal plädiert er für einen härteren Umgang mit islamistischen Gewalttätern, Terroristen, Vergehaltern und Hasspredigern. „Solche Leute haben den Anspruch auf das Asylrecht verloren. Sie müssen hart bestraft werden und danach das Land verlassen.“ Spätestens dann das Land verlassen.“ Aufgabe von Politik und Sicherheitsbehörden sei es, die Taten zu verhindern, bevor sie passieren. „Und was dafür gemacht werden muss, muss dafür gemacht werden.“ Andererseits dürfe ein solches Verdikt nicht unbescholtene Bürger dieses Landes treffen, nur weil sie „nicht Fritz, Walter oder Robert“ hießen. „Wenn wir in so einer Situation die Kraft zur Differenzierung nicht auf-

bringen, dann werden wir auch nicht die Kraft zur Problemlösung aufbringen.“ Erst an dieser Stelle gibt es Applaus im Saal. Nicht vorher, nicht für Habecks Plädoyer für härtere Strafen, für einen strikteren Umgang mit straffälligen Asylbewerbern. Noch mehr Zustimmung bekommt Habeck für seine Kritik an Friedrich Merz. Der Vorstoß des Oppositionschefs, die in Solingen einmal mehr Manifest gewordenen Folgen einer ungesteuerten Zuwanderung gemeinsam mit der Regierung in den Griff nehmen zu wollen, sei ja „ein Supergedanke“. Aber der CDU-Vorsitzende verate diesen Gedanken sofort wieder, indem er anrege, Grüne und FDP im Zweifel außen vorzulassen bei entsprechenden Gesprächen. Merz versuche mit seinem Vorschlag, die Koalition zu spalten und auseinanderzutreiben. „Und das ist unangenehm bei dieser Situation, wo wir wirklich sehen müssen, dass wir Erkenntnisse sammeln und Verbesserungsvorschläge machen und Gesetze, wenn sie notwendig sind, zügig verändern, um das Problem zu lösen.“ Eine Absage erteilt Habeck auch Merz' Vorschlag, eine „nationale Notlage“ zu erklären, damit Asylbewerber an den deutschen Grenzen grundsätzlich zurückgewiesen werden könnten. Ein solcher Beschluss könne nur auf europäischer Ebene gefällt werden, sagt Habeck und prophezeit, dass Europa sich in so einem Fall „sofort gegen Deutschland zusammenschließen“ werde. Europa brauche aber kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander. Merz' Idee sei also nicht nur juristisch schwierig umzusetzen, sondern „auch politisch ein falscher Vorschlag, weil er nur dazu führt, dass außenpolitisch in Europa nichts mehr geht“. Deutschland würde sich damit „quasi zu einer Art Ungarn machen, die auch kaum noch eine Rolle in Europa spielen“. Der Oppositionsführer, findet Habeck, wecke bei den Menschen also Erwartungen, die in Wahrheit nicht erfüllt werden könnten. Und das bei einem Thema, bei dem „so viel Emotion, so viel Angst, so viel Zorn, so viel Hass im Raum“ sei wie bei der Migration. „Das ist das Gegenteil von dem, was wir sein wollen, das ist nicht Problemlösung, das ist unverantwortlich.“ So schleicht sich allmählich der Bundestagswahlkampf 2025 in den ostdeutschen Landtagswahlkampf 2024. Aufbruch, Fröhlichkeit, Leidenschaft sind eher nicht in Sicht.

36-Jährige stirbt nach Messerangriff von Ex-Mann

Berliner Staatsanwaltschaft sieht „Ehrenmord“. Verdächtiger war zuvor wegen häuslicher Gewalt auffällig

E in 50-Jähriger hat auf einem Gehweg in Berlin eine Frau erstochen. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft in der Bundeshauptstadt am Donnerstag mitteilten, griff der Mann die 36-Jährige am Mittwochabend vor einem Wohnhaus in der Hampsteadstraße im Stadtteil Zehlendorf mit einem Messer an. Sie erlitt schwere Stich- und Schnittwunden. Rettungskräfte versorgten und reanimierten die Frau und brachten sie in ein Krankenhaus, wo sie notoperiert wurde, später aber starb. Der Tatverdächtige wurde am Tatort festgenommen. Eine Mordkommission des Landeskriminalamts und die Staatsanwaltschaft übernahmen die weiteren Ermittlungen. Diese geht davon aus, dass der Tatverdächtige aus dem Libanon die ebenfalls libanesisch Frau gezielt und vorsätzlich getötet hat. Die beiden haben vier gemeinsa-

me Kinder. Der mutmaßliche Täter soll der Frau vor ihrem Wohnhaus aufgelauert haben, schreibt die „Berliner Zeitung“. „Zum Motiv lässt sich weiter sagen, dass wir davon ausgehen, dass der Täter sich durch die Trennung in seiner Ehre verletzt gefühlt hatte. Um diese wiederherzustellen, entschied er sich, seine Ex-Frau umzubringen“, sagte Staatsanwaltschafts-Sprecher Sebastian Büchner der „B.Z.“.

Wie die Zeitung weiter schreibt, soll der Mann schon vorher wegen häuslicher Gewalt auffällig geworden sein. Gegen ihn lege eine einstweilige Verfügung vor, wonach er hätte gar nicht wissen dürfen, wo seine Ex-Frau wohnte. Nach Berichten von „B.Z.“ und „Berliner Zeitung“ versammelten sich rund 50 Menschen vor dem Krankenhaus, in dem um das Leben der Frau gekämpft wurde. Ein Sprecher der Staatsanwalt-

schaft äußerte sich dazu nicht, sagte aber: „Einen Clanzusammenhang kann ich nicht bestätigen.“ Die Leiche der Frau soll am Donnerstag noch obduziert werden. Gegen den 50-jährigen Libanesen soll ebenfalls am Donnerstag Haftbefehl erlassen werden. Im vergangenen Jahr hatten Urteile zu Femiziden in Berlin für Aufmerksamkeit gesorgt. Zwei afghanische Brüder waren zu einer lebenslangen Gefängnisstrafe wegen des Mordes an ihrer Schwester verurteilt worden. Laut Landgericht hatten die Brüder sie im Juli 2021 getötet, ihre Leiche in einem Koffer mit dem Zug nach Süddeutschland gebracht und dort in einem Wald vergraben. Der Mord geschah, weil die Schwester nach eigenen Vorstellungen leben wollte und das nicht den Moralvorstellungen der Familie entsprach. Das Urteil ist rechtskräftig.

Solche Gewaltverbrechen werden auch als Femizid bezeichnet. Femizid bedeutet, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts getötet werden – also weil sie Frauen sind. Als häufigste Form gilt die Tötung von Frauen durch Partner oder Ex-Partner. Die Gewerkschaft der Polizei spricht angesichts des Todes der Frau in Zehlendorf davon, dass Tötungen von Frauen ein wachsendes Problem in unserer Gesellschaft seien. „Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Wegweisung, zum Betretungsverbot und zur Ingewahrsamnahme von Tätern sind mit Blick auf die Anzahl von Plätzen in Frauenhäusern zu gering und greifen oftmals viel zu kurz“, so GdP-Sprecher Benjamin Jendro. Polizisten gerieten immer wieder an ihre Grenzen, wenn es darum gehe, Betroffene von häuslicher Gewalt oder Stalking schnellstmöglich aus dem Gefahrenbereich zu bringen.

DPA/SAHA/JM/CON

Die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele unter offenem Himmel auf der Seine in Paris auszutragen, galt als riskanter Akt. 45.000 Polizisten und tausende Soldaten waren im Einsatz, um die zur Hochsicherheitszone mutierten Innenstadt vor Anschlägen zu schützen. Die Katastrophe blieb aus. Denn die zahlreichen Terrorattentate auf Frankreich, insbesondere die Bataclan-Anschlagserie von 2015, haben nicht nur tiefe Verwerfungen hinterlassen, sondern auch zu einer Professionalisierung im Umgang mit der islamistischen Gefahr geführt.

VON DIANA PIEPER

Kein anderes europäisches Land ist in den vergangenen Jahren so häufig zum Ziel islamistischer Gewalt geworden wie Frankreich, keines geht so scharf gegen Terror vor. Nach dem mutmaßlich islamistischen Attentat eines Asylbewerbers in Solingen rückt es damit auch als Vorbild für Deutschland in den Fokus. In Frankreich ist Innenminister Gérald Darmanin das Gesicht des entschieden geführten Anti-Terror-Kampfes. 2021 erließ die Regierung unter seiner Ägide das Gesetz „zur Bekräftigung der Grundsätze der Republik“. Es ermöglicht die Überwachung religiöser Vereine und Moscheen und verbietet im Ausland ausgebildeten Imamen, in Frankreich zu arbeiten. Vorangegangen war dem ein Herbst der Gewalt. Im Oktober 2020 war der Geschichtslehrer Samuel Paty von einem islamistischen Terroristen enthauptet worden, nachdem er Mohammed-Karikaturen im Unterricht besprochen hatte. In Nizza erstach ein Islamist in der Notre-Dame-Kirche drei Menschen. Präsident Emmanuel Macron sah die republikanischen Werte unter Beschuss, Innenminister Darmanin das Land „im Krieg“.

Mehrfach wurde in den vergangenen Jahren die Anti-Terror-Gesetzgebung verschärft. Die nach der Bataclan-Anschlagserie mehrfach verlängerten Notstandsregelungen gaben Ermittlern weitgehende Befugnisse, ermöglichten etwa Hausarreste oder -durchsuchungen ohne richterlichen Beschluss. 2017 gingen viele dieser Maßnahmen im „Gesetz zur Stärkung der inneren Sicherheit und Terrorismusbekämpfung“ auf. Der Ausnahmezustand wurde zu regulären juristischen Praxis.

Welche Tragweite das hat, wurde zuletzt während der Olympischen Spiele deutlich. Prophylaktisch schlossen die Behörden 3500 Personen vom Besuch der Spiele aus. „Es wurden Hausbesuche und Verbote gegen Personen ausgesprochen, von denen eine Bedrohung terroristischer Art ausgehen kann“, erklärte Staatsanwalt Olivier Christen. Der Jurist leitet seit April die Nationale Anti-Terror-Staatsanwaltschaft in Paris (PNAT), eine Ermittlungsbehörde mit enormer Machtfülle, entspricht hier doch der Ermittlungsrichter einem Hybrid aus Staatsanwalt und Richter. „Damit ist er weder Anwalt der Verteidigung noch der Anklage, sondern führt eine unparteiische Untersuchung über die Strafbarkeit begangener Straftaten durch“, sagt Antoine Baudin, Direktor des International Centre for Counter-Terrorism (ICCT) in Den Haag. „Das macht die Behörde zu einem der stärksten Schwerter der Regierung im Kampf gegen den Terror.“

Die Ermittler sind indes vor ähnliche Herausforderungen gestellt wie ihre europäischen Partner. Statt Terrornetzwerken wie al-Qaida oder Islamischer Staat (IS) spielen mittlerweile radikalisierte Einzeltäter eine entscheidende Rolle. Die Mehrheit der Anschläge in Frankreich wurde mit Fahrzeugen oder Messern ver-



Mitglieder der Spezialeinheit BRL, die auch bei den Anschlägen 2015 in Paris zum Einsatz kam

Frankreichs radikaler Kampf gegen den ISLAMISMUS

übt. Im Juli griff ein Mann kurz vor den Olympischen Spielen einen am Pariser Gare de l'Est patrouillierenden Soldaten an. Im Dezember tötete ein Islamist einen deutschen Touristen in der Nähe des Eiffelturms, im November wurde ein Jugendlicher bei einem Dorffest in Südfrankreich erstochen.

Laut dem Chef des Inlandsgeheimdienstes, Nicolas Lerner, geht die größte Bedrohung von Personen aus, die im Land geboren wurden oder sich dort dauerhaft aufhalten. Häufig handele es sich um Einzelgänger ohne direkte Verbindung zu Terrororganisationen und mit „unsteter Biografie“, deren einzige soziale Interaktion sich häufig auf soziale Netzwerke beschränke. In diese Kategorie fielen Menschen mit psychischen Störungen, vor allem aber Heranwachsende. Für sie sei der radikale Islam eine einfache Matrix, mithilfe derer sie sich mächtiger fühlten.

Um auf die veränderte Bedrohungslage zu reagieren, trat 2021 das bisher strengste Anti-Terror-Gesetz in Kraft, das als weitgehendstes Gesetz innerhalb Europas gilt. Die Regierung nimmt damit Online-Netzwerke in den Blick, die Überwachung sozialer Medien und digitaler Netzwerke ist konsequenter Bestandteil im Kampf gegen den Terror. Verdächtige können umfassender überwacht werden, Algorithmen helfen dabei, sie frühzeitig ausfindig zu machen. Es gehe darum, technisch mit neuen Technologien Schritt zu halten, die aktuell von Terroristen genutzt werden, sagte Innenminister Darmanin.

In Deutschland hat sich die Ampel-Koalition erst nach langem Ringen im Früh-

Das Land gilt als Zielscheibe für Anschläge. Aber es hat auch die schärfsten und weitreichendsten Gesetze Europas

jahr auf die sogenannte Quick-Freeze-Regelung verständigt: Daten dürfen nur bei Verdacht auf schwere Straftaten gespeichert werden, es braucht eine richterliche Anordnung. Faeser hatte sich für eine anlasslose Speicherung eingesetzt. In Frankreich können Ermittler auf mehr Daten zurückgreifen, Anbieter sind verpflichtet, Telekommunikationsdaten für ein Jahr zu speichern. Die Bevölkerung trägt das weitgehend mit. Dass etwa die von künstlicher Intelligenz unterstützte Videoüberwachung nach den Olympischen Spielen weiterhin getestet wird, wird von einer breiten Öffentlichkeit nicht hinterfragt.

Während in Deutschland Schätzungen zufolge rund die Hälfte der Anschläge nur dank Hinweisen befreundeter Nachrichtendienste abgewendet werden können, sind französische Sicherheitsbehörden unabhängiger. Zwar setzt auch Frankreich auf den engen Austausch mit ausländischen Diensten, sagt Dschihadismus-Experte Baudin, insbesondere bei der Terrorbekämpfung im Ausland. Im Hinblick auf Gefahren im Inland arbeite

der Inlandsgeheimdienst aber auch ohne Unterstützung effektiv. Im Fall konkreter Bedrohungen, wie nach dem Anschlag auf eine Konzerthalle in Moskau im März, folgen Einsätze einem ausgefeilten Sicherheitsplan. Der erlaubt ihnen, Sicherheitskräfte schnell zu mobilisieren, um Infrastruktur, Schulen oder Gotteshäuser zu schützen.

Auch in Deutschland wurden nach dem Attentat in Solingen wieder Forderungen nach mehr Befugnissen für die Bundespolizei erhoben. Für den Einsatz der Bundeswehr im Inland sieht das Grundgesetz strenge Regeln vor, möglich ist dies nur in Ausnahmefällen. In Frankreich gehören Soldaten, die mit Maschinenpistolen im öffentlichen Raum patrouillieren, zum Alltag. Umfragen zeigen immer wieder, dass eine Mehrheit der Franzosen den Einsatz von Soldaten im Inland befürwortet.

Der Schutz der inneren Sicherheit wurde zuletzt immer offensiver mit einer restriktiveren Migrationspolitik verwoben. Zwar nimmt Frankreich weniger Flüchtlinge auf als Deutschland. 2023 wurden aber 123.400 Erstanträge auf Asyl gestellt und damit mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: 329.120). Im Januar trat nach mehreren Anläufen ein Einwanderungsgesetz in Kraft, das Migration begrenzen und Abschiebungen erleichtern soll. „Fermeté et humanité – Härte und Menschlichkeit – ist die Lösung, unter der Präsident Macron die Initiative verstanden wissen will. Französische Journalisten sprachen auch vom „Loi Darmanin“, vom Darmanin-Gesetz. Kritiker warfen der Regierung vor, das Gesetz nur mit vielen Zuge-

ständnissen an den rechtsnationalen Rassemblement National durchs Parlament gebracht zu haben, der Verfassungsrat kippte nachträglich einige Bestandteile.

Wie effektiv die mit strenger Einwanderungskontrolle verknüpfte Anti-Terror-Strategie der französischen Regierung ist, lässt sich schwer beziffern. Nach Angaben des Innenministeriums wurden seit 2012 insgesamt 81 islamistische Anschläge vereitelt. Fest steht nach Ansicht von Dschihadismusforscher Baudin: Die seit 2015 abgesehen von staatlichen Radikalisierungsmaßnahmen repressiver und militaristischer gewordene Strategie mit ihrem Fokus auf Strafverfolgung und Zwangsmaßnahmen gegen Gefährder zeige Wirkung. Als Erfolg wertet die Regierung auch jüngste Zahlen zu Abschiebungen straffälliger Migranten, rund ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Einwanderungsgesetzes. „Le Figaro“ berichtete unter Berufung auf das Innenministerium von einem deutlichen Anstieg der Abschiebungen infolge des Entzugs von Aufenthaltstiteln. Mit der Anwendung neuer Straftatbestände wie jenem über die „Störung der öffentlichen Ordnung“ sei die Abschiebung straffälliger Migranten ohne Aufenthaltstitel deutlich erhöht worden.

Im ersten Halbjahr betrug der Anstieg demnach rund 29 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Unter den Betroffenen befand sich auch ein verurteilter Dschihadist, der im Verdacht stand, nach seiner Haftentlassung an den Planungen eines weiteren, vereitelten Anschlags beteiligt gewesen zu sein. Zehn Jahre brauchten die Behörden, um ihn auszuweisen.

Hisbollah nutzt Motoren aus Deutschland

Antrieb für ihren Drohnen stammen aus Hanau

Nir Eylon wurde im Kibbutz Dan im Norden Israels von Sirenen aus dem Schlaf gerissen. Dann flog eine von der Hisbollah abgeschossene Drohne über sein Haus und explodierte auf einer Straße. Als Eylon danach die Trümmerteile inspizierte, war er überrascht. Dem TV-Sender „N12News“ sagte er: „Ich konnte es nicht glauben, als ich sah, dass darauf ‚Made in Germany‘ stand. Wie kann es sein, dass deutsche Teile in die Hände von Terroristen gelangen?“

VON CLEMENS WERGIN

Dass deutsche Komponenten in Waffen auftauchen, die möglichst viele Juden umbringen sollen, ist nach dem Holocaust eine schwer erträgliche Vorstellung. Leider hat das aber auch eine gewisse Tradition in Nahost. Schließlich waren es Hitlers Raketentechniker, die in der Nachkriegszeit in Ägypten ein Raketenprogramm für den Kampf gegen Israel aufbauten.

Auf Bildern der aufgeplatzten Drohne ist zu sehen, dass ihr Motor von 3W Professional in Hanau stammt, einem Hersteller von Motoren für Modellbauflugzeuge. „Wir sind erschüttert darüber, dass möglicherweise einer unserer Motoren in einer Drohne verbaut wurde, um von einer terroristischen Organisation für ihre kriminellen Zwecke missbraucht zu werden“, antwortet 3W-Chef Kai Weinholt auf eine schriftliche Anfrage von WELT. Man könne nicht nachvollziehen, wie einer ihrer Motoren in einer Drohne einer Terrororganisation gelangt sein soll, so Weinholt. „Wir verkaufen unsere Motoren nicht an Embargo-Länder und halten uns an alle Exportgesetze und Vorschriften.“

Es ist allerdings nicht das erste Mal, dass Motoren der Firma in Waffen problematischer Akteure auftauchen, die mit dem Iran verbündet sind. „3W-Motoren wurden zum ersten Mal 2018 in Huthi-Drohnen gefunden, die zum Angriff auf Flughäfen in Dubai und Abu Dhabi genutzt wurden“, sagt Rüstungskontroll- und Exportkontroll-Experte Wolf-Christian Paes vom Berliner Büro des International Institute for Strategic Studies gegenüber WELT. Das sei damals die vom Iran entwickelte Samad-Baureihe gewesen. Normalerweise würden diese Drohnen von chinesischen Motoren angetrieben „aber deutsche Motoren sind zuverlässiger“, so Paes. 3W sei auch nicht die einzige deutsche Firma, deren Produkte auf diese Art missbraucht würden. So würden zuweilen auch Komponenten von Limbach in iranischen Drohnen gefunden und deutsche Technik werde auch in iranischen Raketen verbaut. Gerade kleineren Unternehmen fällt es oft schwer, zu kontrollieren, wohin ihre Motoren gehen.

Paes hatte etwa den Weg der 3W-Motoren nachverfolgt, die 2018 in der Huthi-Drohne gefunden wurden. Ein Zwischenhändler in Griechenland hatte 3W über die Verwendung der Motoren angefragt. Die waren nicht, wie behauptet, für den griechischen Markt bestimmt, sondern wurden an den Iran weiterverkauft. In einem weiteren Fall von 2020 seien die Motoren über China weiter exportiert worden. „Den Weiterverkauf unserer Motoren können wir leider nicht kontrollieren. Somit können wir auch nicht den Weiterverkauf zum Zwecke des Missbrauchs von terroristischen Organisationen verhindern“, sagt Weinholt. „Deshalb haben wir bereits die Polizei eingeschaltet, um bei der Aufklärung zu helfen und um den Missbrauch in Zukunft zu verhindern.“

Das Problem, sagt Rüstungskontroll-Experte Paes, ist, dass Deutschland diese Bauteile nicht einmal als Dual-Use-Güter klassifiziert, sie also gar keiner internationalen Regulierung unterliegen. „Wir haben in Deutschland eine ganze Reihe von Produkten, die in Waffen verbaut werden und die nicht der Regulierung unterliegen“, sagt Paes. So tauchen westliche Komponenten auch in Drohnen und Raketen auf, mit denen Russland die ukrainische Bevölkerung terrorisiert. Dazu komme noch das Problem, dass die Bundesregierung selbst bei regulierten Produkten einen „legalistischen Ansatz“ vertrete, so Paes. Wenn der Abnehmer bestätige, dass die Produkte nicht für zweifelhafte Zwecke verwendet und nicht re-exportiert werden, dann reiche das den Behörden. Die USA hingegen würden einen „investigativen Ansatz“ verfolgen und nachforschen, ob regulierte Bauteile dann nicht doch in dunklen Kanälen landen.

„Nationalismus ist nicht mit dem christlichen Glauben vereinbar“

Sachsens Landesbischof Tobias Bilz unterstützt im Wahlkampf die Parteien der Mitte. Von der Wahl von AfD und BSW rät er ab

Seit 2020 ist Tobias Bilz Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens. Vier von fünf Sachsen sind konfessionslos, 16 Prozent Protestanten. Im Interview spricht er über die Position der Kirche vor der Landtagswahl.

VON SEBASTIAN BEUG

WELT: Herr Bilz, wie nehmen Sie die Stimmung in Sachsen vor der Wahl wahr?

TOBIAS BILZ: Ich lebe in Dresden und bin an vielen Orten in Sachsen unterwegs. In der Stadt ist es so, dass die verschiedenen Positionen, die Menschen haben, auch auf die Straße gebracht werden. Aber es gibt auch einen großen Teil der Bevölkerung, der zurückhaltend ist und in der Öffentlichkeit nur vorsichtig politisch Stellung nimmt.

WELT: Wie äußert sich das?

BILZ: Ich habe einmal öffentlich gesagt,

ich kann nicht empfehlen, die AfD zu wählen. Aus den Gemeinden kamen unterschiedliche Rückmeldungen an mich persönlich. Die einen sagten, Kirche solle nicht parteipolitisch sein. Anderen ging eine bloße Empfehlung nicht weit genug. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns. Wir wissen aus Nachwahlbefragungen, dass evangelische Christen in Sachsen ungefähr so wählen wie alle anderen Bürger auch.

WELT: Wie begründen Sie Ihre Empfehlung, nicht AfD zu wählen?

BILZ: Zum einen wird die AfD vom sächsischen Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingeschätzt. Die Einstufung ist erfolgt, weil die AfD unter anderem in Fragen der Menschenwürde und der Gleichheit unsere Verfassung und die Demokratie angreift. Die AfD hat auch Punkte im Programm, gegen die man als Christ nicht haben kann, wenn sie sich beispielsweise für die Unterstützung von Familien mit Kindern oder die Pflege von

Angehörigen einsetzt. Aber schon bei der Frage nach dem Familienbild schließt sie Menschen aus, die dieses nicht leben können oder wollen. Viele Menschen machen sich nicht klar, dass eine Partei sich freier und demokratischer geben kann als sie ist.

WELT: Das ist eine weltliche Begründung. Was sagen Sie als Theologe?

BILZ: Der christliche Glaube ist ein universaler Glaube. Im Blick auf seine Menschenwürde oder sein Verhältnis zu Gott ist es unerheblich, zu welchem Volk ein Mensch gehört, welches Geschlecht oder welchen Glauben er hat. Wir sind als Christen alle angehalten zu sagen, Nationalismus ist prinzipiell nicht mit dem christlichen Glauben vereinbar. Mit diesem Standpunkt begründe ich theologisch, warum eine Wahl der AfD für mich und viele andere Christen nicht geht.

WELT: Im Wahlkampf haben Sie mehrere Spitzenkandidaten zu Gesprä-

chen getroffen – nicht aber von AfD und BSW. Warum grenzen Sie die aus?

BILZ: Ich habe nicht ausgegrenzt, sondern ausgewählt. Das ist ein Unterschied für mich. Aber ich hole etwas aus: Wir haben schon vor der Europawahl eine Wahlinitiative gestartet – „Für alle. Mit Herz und Verstand“. Viele Gemeinden haben Kandidaten zu Diskussionsrunden eingeladen. Je nachdem, wie der Kirchenvorstand entschieden hatte, waren auch AfD-Vertreter dabei. Es gibt gute Gründe für eine Debatte. Mein Format hingegen ist



Tobias Bilz, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens

SEBASTIAN KAHNERT/FO

Österreich ändert seine Sicherheitsstrategie

Russland wird vom Partner zum Risiko eingestuft

Seit zweieinhalb Jahren führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Doch erst jetzt hat sich Österreichs Regierung zu einer neuen Sicherheitsstrategie durchgerungen und Russland vom „strategischen Partner“ zu einem „Sicherheitsrisiko“ eingestuft. Das sieht nur auf den ersten Blick nach einem bürokratisch unspektakulären Schritt aus.

VON STEFAN SCHOCHER
AUS WIEN

Es dürfte sich vielmehr um den wohl tiefgreifendsten sicherheitspolitischen Wurf der Regierung aus konservativer ÖVP und den Grünen handeln. Einer, der lange angekündigt worden war. Und jetzt, nur kurz vor der Nationalratswahl im September, verkündet wird.

Die bisher geltende Strategie stammt aus dem Jahr 2013. Da gab es noch keinen russischen Angriffskrieg in der Ukraine, österreichische Firmen machten gute Geschäfte in Russland, die Zeichen standen viel eher auf wirtschaftliche Expansion in Osteuropa denn auf Rückbau. Daran hat auch die erste russische Invasion in der Ukraine 2014 nicht gerüttelt. Und auch nach der Invasion 2022 hat es gedauert. Das liegt vor allem an Konflikten innerhalb der Koalition. Vor allem Fragen zu Energie-Versorgung des Landes waren bis zuletzt zwischen den Koalitionspartnern heftig umstritten. Konkret jene, ob und in welcher Form der Ausstieg aus russischem Gas festgeschrieben werden soll.



NEUTRAL ZU SEIN
BEDEUTET NICHT,
GLEICHGÜLTIG ZU
SEIN, WENN
VÖLKERRECHT
GEBROCHEN WIRD

Darauf hat man sich nun geeinigt: Bis 2027 soll kein Gas aus Russland mehr bezogen werden – ausgehend von einem allerdings sehr hohen Niveau. In den vergangenen zwölf Monaten bezog Österreich zwischen 76 und 98 Prozent seines Gases von Russland. Es ist gut möglich, dass die Realität Österreich in diesem Punkt früher einholt. Ende 2024 läuft ein Transitvertrag zwischen der Ukraine und Russland aus. Eine Verlängerung oder die Schaffung von Umgehungsstrukturen etwa über Zwischenhändler scheinen ausgeschlossen.

Das Energiethema war bis zuletzt heftig umstritten in der Koalition. Vor allem die ÖVP war gegen eine Festbeschreibung des Gas-Ausstiegs. Die Einigung bewirkt haben dürfte letztlich

ein Kuhhandel: Die Grünen stimmen der Nominierung von ÖVP-Finanzminister Magnus Brunner als Österreichs EU-Kommissar zu, dafür kommt die ÖVP den Grünen bei der Gas-Frage entgegen. Dabei birgt der vorliegende 50-seitige Entwurf durchaus noch andere Punkte, die im österreichischen Kontext, wenn schon nicht nach Streit, so zumindest nach Kontroverse klingen. So soll die Kooperation mit der Nato ausgebaut werden – freilich bei gleichzeitiger Betonung der Neutralität.

Konkret heißt es in dem Papier: „Militärisch neutral zu sein bedeutet nicht, gleichgültig zu sein, wenn Völkerrecht gebrochen wird und die Souveränität, die territoriale Integrität oder die Unabhängigkeit eines Staates angegriffen wird.“ Die Zusammenarbeit mit der Nato solle vor allem bei Auslandsmissionen ausgebaut werden. Es sei wesentlich, „dass wir die Kooperationsmöglichkeiten mit der Nato in den Bereichen Konfliktprävention, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit sowie im Interesse der Stärkung der Interoperabilität unserer militärischen Kapazitäten ausschöpfen“. Unterstützt wird zudem auch die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern im Rahmen der EU.

Und noch ein weiterer maßgeblicher Punkt: Die Nachrichtendienste sollen „personell, materiell und logistisch an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden“. Das ist ein angesichts sich häufender Berichte über russische Spionageaktivitäten in Österreich sowie eine strukturelle Unterwanderung österreichischer Dienste längst überfällige Maßnahme. Der Text sollte am Donnerstag dem Parlament vorgelegt werden. Zu erwarten ist, dass die Koalition mit Blick auf die Wahlen im September aufs Tempo drückt.

Aber schon vor der Präsentation war klar, dass der Kompromiss in der konservativ-grünen Koalition in Wien bei der Opposition durchweg auf Ablehnung stoßen wird. Die FPÖ kritisiert die Ausweitung der Kooperation mit der Nato als Ausverkauf, ebenso, wenn auch in milderer Sprache, tut es die SPÖ und fordert „aktive Neutralitätspolitik“. Lediglich den liberalen Neos geht der Vorschlag nicht weit genug. Damit könnte der Plan zur sicherheitspolitischen Ein-Tagsfliege werden, wenn Ende September gewählt wird.

Die Koalition wird aller Voraussicht nach ihre Mehrheit verlieren. Laut Umfragen dürfte die antieuropäische, pro-russische sowie isolationistische FPÖ stärkste Kraft werden – allerdings könnte sie mit einem Ergebnis von rund 30 Prozent der Stimmen nicht ohne Koalitionspartner regieren. Die ÖVP hat eine Koalition solange dezidiert ausgeschlossen, wie Herbert Kickl eine führende Rolle darin spielen würde. In Fragen der Beziehungen zu Nato und EU in Sicherheitsfragen steht die FPÖ für klare Abschottung. In Energie-Fragen steht sie für die Aufrechterhaltung der Bezüge aus Russland.

Innerhalb weniger Wochen haben Terroranschläge und Attacken durch religiös radikalisierte Einwanderer Deutschland erschüttert. Ob im Mai in Mannheim, im Juni in Bad Oeynhausen oder jüngst in Solingen – in allen Fällen kamen die islamistischen Täter aus Syrien oder Afghanistan. CDU-Chef Friedrich Merz fordert einen kompletten Aufnahmestopp von Flüchtlingen aus beiden Ländern.

VON CHRISTIAN PUTSCH
AUS KAPSTADT

Während der Anschlag von Solingen am vergangenen Freitag globale Schlagzeilen machte, blieb einen Tag später eine Nachricht aus Burkina Faso weitgehend unbemerkt. Die Al-Qaida-Terrorgruppe „Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin“ (JNIM) verübte im Zentrum des Landes einen Anschlag mit bis zu 200 Toten. Längst ist die Sahelzone zum globalen Epizentrum des Terrors geworden. So betonten es im Juni auch die USA vor dem UN-Sicherheitsrat. Tatsächlich finden inzwischen 43 Prozent der weltweit von Terroristen verübten Morde in der Region statt. Die sich rasant verschlechternde Lage wird auch durch Zahlen eines aktuellen Berichts des an das US-Verteidigungsministerium angegliederten Thinktanks Africa Center for Strategic Studies illustriert. Die 11.200 Toten seit Beginn des laufenden Jahres (Stand Mitte August) bedeuten bereits jetzt eine Verdreifachung der Opferzahlen in der Region verglichen mit dem Jahr 2021.

Zunehmend wird unter Analysten und Politikern deshalb die Frage diskutiert, wie groß die Gefahr ist, dass sich der islamistische Terror aus der Sahelregion nach Europa ausweiten könnte – zumal sich die großen lokalen Terrororganisationen mittlerweile dem Islamischen Staat oder Al-Qaida angeschlossen haben. Als Frankreich noch den Anti-Terror-Kampf in Mali anführte, gab es in den Jahren 2015 und 2016 mehrfach entsprechende Drohungen der Islamisten in Richtung Paris. Umgesetzt wurden sie glücklicherweise nicht.

Einen Anschlag in Europa oder in den USA in Verbindung mit den Terroraktivitäten in der Sahelzone habe es zwar noch nicht gegeben, sagt Daniel Eizenga, einer der Autoren des Africa Center-Reports. Aber es gebe „wachsende Kapazitäten“ aufseiten der islamistischen Gruppen in der Region. Angesichts der jüngsten Anschläge müsse diese Gefahr auch im Westen „ernst genommen werden“. „Wir sehen eine rasante Beschleunigung der Gewalt – und zwar auf beiden Seiten, bei den militanten Gruppen, aber auch bei den Sicherheitskräften der Militärjuntas“, ergänzt Eizenga. Sie würden im verstärkten Maße Zivilisten attackieren, oft im Verbund mit verbündeten Milizen und russischen Truppen. Diese Angriffe hätten zuletzt die Zahl der Anschläge islamistischer Gruppierungen gar übertraffen. Und sie erleichtern dem Forscher zufolge die Rekrutierung von Terroristen, untergraben das ohnehin geringe Vertrauen in staatliche Institutionen weiter. Das dies unmittelbare Auswirkungen auf Europa hat, gilt aber als unwahrscheinlich.

„Ich wäre sehr, sehr überrascht, wenn jemand aus der Sahelzone einen Terror-

Gewalttätige Vorfälle durch militante islamistische Gruppen in Nordafrika



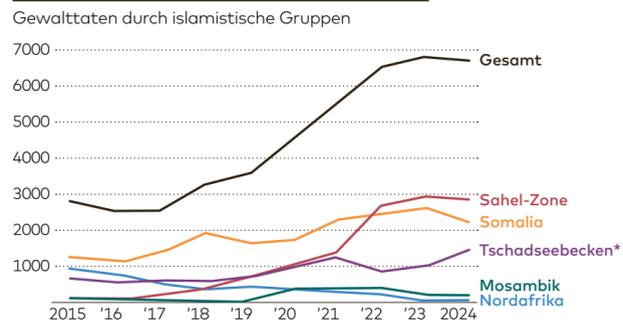
Quelle: Africa Center for Strategic Studies, Armed Conflict Location & Event Data Project

WELT

Hort des Terrors

Nach dem Solingen-Anschlag diskutiert Deutschland über radikalisierte Einwanderer. In einer Region sind Islamisten am aktivsten

Entwicklung nach Regionen und Ländern



* umfasst Niger, Tschad sowie Teile von Algerien, Nigeria, Sudan und Zentralafrikanische Republik
Quelle: Africa Center for Strategic Studies, Armed Conflict Location & Event Data Project

WELT

anschlag in Europa verüben würde – aber es ist natürlich nicht unmöglich“, sagt Alioune Tine, Gründer der senegalesischen Denkfabrik Afrikajom Center, im Telefongespräch mit WELT. Der Menschenrechtsanwalt kritisiert zwar, dass die eskalierende Gewalt in der Sahelzone zu komplexe Gründe – etwa Streit um Zugang zu Land und Wasser – habe und deshalb nicht auf islamistischen Terror reduziert werden könne, doch auch Tine erkennt eine gestiegene internationale Bedrohung durch die Konflikte. Diese rühre auch daher, dass es in den vergangenen 15 Jahren insbesondere durch Saudi-Arabien und Katar

mehr fundamentalistische Einflüsse in Westafrika gebe, dabei konkret durch die Finanzierung von Moscheen, Kulturzentren und religiösen Studienreisen.

„Gepredigt wird ein politischer Islam, der die Einführung der Scharia als Basis hat.“ Sorge bereite ihm, so Tine, dass es „sogar in Senegal“ Akteure gebe, die dafür argumentieren. Einem Land, das besonders stabil und moderat islamisch geprägt ist, bislang außerdem keine Probleme mit Terrorismus hatte. Man merke den Einfluss etwa an der Art, wie sich die Menschen kleiden würden, da gebe es klare Veränderungen. Die Krise der globalen Strahlkraft von

Demokratie, Sozialismus und Neoliberalismus beschleunige diese Entwicklung, argumentiert der Experte. Der radikale Islam stoße mit Waffen und ideologisch in dieses Vakuum.

Der deutsche FDP-Abgeordnete Christoph Hoffmann plädiert ebenfalls für eine differenzierte Beurteilung der Gefährdungslage. „Die Bedrohung in Europa durch islamistische Täter kommt aus dem arabischen Raum, speziell aus Syrien, dem Irak, aber auch aus Afghanistan und der Türkei“, sagt er. Die Terrorgruppen im Sahel seien „vor allem“ mit der Festigung ihrer Einflussbereiche in Subsahara-Afrika beschäftigt. Doch auch Hoffmann sagt: „Man sollte die Bedrohung, die von ihnen ausgeht, nicht unterschätzen.“ So seien sie eine unmittelbare Gefahr für Europäer, die sich in der Sahelzone aufhalten, also Helfer und Touristen. Einiges, was unter Terrorismus im Sahel beobachtet werde, sei dagegen „eher organisierte Kriminalität und Banditentum“, sagt er. Der Islamische Staat als Terrororganisation bleibe jedoch die größte Bedrohung für Anschläge in Europa.

Auch Ulf Laessing, der Leiter des Regionalprogrammes Sahel der Konrad-Adenauer-Stiftung, hört „immer mal wieder die Sorge, dass über illegale Migrationswege radikalisierte Menschen nach Europa gelangen könnten“. Er glaubt das „zumindest mittelfristig nicht“. Es fehle dafür häufig schon an den finanziellen und logistischen Mitteln. „Wenn es einmal zu einer solchen Tat eines Migranten oder Flüchtlings aus Westafrika kommen sollte, dann halte ich eine vorherige Radikalisierung in den französischen Banlieues für wahrscheinlicher“, so Laessing. Laut dem Experten werde der Einfluss von IS und Al-Qaida auf Terrorgruppen in Afrika überschätzt. „Die Verbindungen reduzieren sich auf die gemeinsame Vermarktung von Anschlägen, operativ aber haben sie wenig miteinander zu tun. In den Sahelstaaten sind lokale Gruppen aktiv, die lokalen Konflikten nachgehen – die sind nicht global unterwegs“, sagt er.

Hinzu kämen weitere Faktoren. „Die Drahtzieher in Syrien und im Irak sind Araber, die grundsätzlich nicht wohlgehten sind in Subsahara-Afrika“, sagt Laessing. „Sie werden oft als rassistisch empfunden.“ Deshalb gebe es selbst zu terroristischen Gruppen in Nordafrika wenig Kontakte, obwohl sie formell dem gleichen Terrorverbund angehörten, vor allem Al-Qaida. Früher habe es in führenden Gruppen wie JNIM einigen Einfluss von Algeriern, Tunesiern oder Jemeniten gegeben, aber der sei vor allem von den Tuareg gebrochen worden, einer ethnischen Volksgruppe, die in Teilen in islamistischen Bewegungen in der Region aktiv ist.

Innerhalb der Sahelzone gebe es nach dem Abzug der westlichen Truppen ohnehin längst eine Nationalität, die einem höheren Anschlagrisiko ausgesetzt sei als EU-Staatsbürger: Russen. „Wenn man die Verlautbarungen von Al-Qaida und IS zur Sahel liest, dann ist klar, dass das Feindbild nun ganz klar Russland ist.“ Dafür hätten Massaker mit der Beteiligung von Wagner-Söldnern gesorgt, wie etwa im Norden Malis, wo vor knapp zwei Jahren 500 Menschen getötet wurden, die meisten von ihnen Zivilisten.

ANZEIGE



WELT TALK

SPEZIAL

zum Wahl-Krimi im Osten:

Wie verändern die Wähler in Sachsen und Thüringen die deutsche Politik?






Darüber diskutieren:

Jens Spahn, CDU
Bijan Djir-Sarai, FDP
Alice Weidel, AfD
Michael Kellner, Bündnis 90/Die Grünen



Sonntag, 21:00 Uhr auf **WELT TV**

ESSAY

Thüringen, ein Sonderfall

Es war in Deutschland und anderswo lange üblich, den Zustand und die Verfasstheit eines Landes mit der historisch gewachsenen „Volksseele“ zu erklären. Diese von ethnischen Denken imprägnierten Zeiten sind gottlob vorbei. Was jedoch keineswegs bedeutet, dass historische Prägungen ohne Bedeutung seien. History matters, und zwar auch über sehr lange Zeiträume hinweg. Daher lohnt es sich, in Erwartung der kommenden Landtagswahl in Thüringen einen Blick auf die neuere und ältere Geschichte dieses Bundeslandes zu werfen. Und zu fragen, ob der weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Wahlerfolg der AfD, mit dem wohl zu rechnen ist, nicht auch historische Wurzeln hat.

Schaut man auf die neuere Geschichte Thüringens, genauer: auf die Zeit vom Ende des Kaiserreichs bis 1945, dann springt natürlich sofort ins Auge, dass die Nationalsozialisten hier schon früh erfolgreich waren – so erfolgreich, dass sie das Land schon Mitte der 1920er-Jahre zum „Muster-gau“ der NSDAP erklärten. Als Hitler 1923 in Anlehnung an Mussolini seinen „Marsch auf Berlin“ plante, sollte dieser durch Sachsen und Thüringen führen. Als Hitler nach dem Putschversuch von 1923 für ein paar Monate in Landsberg in Haft saß, war die NSDAP im ganzen Reich verboten – nur in Thüringen nicht. Nach seiner Entlassung aus der Festungshaft hatte Hitler überall im Reich Rede-verbote – nur in Thüringen nicht. Er hielt seit 1924 enge Kontakte zu Thüringen und plante vorübergehend, die Parteizentrale von München nach Sachsen oder Thüringen zu verlegen. Der erste Parteitag der neugegründeten NSDAP fand 1926 in Weimar statt, wo Hitler gern und immer wieder im „Hotel Elephant“ abstieg. Schon 1925 nahm Hitler Kontakt zu thüringischen Beamten auf, um seine Einbürgerung zu betreiben – was erst 1930 gelang, als er in einer Operettenaktion zum Gendarmierkommissar im thüringischen Hilburgshausen, einer Hochburg der NSDAP, ernannt wurde.

1930 war Wilhelm Frick das erste NSDAP-Mitglied, das Minister einer Landesregierung wurde. Die Partei erzielte diesen Erfolg jedoch im Grunde aus einer Position der Schwäche heraus. Bei der vorangegangenen Landtagswahl hatte sie 11,3 Prozent der Stimmen erhalten. Weil sich aber die linken und bürgerlich-konservativen Parteien nicht auf ein Zusammengehen einigen konnten, gingen letztere zur Mehrheitsbeschaffung ein Bündnis mit der Partei Hitlers ein. Sie machten sich vor, der NSDAP-Minister werde sich schon an die Gesetze und den Geist der Weimarer Verfassung halten. Vergeblich. Fritsch, der später Reichsinnenminister werden sollte, betrieb vom ersten Tag an ganz offene radikale Säuberungspolitik. Sozialdemokratische und kommunistische Lehrer wurden entlassen, Posten in Verwaltung und Polizei gezielt mit NSDAP-Mitgliedern besetzt.

Frick brachte 1930 ein „Ermächtigungsgesetz“ ein, das nach einigem Murren der konservativen Parteien in abgeschwächter Form verabschiedet wurde und das zum Beispiel auf die Abschaffung

Das erste Land, in dem die NSDAP Fuß fassen konnte, war Thüringen. Dort wurde Hitler eingebürgert. Aber die Ursachen für die Besonderheit des lokalen Patriotismus liegen tiefer



THOMAS SCHMID

von Einspruchsmöglichkeiten gegen Regierungsbeschlüsse zielte. Frick kämpfte gegen „entartete Kunst“, ließ einen Auftritt der Piscator-Bühne mit dem Stück „Zyanalkali“ verbieten und erließ eine Verordnung mit dem Titel „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“. Die NSDAP ließ auf dem Experimentierfeld Thüringen früh in aller Deutlichkeit erkennen, welche Ziele sie verfolgte.

Gab es also eine angeborene Anfälligkeit der Thüringer für völkische und rechtsradikale Parolen und Programme? So einfach ist es nicht. Thüringen – halb agrarisch, halb industriell entwickelt – war einmal ein „rotes“ Land gewesen. Bei den Reichstagswahlen 1912 kamen die Sozialdemokraten auf 34,8 Prozent der Stimmen – in Thüringen fehlten ihnen nur 0,3 Prozent zur absoluten Mehrheit. Dass sich die politischen Einstellungen änderten, hat viel mit der Entwicklung des Bürgertums und der Linken nach dem Ende des Kaiserreichs zu tun. Es war – mit „Dolchstoßlegende“ und Kapp-Putsch 1920 – eine erhitzte Zeit. Das inzwischen verunsicherte Bürgertum hatte bislang die liberalen Parteien gewählt, die teils liberal, teils nationalistisch waren.

Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) wollte einen liberalen, gemäßigt reformerischen Weg gehen und dabei auch andere Schichten, insbesondere die Arbeiter, gewinnen. Die Deutsche Volkspartei (DVP) vertrat dagegen eine exklusiv bürgerliche Politik, war streng nationalistisch und dem Antisemitismus gegenüber offen. Die NSDAP war die einzige Gruppierung, die erklärmaßen beides war: Bewegung und Partei. Sie stand für eine Idee und für die Aktion. Das machte sie attraktiv. Die Linke hatte es versäumt, Brücken zur Mitte hin zu schlagen. Und die Bürgerlichen haben sich aus

Angst vor dem Chaos, das die NSDAP mit Absicht stiftete, in die Arme eben dieser Partei begeben. Bei den letzten Reichstagswahlen vor der Vollendung der NS-Diktatur lagen die Thüringer Wahlergebnisse der NSDAP deutlich über denen im Reichsdurchschnitt.

Damit ist jedoch noch längst nicht die ganze Geschichte erzählt. Auch die Historie Thüringens lässt sich nicht als eine einzige, lange Vorgeschichte des Nationalsozialismus erklären. Denn diese reicht viel weiter zurück, genau genommen bis auf das Jahr 1485. Bis dahin hatte das Geschlecht der Wettiner über die Gebiete geherrscht, die heute im Großen und Ganzen Sachsen und Thüringen umfassen. Im Jahr 1485 kam es zu der sogenannten Leipziger Teilung. Das Gebiet wurde damit unter den zwei Erben des Wettiner Geschlechts, Albrecht und Ernst, aufgeteilt. Albrecht erhielt, grob gesagt, das heutige Sachsen, Ernst das heutige Thüringen. Die Wege trennten sich dann. Albrecht verfolgte das Prinzip der Primogenitur: Der älteste Sohn erbe alles. Ernst dagegen bestimmte, dass das Erbe jeweils unter allen Söhnen und Töchtern des Herrschers aufgeteilt werden soll. Albrechts Entscheidung führte zu dem vergleichsweise homogenen Territorialstaat Sachsen. Ernsts Entscheidung führte zu jener Kleinstaaterei, die nirgendwo in Deutschland so ausgeprägt sein sollte wie in Sachsen. Es entstanden weit über zehn Fürsten- und Herzogtümer, alle mit Schloss, Hof, Repräsentationskultur und einem starken Lokalbewusstsein. Das blieb so bis 1918/20, bis zur Gründung des Landes Thüringen. Bis zuletzt hatten sich die verschiedenen thüringischen Kleinstaaten gegen diese Vereinheitlichung gewehrt.

Ohne das Fehlen einer Metropole, ohne die notorische und auch ein wenig skurrile Kleinstaaterei wäre Weimar nie die ganz Europa beeindruckende Kulturmetropole geworden, in der Herder, Wieland, Goethe, Schiller und viele andere einen Ort der freien Entfaltung fanden. Das ist die positive, in allen touristischen Werbebrochüren herausgestrichene Seite der thüringischen Kleinstaaterei. Die negative: So konnte kein staatliches Gemeinschaftsgefühl entstehen, das über das eigene kleine Fürstentum hinausgereicht hätte. Der thüringische Patriotismus war und ist ein im engen Sinn lokaler. Und daher von Mief nicht frei – nur so konnte das Rostbrätl zum Kulturerbe werden. Dieser Patriotismus ist gemeinschaftlich, nicht gesellschaftlich. Wir sind wir: Die Parole hat in Thüringen schnell etwas Ausschließendes, Aggressives. Sie ist überhaupt nicht so kosmopolitisch, wie es Weimar, Gotha, Gera und Jena in der Epoche waren, die man die „deutsche Klassik“ nennt.

Vor allem im Südwesten Deutschlands kämpften sich in der frühen Neuzeit bis zu 100 große, kleinere und kleine Städte gegen die Fürsten frei. Sie erlangten eine bestimmte Form von Selbstverwaltung – eine Vorstufe der Demokratie. Das gab es im Osten Deutschlands und auch in Thüringen kaum. So fehlte dort die Tradition eines selbstbewussten Bürgertums, das die Geschicke seiner Stadt und der Region in die eigenen Hände nehmen wollte. Dieser Mangel an Stadtluft, die frei macht, und die territoriale Zersplitterung haben mit dazu beigetragen, dass Thüringen mit den liberalen Traditionen der Moderne über Kreuz blieb.

Trotz Bernhard Vogels Autorität, mit der er Thüringen zu selbstständigem Laufen bewegen wollte, und trotz Bodo Ramelow Versuchen, das Land linkssozial zu stabilisieren, bleibt Thüringen ein Klotz am Bein der Republik. Daran ist zwar auch, aber weniger die völkische Propaganda der AfD Schuld. Sondern weit mehr die notorische Unentschiedenheit der Thüringerinnen und Thüringer, ob sie nun Lokalpatrioten oder Bundesbürger sein wollen.

forum@welt.de

KOMMENTAR

Nagelsmanns Aufgebot



LARS GARTENSCHLÄGER

Genau 55 Tage nach dem Viertel-final-Aus bei der Europameisterschaft hat Julian Nagelsmann das Aufgebot für die Länderspiele gegen Ungarn und die Niederlande benannt. Der Bundestrainer hatte angekündigt, dass es keinen Sinn ergebe, den kompletten Kader der deutschen Fußball-Nationalmannschaft durchzuwirbeln. Lediglich in Nuancen solle das Team verändert werden. Nagelsmann hielt Wort. Mit Angelo Stiller, dem 23 Jahre alten Mittelfeldspieler des VfB Stuttgart, findet sich nur ein Neuling im Aufgebot. Das überrascht genauso wenig wie der Fakt, dass durch die Rücktritte der erfahrenen Manuel Neuer, Thomas Müller, Ilkay Gündogan und Toni Kroos der Altersdurchschnitt um knapp zwei Jahre gesunken ist. Bei der EM hatte Deutschland mit einem Altersdurchschnitt von 28,98 Jahren den ältesten Kader aller 24 Teilnehmer.

Viel interessanter ist, wen der Bundestrainer nicht nominiert hat. Leon Goretzka zum Beispiel. Auf den 57-jährigen Nationalspieler vom FC Bayern hatte der Coach bereits bei der EM verzichtet – und ihn auch nicht berücksichtigt, als er kurz vor Turnierbeginn

Bedarf im Mittelfeld sah. Statt Goretzka erhielt damals Emre Can vom BVB überraschend den Vorzug. Die erneute Nicht-Berücksichtigung des Münchners, der auch in seinem Klub einen schweren Stand hat, zeigt einmal mehr, wie stringent der Bundestrainer handelt – und dass ein Spieler, der beim Rekordmeister unter Vertrag steht, nicht per se Nationalspieler ist.

Das gilt auch für den Dortmunder Julian Brandt oder Serge Gnabry. Letzterer hatte in der vergangenen Saison große Verletzungsprobleme. Obwohl er fit ist und in den bislang zwei Pflichtspielen der Münchner gegen Ulm und Wolfsburg jeweils Scorerpunkte sammelte, muss er sich in Bezug auf eine Rückkehr ins Nationalteam gedulden. Die Qualität und Erfahrung Gnabrys täten der Nationalelf sicher gut, doch es spricht für den Bundestrainer, dass er den vielen international teils noch unerfahrenen EM-Fahrern die Chance gibt, sich weiterhin zu beweisen.

Der Bundestrainer nimmt keine Rücksicht auf große Namen. Aber auch all jene Spieler, die nun die Chance erhalten, sich wieder zu zeigen, sollten sich bewusst sein, dass es unter Nagelsmann keinen Freifahrtschein gibt. Dafür ist die Aufgabe, eine schlagkräftige Mannschaft für die Weltmeisterschaft 2026 zu entwickeln, viel zu anspruchsvoll. Zumal Nagelsmann ja angekündigt hat, dass er Weltmeister werden will.

lars.gartenschlaeger@welt.de

KOMMENTAR

Die Tabus um Mpox



NIKE HEINEN

Wie die neue Mpox-Variante übertragen wird, gehört zu den Fragen, auf die Virologen noch keine klare Antwort haben. Auch weil sich die Erreger bisher vorwiegend da ausbreiten, wo die Ärmsten leben – in Flüchtlingslagern, in Bordellen, unter Minenarbeitern. Niemand dort kann eine medizinische Behandlung oder Tests bezahlen. Also konnte bisher auch niemand die Ausbrüche nach allen Regeln der Wissenschaft nachverfolgen. Dennoch ist es bereits möglich, sich eine fundierte Hypothese zu diesem Ausbruch zu bilden. Man hört davon in Hintergrundgesprächen mit Pockenvirus-Forschern, und deren Meinung ist erstaunlich einhellig: Es handle sich in erster Linie um eine Geschlechtskrankheit. Warum spricht dann die afrikanische Seuchenschutzbehörde Africa CDC davon, dass die Übertragung der Viren „meist durch Atemtröpfchen erfolgt“?

Der Seuchenschutz ist auf Geldgeber und kooperationsbereite Behörden angewiesen. Diese Art von Statements werden wohl in der Hoffnung verfasst, dass Rücksichtnahme auf Tabus den Kooperationswillen der betroffenen Länder befördert. Und so wird kom-

muniziert, was für „sagbar“ gehalten wird. Tröpfchen in der Atemluft sind so viel unverfänglicher als andere Körperflüssigkeiten. Dabei ist es wahrscheinlich, dass auch diese Neuausgabe der Mpox-Erreger hauptsächlich durch Sex übertragen wird. Und bisher standen vor allem Männer im Risiko, die Sex mit Männern haben.

Was also tun? Die Mpox-Pusteln treten oft dort am Körper auf, wo die Viren den Weg in den Körper fanden. Ärzte sehen also, ob sich jemand beim Sex ansteckte, und auch, was das für ein Sex war. Wie in Hintergrundgesprächen zu hören ist, haben deshalb viele Männer in Afrika Angst, dass Mediziner sie den Behörden melden. Es ist der Ansatzpunkt, den internationale Spender nutzen sollten. Die betroffenen Länder schätzen ihren Finanzbedarf für die Ausbruchsbekämpfung auf 90 Millionen US-Dollar, sie brauchen Teststationen, Impfstoffe, Medikamente. Diese Bedürfnisse sollten wir erfüllen – und eine Bedingung stellen: Kein Infizierter wird strafrechtlich oder anderweitig verfolgt. Versorgt werden vorrangig jene Länder, die bereit sind, ihre Tabus hinter sich zu lassen. Das mag als koloniale Haltung aufgefasst werden, aber angesichts einer Epidemie hilft es nicht weiter, nur über „Atemtröpfchen“ statt über Analsex zu reden. Wer Viren einfangen will, der braucht vor allem Eines: Mut zu einer klaren Sprache.

nike.heinen@welt.de

LESERBRIEFE

Kulturwandel

Zu: „Die ARD bekommt keinen zehnten Intendanten“ vom 27. August

Der Entwurf für den sogenannten Reformstaatsvertrag für den öffentlichen Rundfunk kann nicht überzeugen. Schließlich fehlen hier nach wie vor entscheidende Elemente für erfolgreiche Medienangebote im digitalen Zeitalter wie zum Beispiel demokratische Beteiligungsformate für das Publikum oder die Einführung von flachen Hierarchien und agilen Teams, die die starren und innovationshemmenden Topdown-Strukturen in den Funkhäusern ablösen. Deshalb greift eine zentrale und schlanke Strategiesteuerung wie nach dem Vorbild in der Privatwirtschaft viel zu kurz, auch wenn sie einige Kosten einsparen dürf-

te. ARD, ZDF und Deutschlandradio brauchen einen echten Kulturwandel.

RASMUS PH. HELT, HAMBURG

Am Ende

Zu: „Die Leiden der Koalition an sich selbst“ vom 26. August

Es ist für jedermann klar: Die Ampelregierung ist gescheitert. Wann endlich können die sich dazu durchringen, ihren Rücktritt zu erklären und es Deutschland zu ermöglichen, sich eine neue Regierung zu verschaffen. Scholz und Co. wollen doch angeblich große Demokraten sein. Dann sollen sie doch mal, dem offensichtlichen Willen der Mehrheit der Bürger dieses Landes entsprechend, ihre Plätze in Berlin räumen. FRANK WUNDERLICH, NÖBDEINITZ

GASTKOMMENTAR

Keine palästinensischen Flüchtlinge in die USA

Der Gaza-Streifen erlebt eine große humanitäre Krise. Deshalb haben jüngst 70 demokratische Senatoren und Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses eine Erklärung unterschrieben, in der gefordert wird, bestimmte palästinensische Flüchtlinge in den Vereinigten Staaten aufzunehmen. Das Schreiben, in dem eine P-2-Einstufung für gefährdete palästinensische Verwandte von US-Bürgern und Personen mit ständigem Wohnsitz in den USA vorgeschlagen wird, folgt den jüngsten Überlegungen der Regierung Biden, palästinensische Flüchtlinge aus dem vom Krieg zerrütteten Gaza-Streifen aufzunehmen. Die Befürworter des Plans versichern, dass die infrage kommenden Personen einem strengen Prüfungsverfahren unterzogen würden, das dem für syrische Flüchtlinge ähnelt.

Der Plan des Weißen Hauses würde eine Abkehr von der langjährigen Politik bedeuten, keine große Zahl von Palästinensern aufzunehmen. Von den mehr als 400.000 Flüchtlingen, die bisher in die USA umgesiedelt wurden, waren weniger als 600 Palästinenser. Im Jahr 2023 zählte man nur 56 bzw. 0,09 Prozent Palästinenser. Ein Grund dafür ist, dass keine noch so gute Überprüfung die jahrelange Indoktrination und Radikalisierung rückgängig machen kann. Im Jahr 2020 kritisierte das EU-Parlament in einer Entschließung Hassreden und Gewalt in palästinensischen Schulbüchern. Das Lehrmaterial für Kinder ist voll von Aufrufen zur Gewalt gegen Juden. Eine von der EU finanzierte Prüfung von mehr als 150 Schulbüchern fand entmenslichende Beschreibungen von Juden. In

ALYSSA BLAKEMORE

einem Beispiel wurde in einem Sozialkundebuch der Terrorist Dalal al-Mughrabi verherrlicht, der 1978 bei einer Busentführung 35 Israelis getötet hatte, darunter 13 Kinder.

Diese Radikalisierung manifestiert sich auch in der Wahrnehmung des Hamas-Massakers vom 7. Oktober. Zwei Drittel der palästinensischen Öffentlichkeit unterstützen den brutalen Angriff, wie jüngste Umfragen des Palästinensischen Zentrums für Politik und Umfrageforschung ergaben. Beunruhigende 90 Prozent der Palästinenser glauben außerdem, dass die Hamas am 7. Oktober keine Gräueltaten begangen hat. Nach US-Recht müssen Flüchtlinge nachweisen, dass sie „aufgrund ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, politischen Meinung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt werden oder Verfolgung befürchten“. Ein palästinensischer Flüchtling kann also entweder die Hamas oder Israel als Verfolger nennen. Letzteres stellt eine Herausforderung für die USA dar, die Israel weiterhin in seinem Krieg gegen die Hamas unterstützen.

Der Import von palästinensischem Hass würde den zunehmenden Antisemitismus in den USA noch verstärken. Die Anti-Defamation-League mel-

dete einen Anstieg antisemitischer Vorfälle in den Wochen unmittelbar nach dem Anschlag vom 7. Oktober. FBI-Direktor Christopher Wray nannte diese Entwicklung „historisch“. Obwohl Juden in den USA weniger als drei Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind sie Opfer von etwa 60 Prozent aller religiös motivierten Hassverbrechen. Die beunruhigenden Statistiken und das dokumentierte Eintreten der Palästinenser in eine Kultur des Hasses legen nahe, dass nur wenige bis gar keine derjenigen, die sich einer Überprüfung unterziehen, für eine Aufnahme infrage kommen sollten.

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen würde die bestehenden soziopolitischen Spannungen verschärfen und der oft antisemitischen palästinensischen Protestbewegung, die derzeit das ganze Land erfasst, Auftrieb geben. Die Regierung Biden kann nicht auf der einen Seite den Antisemitismus anprangern und auf der anderen Seite erwägen, dieselben Ideologien zu importieren, die ihn propagieren. Die Senatoren und Abgeordneten mögen den Bedürfnissen ihrer Wähler verpflichtet sein, aber der amerikanische Präsident sollte die mit der Aufnahme verbundenen Risiken für die bedrängten Familien jüdischer Bürger berücksichtigen. Eine massenhafte Aufnahme von Palästinensern in die USA muss verhindert werden.

■ Alyssa Blakemore war ehrenamtliche Helferin bei der Umsiedlung syrischer Flüchtlinge. Sie studierte Global Studies und International Relations an der Northeastern University. Heute ist sie freie Journalistin. Der Beitrag erschien zuerst bei „The Hill“.

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Klaus-Dieter Waldenburg hat nur einen Wunsch: duschen. Sich sauber und wohl in der eigenen Haut fühlen. Zuletzt war das im November vergangenen Jahres der Fall. Seine Augen sind rot, dann läuft eine Träne über die Wange bis zum Kinn und tropft auf die gelbe Fleecejacke. In die Badewanne schafft er es nicht mehr. Der Pflegedienst wasche ihm nur den Rücken. Der hätte schließlich nur sieben Minuten Zeit. Mit zittrigem Handrücken wischt er sich den nassen Film von der Wange. Es könnte heute anders sein. Es könnte ihm besser gehen. „Ich bin selbst schuld.“

VON CARLOTTA VORBRÜGGEN

Klaus-Dieter Waldenburg hat 28 Jahre als Zimmermann gearbeitet und war zehn Jahre Kneipenbesitzer. Heute bezieht der 81-Jährige 873 Euro Rente. Seinen Lebensunterhalt kann er damit nicht bestreiten, deshalb stockt er mit Grundsicherung auf. Deutschland sei ein Sozialstaat und Sozialleistungen eine gute Sache. Menschen, die das Arbeiten jedoch verweigern oder etwa mit dem Bürgergeld nicht auskommen, machen ihn ratlos.

Waldenburg ist kein Einzelfall. Die Anzahl der älteren Menschen in Deutschland, die neben ihrer Rente auf Sozialhilfe angewiesen sind, hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ein Rekordniveau erreicht. Laut den aktuellsten Zahlen aus dem ersten Quartal 2024 erhielten 719.330 Rentner die sogenannte Grundsicherung im Alter – eine Zunahme von etwa 35.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr. Waldenburg lässt über sich schreiben, damit Menschen sehen, was auf sie zukommen kann, wenn sie sich nur auf Sozialleistungen verlassen – und um Besuch zu bekommen, der länger bleibt als sieben Minuten.

Das Mehrfamilienhaus in Berlin-Neukölln hat einen Aufzug. Andernfalls würde Waldenburg gar nicht in seine Wohnung im fünften Stock gelangen. Ohne seinen Rollator geht für den Ur-Berliner nichts mehr. In der Einzimmerwohnung ist wenig Platz. In dem Raum, der sowohl Schlaf- als auch Wohn- und Esszimmer ist, zieht er die Bremsen des Rollators an und nimmt darauf Platz. Über dem Fleecepullover trägt er eine Strickjacke. Es ist frisch für einen Tag im Juni. Seine nackten Füße stecken in Badelatschen. An der Wand hängt eine Tierschutz-Urkunde, auf dem Schreibtisch türmen sich Notizzbücher, Cremedosen, Papierstapel und Medikamente.

1958 beginnt Waldenburg die Lehre zum Zimmermann. Zu dem Zeitpunkt ist er 16 Jahre alt. Anfangs verdient er zehn Mark in der Stunde. Später arbeitet er für eine große Baufirma, hat 22 Männer unter sich und bekommt 28 Mark die Stunde. „Das war ein Haufen Geld damals“, sagt er. Innerhalb von drei Monaten habe er so viel verdient, dass er sich einen Mercedes 280 S kauft. Er habe sich nie Gedanken um die Rente gemacht. „Heute weiß ich, dass das dumm war.“

Das Schönste an seiner Arbeit? „Die Richtfeste.“ Die werden gefeiert, wenn der Rohbau eines Gebäudes fertiggestellt und der Dachstuhl errichtet ist. Dann habe es Eisbein mit Sauerkraut und Erbsenpüree gegeben und es wurde getanzt. „Das Essen fehlt mir.“ Er würde sein Lieblingsgericht gern noch mal essen, doch das könne er sich nicht leisten. Mit einer lockeren Handbewegung scheint er den Gedanken beiseiteschieben zu wollen.



MARLENE GAWRICH/WELT

„ICH ESSE NUR EINMAL AM TAG“

Klaus-Dieter Waldenburg hat 38 Jahre gearbeitet und bezieht 873 Euro Rente. Um über die Runden zu kommen, stockt er mit Grundsicherung auf. An Bürgergeld-Empfänger, die das Arbeiten verweigern, möchte er einen Appell richten

28 Jahre lang arbeitet Waldenburg als Zimmermann. Er heiratet und wird Vater zweier Söhne. 1978 lässt er sich scheiden. Er und seine Frau hätten nicht zusammengepasst. Er sei ein aufgeweckter Mensch, seine Ex-Frau eher still. Seine Kinder habe er finanziell immer unterstützt. Sogar mit mehr Geld, als das Gericht entschieden hatte. „Sie haben nicht schlecht gelebt von mir“, sagt er und greift nach einem Bierglas, das mit Saft gefüllt ist. Er habe gern gezahlt. Heute bestünde kein Kontakt mehr – weder zur Ex-Frau noch zu den Söhnen. Es habe einen Streit gegeben, er spreche nicht gern darüber.

Als Waldenburg 43 Jahre alt ist, wechselt er das Berufsfeld. Er kauft für 50.000 Mark eine Kneipe in der Hermannstraße in Berlin-Neukölln. Er habe günstig eingekauft und selbst renoviert. Die Kneipe sei gut gelaufen damals, Waldenburg habe in dieser Zeit ein finanziell sorgenfreies Leben geführt. Er besuche gute Restaurants, gehe häufig aus, investiert Geld in seinen Kraftsport und geht immer wieder Beziehungen zu Frauen ein, die nie lange halten. Die viele Arbeit habe eine Beziehung beinahe unmöglich gemacht.

Als Kneipenbesitzer habe er sich damals vergrößern wollen, wechselt zu nächst in eine Kneipe in die Weichselstraße und später in eine Kneipe mit Kegelbahn in die Urbanstraße in Berlin-Kreuzberg. An kalten Wintertagen habe er oft Obdachlose im Vereinszimmer sitzen lassen. Der Laden habe gebrummt, Waldenburg habe an manchen Abenden das halbe Kreuzberg am Tresen gehabt. Keine Sekunde habe er da-

ran gedacht, dass sein Körper das nicht mehr leisten könnte. Waldenburg schließt weder eine Lebensversicherung ab, noch zahlt er in eine private Rentenkasse ein. Das habe man damals in dieser Branche einfach nicht gemacht. „Heute sage ich den jungen Leuten: Spare in der Zeit, so hast du in der Not.“

Die Kneipe zehrt an Waldenburgs Kräften. Bis zu 18 Stunden habe er jeden Tag im Laden gestanden. Er habe kaum geschlafen, geraucht dafür umso mehr. Nach zehn Jahren offenbaren die 100 Zigaretten am Tag den Schaden, den sie angerichtet haben. Seelisch wie körperlich sei Waldenburg nicht mehr dazu in der Lage gewesen, die Kneipe weiterzubetreiben. Er verkauft – „für eine Stange Geld.“ Drei Jahre lebt er davon und seinem Ersparten. Er macht Urlaub, isst weiter gut und schlägt sich so manche Nacht um die Ohren. Doch eines ist Waldenburg wichtig zu erwähnen: „Ich habe immer gern abgegeben.“ Er habe für Fußballvereine, den Schutz von Wildtieren und Kinder in Not gespendet – immer.

Irgendwann sei das Geld ausgegeben gewesen. Plötzlich Sozialleistungen zu beziehen, sei ein Schock gewesen, wie die kalte Dusche nach einer durchzechten Nacht. Gut sei es Waldenburg damit nicht gegangen. „Mir blieb nichts anderes übrig, ich hatte Scheiße gebaut und musste einsehen, dass ich Hilfe brauche.“

Als Waldenburg mit 65 Jahren in Rente geht, wird schnell spürbar, dass er nur während seiner Zeit als Zimmermann eingezahlt hat. Obwohl er knapp 40 Jahre gearbeitet hat, bezieht er eine

Rente von nur 873,75 Euro. Er greift nach seinem Rentenbescheid, der auf dem Schreibtisch liegt und fährt mit seinen Fingern über die schwarzen Zahlen. „Wer nichts einzahlt, bekommt nichts. So ist das.“

Seine Ausgaben hat er sorgfältig aufgelistet, die Unterlagen dafür auf dem Schreibtisch sortiert.

EINKOMMEN

Rente: 873,75 Euro
Grundsicherung: 128 Euro

AUSGABEN

Miete: 427 Euro
Strom: 50 Euro
Kabelfernsehen: 20 Euro
Malteser: 33 Euro
Handy: 33 Euro

Bleiben im Monat nach Abzug der Kosten 438,75 Euro. Das Rauchen hat Waldenburg vor 25 Jahren aufgegeben.

Das Geld reiche eigentlich, sagt Waldenburg. Wäre da nicht der Unfall im August vergangenen Jahres gewesen. Waldenburg stürzte die Treppe im Hausflur herunter. Trotz Aufzug gilt es noch sieben Treppenstufen bis zur Haustür zu steigen. An dem Tag seien es 34 Grad gewesen, wahrscheinlich habe er zu wenig getrunken. Eine Nachbarin habe ihn gefunden und den Notarzt gerufen. Doch der habe über eine halbe Stunde gebraucht. „Der hat in einer Klebeaktion festgesteckt“, sagt Waldenburg. Er bricht sich den Oberschenkelhals und das Jochbein, seitdem ist er auf

dem linken Auge beinahe blind und hat Pflegestufe zwei.

Bei seiner Nachbarin habe er sich damals bedanken wollen. „Ich habe ihn den teuersten Champagner gekauft, den es bei Lidl gibt.“

Seine Hände fangen an zu zittern, als er sich auf die Griffe des Rollators stützt, um aufzustehen. Er braucht drei Anläufe, dann steht er. Langsam läuft er zu dem Schränkchen, auf dem der Fernseher steht. Davor der Hausnotruf der Malteser. Die Optik erinnert an einen WLAN-Router, nur mit einem roten Knopf darauf. „33 Euro für das Teil hier“, sagt er. Dabei habe man ihm den Hausnotruf für neun Euro im Monat versprochen. „Wenn ich wieder im Hausflur oder auf der Straße stürze, nützt der mir auch nicht.“

Vor dem Unfall habe er immer um die 500 Euro auf dem Konto gehabt, mittlerweile sei das nicht mehr möglich. Die anteiligen Kosten für Medikamente, seine Gehhilfen und den Krankentransport läpperten sich. Außerdem komme einmal in der Woche ein Mann, der mit ihm einkaufen fährt. Manchmal halte dieser während der Fahrt an, um Pfandflaschen aufzusammeln. Ob sie sich das Geld dann teilten? Waldenburg winkt ab. „Der arme Mann braucht das Geld, er verdient doch nichts.“

In Waldenburgs Küche stapeln sich Konserven, Tütensuppen und Toastbrot. Lebensmittel kaufe er nur im Angebot. Er esse meist dasselbe: Kartoffeln mit einer Dose Fisch, Kartoffelpuffer aus der Kühltheke, Toast mit Ei, Käse, Mayo und Ketchup, aber häufig gebe es nur eine Tütensuppe mit einer Scheibe Brot oder

Kartoffelknödel, denn die machten satt. Auch zum Frühstück? „Zum Frühstück?“, wiederholt Waldenburg die Frage. „Ich esse nur einmal am Tag.“

Dann ist es still in dem Wohnraum, der kleine Porzellanfiguren, Sammelbände von Karl May und Muscheln beherbergt. Seine Augen füllen sich mit Flüssigkeit und wieder laufen dicke Tränen über seine eingefallenen Wangen. Er sei so dankbar für die Lebensmittelgutscheine, die er geschenkt bekommen hat. „Ich bin froh, dass es solche Menschen gibt.“

Waldenburg meint damit die Seniorenhilfe Lichtblick, die ihn seit April unterstützt – unter anderem mit Lidl-Gutscheinen. Die Organi-

Das größte Glück des Rentners ist sein Balkon mit den Pflanzen. Geld, um noch einmal sein Lieblingsgericht zu essen, hat er nicht

sation unterstützt Rentner, die in Not sind und wird unter anderem durch Spenden finanziert.

Dankbar sei er auch für die Unterstützung des Staates. Die Sozialleistungen – ob Bürgergeld oder Grundsicherung – seien „eine gute Sache“. Deutschland sei ein Sozialstaat und Menschen, die Hilfe bräuchten, sollten diese auch bekommen. Dass manch einer mit dem Grundsatz nicht auskäme, versteht Waldenburg nicht. „Ich freue mich über jeden Cent, der kommt. Was wollen wir denn noch?“ Wer etwa Bürgergeld bezieht, solle das Geld wertschätzen und sich anstrengen, damit über die Runden und wieder in Arbeit zu kommen.

Waldenburg ist wieder mit seinem Rollator unterwegs, diesmal auf dem Weg zu seinem Bett. Dort möchte er etwas zeigen. Er greift nach einer großen Lupe, dessen Rand mit kleinen LEDs besetzt ist. „Das ist meine Taschenlampe“, sagt er beinahe so stolz, als hätte er sie eigens erfunden. „Ich mache nie das Licht an.“ Zu groß sei die Angst vor hohen Stromkosten. Mithilfe der Taschenlampe bahne er sich den Weg durch die Wohnung, sobald die Sonne untergegangen und es in seinem Zuhause dunkel geworden ist.

Der Fernseher laufe nur selten und wenn, um die Nachrichten zu sehen. „Obwohl“, sagt er und ein mildes Lächeln huscht über seine Züge. „Aktuell schaue ich natürlich die EM. Ich glaube, Deutschland schafft es ins Finale.“

Zu der kleinen Wohnung gehört ein Balkon. Einige Blumen tummeln sich dort in Kästen, Töpfen und Gläsern. Die Pflanzen seien der einzige Luxus, den sich Waldenburg erlaube. Sie zu pflegen, bereite ihm tagtäglich viel Freude. Manchmal lasse das Pflegepersonal ihm eine leer getrunken Dose da. Von dem Pfandgeld kaufe er sich dann eine Zeitung. Ansonsten sei es nicht viel, was er den Tag über zu tun hat. Was ihn antreibt oder morgens aus dem Bett aufstehen lässt? „Gar nichts.“ Er stützt sich mit einer Hand auf der Brüstung des Balkons ab. Es habe Tage gegeben, sagt er, da habe er sich herunterstürzen wollen. Doch er winkt erneut ab und lächelt. So, als befürchte er, seinem Gegenüber Angst gemacht zu haben.

Wenn Waldenburg über seine Zukunft nachdenkt, hat er einen Wunsch, aber auch Angst. Duschen zu können, ist ein Traum, dessen Erfüllung er längst abgeschrieben hat. Er wünscht sich, noch einmal in seinem Leben Eisbein mit Sauerkraut und Erbsenpüree zu essen. Angst hat er davor, noch einmal zu stürzen. „Ich habe Schiss hinzufallen, zu liegen und dann einfach liegenzubleiben, ohne dass es jemand mitbekommt“, sagt er und fährt vorsichtig mit seinen Fingern über die Blätter einer Blume.

Maria sagt, seitdem sie 13 ist, dreht sich ihr Leben nur um Männer beziehungsweise Jungs. Heute ist sie 23. Entweder steckt sie in einer Beziehung, trennt sich, wird verlassen oder verliebt sich. In den Zeiten dazwischen ist sie auf einer Dating-App. „Ich kenne niemanden, der nicht auf mindestens einer Dating-App wäre“, erzählt sie. Die wenigsten ihrer Freunde seien in einer festen Partnerschaft, sondern nur auf Dates, bei irgendwelchen Hook-ups oder in Situationships. So hielten sich alle beschäftigt. „Als mir das bewusst wurde, habe ich überlegt, zum ersten Mal in zehn Jahren eine Datingpause einzulegen.“

Sie überlege, alle Apps zu löschen und für eine Zeit – ein Jahr oder sechs Monate – damit auch die Möglichkeit aufzugeben, einen Mann zu treffen, der ins Zentrum des Denkens rückt. Denn: „Es gibt keinen Tag, an dem ich nicht alle paar Stunden die Apps checke und darauf herumwische. Wäre es nicht toll, wenn ich all die Zeit damit verbringen könnte, etwas zu lernen oder Sport zu machen?“ Das sagt sie so, als wäre dieser Gedanke ungeheuerlich.

„Wie habt ihr das denn damals gemacht?“, fragt sie mich „Als es noch

LIEBESDIENSTE

Die Illusion vom besseren Partner

ELKE NATERS



keine Handys gab, keine Dating-Apps, kein E-Mail oder Social Media? Wie habt ihr euch kennengelernt?“ So, wie sich Menschen auch heute immer noch kennenlernen, antworte ich: beim Ausgehen oder durch Freunde. Maria geht viel aus, lernt auch Männer kennen, aber sie sagt, durch die Apps sei vieles anders geworden. „Denn es gibt immer die Möglichkeit, etwas Besseres zu finden. Und du weißt, dass es das auch denkt“, sagt sie. „Man lernt sich kennen, mag sich vielleicht, hat eine gute Zeit zusammen und trotzdem ist jeder zu Hause wieder an seinem Handy und schaut nach, was es sonst noch gibt.“

Das Kennenlernen werde so beliebig, weil es immer die Möglichkeit gebe, jemanden Neues zu treffen. Gleichzeitig sei es auch so frustrierend, weil man Idioten begegne, die einem im echten Leben wahrscheinlich nicht über den Weg gelaufen wären. „Der besondere Moment, der Zufall, die Bestimmung, die zwei Menschen zusammenführt, gibt es nicht. War das einmal anders, oder sehe ich das zu romantisch?“, fragt sie weiter.

Ich denke darüber nach, und stelle fest, dass ich ihr zustimme und romantischer bin, als mir bewusst war. Ich will

an eine göttliche Fügung glauben, die die richtigen Menschen zum richtigen Zeitpunkt zusammenführt. Und kein Onlinekatalog, in dem man sich den passenden Partner aussuchen kann. Wer im analogen Zeitalter keinen Partner fand, konnte eine Anzeige aufgeben. Durch die Wahl der Zeitung bestimmte man die Zielgruppe. Die Eltern meiner Großmutter hatten sich so kennengelernt, als sie mit 30 noch nicht unter der Haube waren. Dieser Anzeige habe ich also mein Leben zu verdanken.

Heute übernehmen das eben Apps, die ich auch schon ausprobiert habe. Nur für kurze Zeit, um mir einen Eindruck zu verschaffen, welche Möglichkeiten es geben würde, falls ich mich noch einmal verlieben wollte. Mir wurde schnell klar, dass meine Bereitschaft, offen für eine neue Liebe zu sein, nicht gleichzeitig bedeutet, dass ich auf der Suche bin. Ich wollte nur einen Einblick bekommen, und er hat mir nicht gefallen. Danach erschien mir diese Möglichkeit noch unwahrscheinlicher als zuvor.

Das schließt nicht aus, dass man die große Liebe oder den richtigen Partner nicht auch mit den Apps finden kann. Es gibt genug glückliche Paare, die sich

auf diese Weise gefunden haben. Es gibt kein grundsätzliches Falsch oder Richtig, aber es hat einen Fallstrick. Online-Dating verführt zu der Einstellung, nach einem Partner zu suchen wie nach der perfekten Jeans. Wenn an einem etwas nicht passt, dann nimmt man den nächsten. Der eine hat zu kurze Beine, der andere wollte die Rechnung teilen. Der Dritte trug zu enge Hosen, der Vierte hat nur von sich gesprochen, der Fünfte schmatzt beim Essen, der Sechste war ganz nett, aber nicht so hübsch, am Siebten stimmte eigentlich alles, nur dass es nicht funkte. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann daten sie noch weiter.

Diese beliebige Auswahl, bei der es möglicherweise immer noch etwas Besseres gibt, ist eine Illusion. Ich halte es immer noch für einen besonderen Moment, dem richtigen Menschen zum richtigen Zeitpunkt zu begegnen.

Einen Mann, mit dem ich drei Jahre sehr glücklich war, hatte ich regelmäßig bei den Kunstgeschichtsvorlesungen getroffen. Ich fand ihn so wunderschön, dass ich ihm einmal unbemerkt bis zu seinem Atelier hinterherlief. Nie wäre ich auf die Idee gekommen, ihn anzusprechen. Nach einer herzzerrei-

ßenden Trennung war ich mit einem Freund auf einer Party und sah ihn dort. Der Freund sagte: „Worauf wartest du, los, sprich ihn an.“ Ich nahm all meinen Mut zusammen – das Herz war mir bereits gebrochen worden, ich hatte nichts mehr zu verlieren. Zu meiner Überraschung tranken wir bald zusammen Wein und tanzten. Drei Monate später zog ich bei ihm ein. Er war genau der richtige Mann zur richtigen Zeit. Bis er es nicht mehr war.

Maria erzählt einen Tag nach unserem Gespräch, dass sie zu einem Blind Date eingeladen wurde. Man spricht erst einmal nur miteinander, ohne sich zu sehen, und dann entscheidet man, wen man kennenlernen möchte. Und wenn sich diese Person auch für sie entscheidet, dann trifft man sich. Sie ist aufgeregt, so etwas hat sie noch nie gemacht. Ich denke, die Datingpause wurde erst einmal auf unbestimmte Zeit verschoben.

Elke Naters hat mit ihrem Mann Sven Lager Bücher geschrieben und Paare in ihrer School of Love Berlin beraten. Nach seinem Tod im April 2021 führt sie die Kolumne und Beratungen allein weiter.

BÖRSEN-WELT:

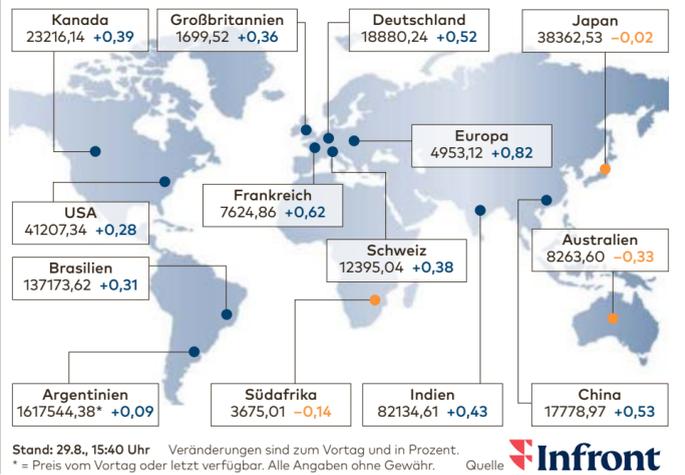


DAX

29.08. (15:40 Uhr)	Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktt. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2024
Adidas NA	229,10	+0,9	154,6	242,0	41,24	0,70	0,31	80,39	
Airbus	141,12	+0,3	120,2	172,8	111,81	2,80	1,98	21,38	
Allianz vNA	279,70	-0,4	215,8	281,5	109,56	13,80	4,93	11,37	
BASF NA	45,71	+1,2	40,18	54,93	40,79	3,40	7,44	15,49	
Bayer NA	27,92	+1,1	24,96	51,32	27,42	0,11	0,39	10,95	
Beiersdorf	130,20	+0,5	118,0	147,8	32,42	1,00	0,77	29,59	
BMW St.	83,66	+0,1	77,98	115,4	48,51	6,00	7,17	5,01	
Brenntag NA	67,36	+0,1	62,24	87,12	9,73	2,10	3,12	13,34	
Commerzbank	13,29	+0,2	9,12	15,83	15,74	0,35	2,63	6,64	
Continental	61,32	+0,3	51,48	78,40	12,26	2,20	3,59	7,57	
Covestro	55,68	+0,3	44,57	56,90	10,52	-	-	69,60	
Daimler Truck	34,58	+0,8	27,97	47,64	28,46	1,90	5,49	7,44	
Dt. Bank NA	14,73	+0,5	9,44	17,01	29,38	0,45	3,06	6,69	
Dt. Börse NA	201,50	-0,2	152,4	202,6	38,29	3,80	1,89	19,75	
Dt. Post NA	38,75	+0,5	35,82	47,03	46,50	1,85	4,77	12,11	
Dt. Telekom	25,73	+0,6	19,52	25,84	128,30	0,77	2,99	15,14	
E.ON NA	12,76	-0,7	10,43	13,48	33,70	0,53	4,15	11,60	
Freemove	33,29	+0,1	23,93	33,57	15,25	-	-	12,80	
Hann. Rück NA	254,60	+1,2	193,9	255,1	30,70	7,20	2,83	14,03	
Heidelb. Mat.	94,70	+0,5	65,24	103,6	17,24	3,00	3,17	8,49	

Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktt. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2024	
Henkel Vz.	82,20	+0,4	65,88	85,74	14,64	1,85	2,25	19,34	
Infinitec NA	32,96	+1,9	27,07	39,35	43,04	0,35	1,06	17,30	
Mercedes-Benz	62,42	+0,5	55,08	77,45	66,78	5,30	8,49	5,20	
Merck	174,70	+0,6	134,3	176,3	22,58	2,20	1,26	25,88	
MTU Aero	270,30	+0,4	158,2	279,1	14,55	2,00	0,74	23,10	
Münch. R. vNA	487,20	-0,6	351,8	491,8	65,17	15,00	3,08	12,57	
Porsche AG Vz.	70,42	+1,1	65,12	102,7	32,08	2,31	3,28	13,04	
Porsche Vz.	40,77	+0,5	37,99	52,32	6,24	2,56	6,28	2,34	
Qiagen	41,26	-0,5	33,75	43,40	9,41	-	-	23,57	
Rheinmetall	545,60	+0,4	226,5	571,8	23,77	5,70	1,04	26,61	
RWE St.	32,56	+1,4	30,08	42,33	24,22	1,00	3,07	11,23	
SAP	198,32	+1,6	120,3	199,2	243,64	2,20	1,11	57,48	
Sartorius Vz.	248,00	+1,5	199,5	383,7	9,29	0,74	0,30	63,59	
Siem. Energy	25,33	-0,2	6,40	27,91	20,25	-	-	22,03	
Siem. Health	52,50	+0,7	44,39	58,14	59,22	0,95	1,81	27,63	
Siemens NA	169,34	+0,7	119,5	188,9	135,47	4,70	2,78	16,36	
Symrise	119,10	+0,6	87,38	119,0	16,51	1,10	0,93	36,34	
Vonovia NA	30,81	-1,3	19,66	31,78	25,35	0,90	2,92	-	
VW Vz.	96,14	-0,2	92,20	128,6	19,82	9,06	9,42	3,08	
Zalando	23,95	-0,2	15,95	28,93	6,32	-	-	31,93	

INDIZES



Deutsche Aktien steigen auf Rekordhoch

Dax erreicht 18.936 Punkte – obwohl Konjunktur lahm

Es ist der seltsamste Rekord des Jahres. Trotz der depressiven Wirtschaftsstimmung am Standort D hat der Deutsche Aktienindex (Dax) am Donnerstag ein neues Allzeithoch markiert. Der Leitindex kletterte vorübergehend auf 18.936 Punkte und überflügelte damit den alten Rekordstand von 18.892,92 Zählern von Mitte Mai dieses Jahres. Selbst mit der Wall Street kann das deutsche Marktbarometer mithalten.

Der Dax-Rekord ist durchaus bemerkenswert. Schließlich hat das Statistische Bundesamt zuletzt depressive Stimmung verbreitende Zahlen zur Wirtschaftsleistung veröffentlicht. Deutschlands Volkswirtschaft ist im zweiten Quartal geschrumpft, hauptsächlich wegen dramatisch fallender Investitionen, einer flauen Konsumlaune und einer rückläufigen Produktivität. Und auch die in die Zukunft weisenden Konjunkturindikatoren künden nicht von Rekorden, sondern eher von Depression. Der in dieser Woche veröffentlichte Ifo-Index ging zum vierten Mal in Folge nach unten. Insbesondere die Erwartungskomponente lässt eine Dauerkrise vermuten. Normalerweise laufen Dax und Ifo-Geschäftserwartungen parallel, aber der deutsche Leitindex hat sich nun abgekoppelt.

Das hat damit zu tun, dass viele Dax-Konzerne ihr Geld inzwischen jenseits der deutschen Grenzen verdienen. Wichtig ist der US-Markt: Die Dax-Konzerne machen gut ein Viertel ihrer Geschäfte in Nordamerika. Und so ist der Dax-Rekord auch maßgeblich davon getrieben, dass sich die US-Wirtschaft noch sehr robust darstellt und die Ausfahrten nach Übersee zuletzt einen Rekord markiert haben. HOLGER ZSCHÄPITZ

An der Tankstelle ist es deutlich zu spüren: Die Verbraucherpreise sind im August gefallen. Allen voran haben sich Benzin, Diesel und Heizöl im Vergleich zum Vormonat vergünstigt, im Vergleich zum Vorjahr sind die Preisrückgänge sogar durchaus beachtlich.

VON ANJA ETTTEL, THOMAS HEUZEROTH UND HOLGER ZSCHÄPITZ

Das wirkt sich auch auf die allgemeine Teuerungsrate aus. Diese lag im August bei 1,9 Prozent und damit zum ersten Mal seit dreieinhalb Jahren unter der Zwei-Prozent-Marke. Im Juli lag die Teuerung noch bei 2,3 Prozent.

Von einer echten Entlastung für die Verbraucher kann trotzdem noch keine Rede sein. Denn bis auf die Energiepreise, die im Vergleich zum Vormonat um 5,1 Prozent gesunken sind, haben sich die Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen weiter nach oben bewegt – bei Lebensmitteln hat sich der Preisauftrieb zuletzt sogar noch beschleunigt. Um 1,5 Prozent haben sich die Preise im Supermarkt verteuert. Im Juli lag das Plus noch bei nur 1,3 Prozent.

Die Dienstleistungspreise sind im August im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent gestiegen, sie stagnieren bereits seit Monaten auf diesem Niveau. Die sogenannte Kernrate der Inflation, bei der die stark schwankenden Preise für Energie und Lebensmittel herausgerechnet werden, ist mit 2,9 auf 2,8 Prozent leicht zurückgegangen.

Auffällig ist, dass die Lebensmittelpreise in Deutschland stärker steigen als anderswo in Europa. Dieses Phänomen lässt sich seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie 2020 beobachten. Seither liegt die Teuerung bei Lebensmitteln über denen in Frankreich oder Italien. Ihren Höchststand erreichte die deutsche Lebensmittelinflation im März 2023, damals stieg die Rate auf 22,9 Prozent. In Frankreich zogen die Preise zu diesem Zeitpunkt „lediglich“ um 17,2 Prozent an. Italien hatte da seinen Höchstwert bereits gesehen. Im Oktober 2022 erreichte die Lebensmittelinflation dort den Höhepunkt bei 13,8 Prozent. Deutschland, das wegen seiner hohen Dichte an Discountern und den

knäuerigen Konsumenten lange als das Land mit den günstigsten Supermarktpreisen galt, verliert diesen Nimbus zunehmend. Verbraucherschützer kritisieren die Entwicklung. Sie vermuten, dass die Lebensmittelindustrie unverhältnismäßig hohe Gewinne auf Kosten der Verbraucher erzielt, da die hohen Preise nicht allein durch gestiegene Produktionskosten zu erklären seien.

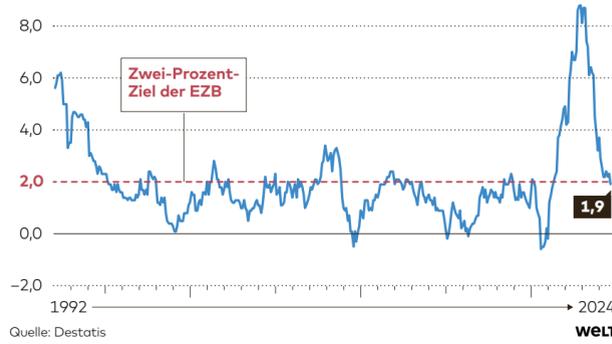
Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) schlägt daher eine Preisbeobachtungsstelle für Lebensmittel vor, um die Inflation zu begrenzen. Seit 2021 seien die Lebensmittelpreise in Deutschland um fast 33 Prozent gestiegen, während die Gesamtinflation in dieser Zeit bei 20 Prozent liege. „Die Bundesregierung muss endlich Licht ins Dunkel der Preisgestaltung bei Lebensmitteln bringen“, sagte Ramona Pop, Vorstandsmitglied beim vzbv. Eine Preisbeobachtungsstelle könne unfaire Praktiken aufdecken und Verbraucher vor zu hohen Preisen an der Ladentheke schützen. „Länder wie Spanien und Frankreich machen es vor, Deutschland muss nachziehen“, sagte Pop.

Ein vom vzbv in Auftrag gegebenes Gutachten der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft (AMI) kommt zu dem Schluss, dass die Einrichtung einer solchen Preisbeobachtungsstelle in Deutschland machbar wäre. Viele der notwendigen Daten seien bereits vorhanden. Um die gesamte Wertschöpfungskette abzudecken, sollte die Bundesregierung bestehende Datenlücken identifizieren und schließen. Meldeordnungen müssten angepasst oder neu eingeführt werden.

„Die Fakten liegen auf dem Tisch, jetzt ist die Bundesregierung am Zug“, sagte Pop. Der vzbv schlägt vor, die Preisbeobachtungsstelle bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) anzusiedeln, um bereits bestehende Strukturen und Ressourcen nutzen zu können. Zum Start sollte der Fokus auf wenig verarbeitete und frische Grundnahrungsmittel-

Preisanstieg normalisiert sich

Inflationsrate in Deutschland in Prozent

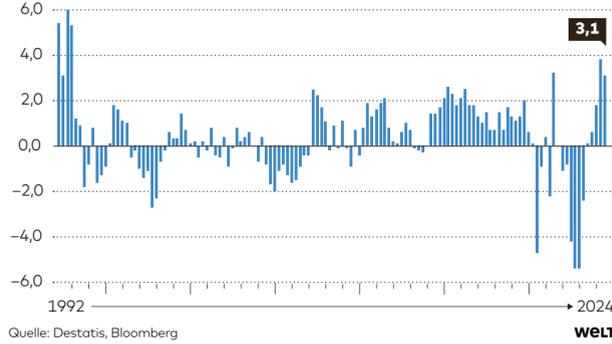


Deutsche Inflation fällt unter zwei Prozent

Dank günstigerer Energie liegt Teuerung auf tiefstem Stand seit 2021. Bei Lebensmitteln fordern Verbraucherschützer Preisbeobachtungen

Deutlich mehr Kaufkraft

Entwicklung der Reallöhne zum Vorjahr in Deutschland in Prozent



mittel liegen und später auf andere Lebensmittel ausgeweitet werden. Jährlich sollte dann dem Bundestag ein Bericht dazu vorgelegt werden. „Auf dieser Basis könnte der Gesetzgeber die Wettbewerbssituation im Agrar- und Lebensmittelmarkt diskutieren und politische Maßnahmen ableiten“, heißt es beim vzbv.

Einen geringeren Preisdruck durch Lebensmittel könnte Deutschland gut gebrauchen. Ökonomen sehen in dem Rückgang der allgemeinen Verbraucherpreise im August ohnehin nur eine kurze Verschnaufpause. „Ab jetzt geht es leider wieder aufwärts“, sagte Chefvolkswirt Cyrus de la Rubia von der Hamburg Commercial Bank.

In den kommenden sechs bis zwölf Monaten dürfte sich die Rate in Richtung drei Prozent bewegen. Die im

Herbst 2023 gefallenen Energiepreise führten nun dazu, dass die Inflationsrate demnächst wieder etwas anziehen werde, sagte auch Chefvolkswirt Holger Schmieding von der Berenberg Bank. „Das sind die oft zitierten Basiseffekte.“ Auch in anderen europäischen Staaten haben sich die Preise zuletzt rückläufig entwickelt. In Spanien sank die Teuerung auf 2,2 Prozent. Diese Entwicklung dürfte die Zinsentscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB) im September erleichtern.

Unterm Strich haben die Bundesbürger mittlerweile im Durchschnitt wieder mehr im Portemonnaie als ihnen die Inflation wegfrisst. Die Reallöhne sind im zweiten Quartal um 3,1 Prozent gestiegen. Das war das fünfte Quartal mit einem Reallohnanstieg in Folge. Die Kaufkraftverluste, die sich während der Pandemie ergeben haben, sind damit allerdings noch längst nicht wieder aufgeholt. Die Lücke zwischen Preisanstieg und Lohnanstieg beträgt derzeit noch fünf Prozentpunkte. Um das wieder auszugleichen, müssten die Reallöhne noch einige Quartale mehr deutlich im Plus bleiben.

„Belegt die Inkompetenz der AfD in diesem Feld“

Die Industrie kontert Äußerungen des thüringischen Landes-Chefs Björn Höcke. Weiterer Zulauf für Kampagne der Familienunternehmen

Unternehmer und Wirtschaftsverbände liefern sich im Vorfeld der Landtagswahl in Thüringen eine offene Auseinandersetzung mit dem dortigen AfD-Chef Björn Höcke. Der Spitzenkandidat der in dem ostdeutschen Bundesland als „gesichert rechtsextrem“ eingestufte Partei wertet gegen eine Gruppe von Familienunternehmen, die kürzlich die Initiative „Made in Germany – Made by Vielfalt“ gestartet hatten, die sich nach eigenen Angaben für demokratische Werte und gegen Populismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzt. „Ich hoffe, dass diese Unternehmen in schwere, schwere wirtschaftliche Turbulenzen kommen“, sagte Höcke zuletzt auf einer Wahlkampfveranstaltung in Sömmerda. „Unternehmen sollten einfach mal die Klappe halten, wenn es um Politik geht.“

Nun reagiert die Wirtschaft von höchster Stelle auf die Anfeindungen. „Die Äußerungen von AfD-Spitzenvertretern in den vergangenen Tagen sind für die Wirtschaft alarmierend“, sagt Siegfried Russwurm, der Präsident des

Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), gegenüber WELT. „Dass jemand, der Ministerpräsident werden möchte, den erfolgreichen und standorttreuen mittelständischen Unternehmen wirtschaftlichen Schaden wünscht, belegt die Inkompetenz der Partei in diesem Feld. Diese Ausfälle zeigen einmal mehr, dass eine Regierungsbeteiligung der AfD Wirtschaft und Wohlstand in Ostdeutschland massiv schaden würde.“

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sieht nach den Verwünschungen „ein merkwürdiges Verständnis von Standorticherung“ bei Höcke. „Björn Höcke und seine Leute sind laut, wenn es gegen Schwächere geht, aber werden im rauhen Wind der Realpolitik schnell die Segel streichen“, sagt VDMA-Präsident Karl Haeusgen. „Wo kommen die Menschen her, die künftig Arbeit und Wachstum sichern? Er weiß es nicht. Wo kommen die Menschen her, die die Infrastruktur bauen, modernisieren, instand halten? Er weiß es nicht. Was braucht der Mit-

telstand, um weiter Arbeit und Wohlstand zu sichern? Er weiß es nicht. Höcke will als Macher auftreten, aber er ist ein Jammerer ohne inhaltliche Kraft.“

Der VDMA spielt damit auf den stetig steigenden Bedarf an Arbeits- und Fachkräften aus dem Ausland an, der sich allein schon durch die demografische Entwicklung in Deutschland ergibt. Und der betrifft auch Thüringen in erheblichem Maße, wie Erhebungen des BDI zeigen. „Prognosen gehen für 2035 von 250.000 fehlenden Fachkräften in Thüringen aus“, meldet die Spitzenorganisation der Industrie. Verbandspräsident Russwurm warnt dementsprechend vor Populismus. „Die aggressive Ausländerfeindlichkeit der AfD droht das bestehende Problem des Fachkräftemangels in Deutschland zu verschärfen. Wir brauchen ein weltoffenes Klima und eine Willkommenskultur für ausländische Arbeitskräfte, auf die wir dringend angewiesen sind. Die AfD-Rhetorik sorgt für das Gegenteil“, so der BDI-Präsident. Widerspruch bekommt Höcke aber auch auf lokaler

Ebene. So gehört der Verband der Thüringer Familienunternehmen zu den Gründungsmitgliedern der Kampagne „Made in Germany – Made by Vielfalt“. „Herr Höcke hat die Maske fallen lassen und zeigt, wie seine Partei mit Meinungen umgehen will, die ihm nicht genehm sind“, sagt Colette Boos-John, die Landesvorsitzende der Familienunternehmen in Thüringen. „Mit seinen Verwünschungen will er den Familienunternehmen die Existenz zerstören, aber offensichtlich wird, wie wirt-

schaftsfeindlich die AfD ist: Denn wenn Unternehmen in schwere Turbulenzen geraten, sind immer auch die Beschäftigten vor Ort die Leidtragenden.“ Die Unternehmen vor Ort würden sich von der AfD ihre Meinung aber nicht verbieten lassen und auch nicht, wie von Höcke gefordert, die Klappe halten.

Tatsächlich hat sich die Zahl der teilnehmenden Unternehmen an der Kampagne zuletzt nochmal deutlich erhöht. Waren es zum Start am 19. August gut 40 Betriebe, sind es mittlerweile fast 80. „Es freut mich, dass die Initiative so viel Aufmerksamkeit erfährt und einen Beitrag zur Diskussion im Lande leistet“, sagt Initiator Timm Mittelsten Scheid gegenüber WELT.

„Dass so viele Familienunternehmen in den letzten Tagen hinzugekommen sind und offen unser Anliegen unterstützen, zeigt wie sehr sich Unternehmer um unsere Demokratie und den Wirtschaftsstandort Deutschland sorgen“, erklärt der Unternehmer, der Geschäftsführer und Mitglied des Beirats von Vorwerk ist.

WELT KI GIPFEL

Das Internationale Olympische Komitee möchte künftig mehr KI einsetzen. Unser Gastautor sieht darin den Startschuss für ein neues Zeitalter nicht nur im Profisport, sondern auch im Breitensport. Selbst Hobbysportler könnten demnach bald ihr volles Potenzial entfalten – auch ohne Personal Trainer.

Noch 11 Tage: WELT KI-Gipfel am 10. und 11. September.

Jetzt lesen: WELT.DE/KI

Qualitätstest für Druckereien

Ein heißer Konkurrent für Apples iPhone

Google wartet mit dem KI-Smartphone Pixel 9 Pro auf

Diesmal aber wirklich: Mit seinen neuesten Premium-Smartphones Pixel 9 und Pixel 9 Pro will sich Google endgültig als gleichwertige Alternative zu Apples iPhone etablieren und startet eine große Marketing-Kampagne. Die Spielerinnen der deutschen Frauen-Fußballnationalmannschaft zeigen sich mit den Geräten, mit TV-Spots wirbt der Konzern um die Premium-Kunden, die bereit sind, zwischen 899 für das Pixel 9 und 1199 Euro für das Spitzenmodell Pro XL auszugeben.

VON BENEDIKT FUEST

Die Geräte sind seit dieser Woche im Handel, und schon der Preis signalisiert: Google meint es ernst. Dieses Pixel ist nicht wie viele seiner Vorgänger bloß eine Fingerübung, eine Demonstration dessen, was mit Android möglich ist. Dieses hier soll auch kommerziell erfolgreich sein und Googles Anspruch, als Premium-Hardwarehersteller im Markt zu agieren, untermauern. Wer mit dem Pixel 9 Pro herumläuft, wird auf das Telefon durchaus angesprochen, doch noch immer wissen viele Smartphone-Nutzer im Alltag mit der Marke Pixel nichts anzufangen. „Ist das das neue iPhone?“, ist meist die Frage an den Nutzer. Ist es nicht - es soll besser sein, innovativer, mit brandaktueller KI-Software, den besten Kameras auf dem Markt, einem Bildschirm zum Niederknien und einem soliden Gehäuse.

Die Hardware wird dem Premium-Anspruch voll gerecht. Das Pro XL wirkt

nissen wirken klar und beeindruckend mit hoher Farbtreue. Die Smartphone-Ingenieure bringen inzwischen Optiken und Sensoren mit technischen Tricks wie etwa Prismen zur Lichtumlenkung unter, die die Ergebnisse von Kompaktkameras locker übertreffen.

Doch die Magie passiert vor allem in der Software: Googles Bildoptimierung ermöglicht etwa einen 30fach-Zoom, der tatsächlich scharfe Ergebnisse liefert, und das auch bei hochauflösenden Videos. Ebenfalls hervorragend funktioniert der Makro-Modus, der absolut erstaunliche Bilder bringt, bei Fotos von Insekten etwa lassen sich einzelne Haare zählen. Entgültig verrückt wird es aber mit Googles KI-Einsatz beim Fotografieren: Ein neuer Modus ist das Gruppenfoto, bei dem sich nachträglich per künstlicher Intelligenz Menschen hinzufügen lassen. So kann beim Familienfoto jeder dabei sein, zwei Fotografen wechseln sich einfach ab, am Ende sind beide zu sehen.

Noch einen Schritt weiter geht die KI-Nachbearbeitung mit Googles Magic Editor und der Funktion Reimagine. Sie ermöglicht so viele Änderungen in Bildern, dass die Kollegen des US-Technikportals „The Verge“ das Pixel 9 bereits als gefährlich charakterisieren. Problemlos lassen sich Gegenstände oder Personen in Bildern herauslösen, hinzufügen oder austauschen. Das gab es früher auch schon per Photoshop, doch dafür brauchte es zumindest ein wenig Expertise. Das Pixel 9 macht Bildmanipulationen dagegen sehr einfach. Die Farbe des Himmels im Urlaubsphoto passt nicht? Kein Problem, die KI tauscht den Himmel aus, und passt das gesamte Lichtspektrum im Foto an, damit die Farben nicht gefälscht aussehen. Die KI schneidet zudem Fotos neu zu und erfindet dabei passend Hintergründe hinzu. So wird aus dem Standard-Strandphoto ganz einfach eine Weitwinkelaufnahme.

Wer gerne experimentieren möchte, kann sogar per Texteingabe Googles Gemini-KI erklären, welche Änderungen man sich wünscht. All das funktioniert natürlich nur mit schneller Internetverbindung, sobald diese langsam ist oder ganz abbricht, verliert der Foto-Editor wieder einen Großteil seiner Funktionen. Googles Gemini-KI ist ohnehin omnipräsent auf dem Gerät, sie setzt das Pixel 9 von Konkurrenzgeräten ab: Gemini sucht zum Beispiel in Screenshots oder Fotos und liefert Zusammenfassungen. Sprachaufnahmen lassen sich transkribieren, das Telefon übersetzt nahtlos, die KI kann Anrufe entgegennehmen und die Nachricht des Anrufers zusammen fassen. In den USA kommen noch weitere Funktionen hinzu, die hierzulande noch fehlen, wie etwa das automatische Blocken von Spam-Anrufen.

Aber Googles Tensor-Chips sind nicht so leistungsfähig wie die der Konkurrenz. Wer also auf dem Telefon gerne 3D-Spiele spielen möchte, sollte sich lieber bei der Konkurrenz von Samsung oder Apple umsehen. Wer dagegen immer die neueste Funktion der Android-Welt nutzen möchte, ist beim Pixel 9 richtig. Und wem der Preis noch zu hoch erscheint, dem sei Abwarten geraten: In der Vergangenheit gerieten Googles Premium-Pixel-Telefone deutlich eher unter Preisdruck als die Konkurrenz von Apple.



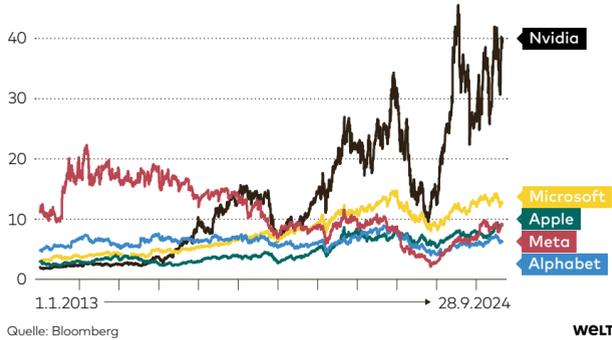
Mitte August hatte Google seine neuen Pixelphones in den USA vorgestellt

mit seinen glatten Kanten aus poliertem Stahl und seiner Rückseite aus Glas, verfügbar in vier Farben, so wertig wie keiner seiner Vorgänger. Der kantige Metallrahmen um die Kameras auf der Rückseite gibt dem Gerät ein eigenständiges Design. Der große Bildschirm des Pro XL mit seinen glatten Kanten macht ebenfalls alles richtig: Das verbaut hochauflösende OLED-Display brilliert durch strahlende Farben und die Möglichkeit, zwischen einem und 120 Mal pro Sekunde dynamisch den Bildschirminhalt zu erneuern. Spiele und Videos wirken so sehr glatt, gleichzeitig schon das Display bei statischen Inhalten die Batterie.

Vor allem aber liefert Google mit dem Pixel bei der Kamera die aktuell beeindruckendste Hardware-Software-Kombination auf dem Markt. Das Pixel 9 und 9 Pro bringen neben der lichtstarken Hauptkamera mit 50 Megapixeln ein Weitwinkelobjektiv mit 48 Megapixeln mit, die Pro-Variante auch noch ein 5x Zoom mit ebenfalls 48 Megapixeln. Fotos speziell in schwierigen Lichtverhält-

Gemessen am Umsatz ist Nvidia teuer

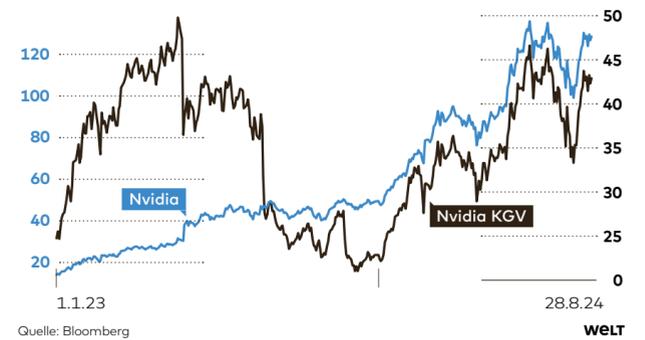
Kurs/Umsatz-Verhältnis von Nvidia, Microsoft, Apple, Meta und Alphabet



Quelle: Bloomberg

Kursanstieg bislang durch Gewinne gedeckt

Nvidia Kurs in Dollar und Nvidia KGV



Quelle: Bloomberg

Nvidia und der FLUCH des Erfolgs

Die jüngsten Ergebnisse des Chipherstellers haben wieder Rekorde gebrochen – und doch war es den Märkten zu wenig

Noch vor acht Jahren hat Jensen Huang gedacht, die Zukunft seiner Firma liegt ganz woanders. Der Chef von Chiphersteller Nvidia sah sich in der Rolle als Zulieferer für Autobauer, wie er damals in einem Interview erzählte. Huang investierte zeitweise viel Geld und Zeit in der Hoffnung auf Milliardengewinne aus der Branche, warb mit Partnern wie BMW und Volkswagen.

VON BENEDIKT FUEST, LAURIN MEYER, MORITZ SEYFFARTH, NANDO SOMMERFELDT

Heute verdient seine Firma tatsächlich Milliarden – allerdings nicht mit der Autosparte, sondern mit seinen Hochleistungschips für Rechenzentren. Wieder einmal konnte der Konzern mit seinen jüngsten Ergebnissen Rekorde brechen. Weil der Boom bei KI-Anwendungen anhält, hat Nvidia seinen Umsatz und Gewinn im abgelaufenen Quartal erneut mehr als verdoppelt, wie das Unternehmen mitteilt.

Eines trübte jedoch die Stimmung: Die Aktie des Chipherstellers brach nachbörslisch zeitweise um mehr als sieben Prozent ein. Obwohl Nvidia mit seinen Ergebnissen vorherige Erwartungen übertroffen hat, haben Anleger auf noch bessere Zahlen gehofft. Das zeigt: Selbst mit gigantischen Geschäften zu überraschen, reicht nicht mehr. Der Fluch des Erfolges hat Nvidia damit eingeholt. Doch auch eine bedeutende Zukunftsfrage hat Anleger bis zuletzt umgetrieben. Antworten darauf bekamen sie zumindest indirekt.

Im abgelaufenen Quartal stieg der Konzernumsatz um satte 122 Prozent auf 30 Milliarden Dollar. Analysten hatten nur mit einem Plus von 112 Prozent

gerechnet. Der Nettogewinn wuchs sogar um 168 Prozent auf 16,6 Milliarden Dollar. Für das laufende Vierteljahr stellte Nvidia Erlöse von 32,5 Milliarden Dollar in Aussicht – mit einer Unsicherheit von plus oder minus zwei Prozent.

Der große Lauf des Chipherstellers hat im Frühjahr vergangenen Jahres begonnen. Seitdem konnte der Konzern seinen Quartalsumsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stets im dreistelligen Prozentbereich steigern. Das hat auch den Aktienkurs beflügelt. Auf Jahressicht haben die Nvidia-Papiere um mehr als 170 Prozent zugelegt. Die Ergebnisse sind längst nicht mehr nur für die Investoren des Chipherstellers selbst bedeutend, sondern für nahezu alle Anleger. Denn Nvidias überproportionale Gewichtung von rund sieben Prozent im S&P 500-Index hat zur Folge, dass große Kursschwankungen der Aktie auch drastische Konsequenzen für den Gesamtmarkt haben.

„Der Gewinnbericht von Nvidia ist zum wichtigsten Finanzereignis der Welt geworden“, sagte Paul Hickey, Mitbegründer der Bespoke Investment Group, gegenüber dem US-Portal „Baron’s“. Laut dem Vermögensverwalter schwankte die Aktie des Chipherstellers als Reaktion auf die erwarteten Gewinnzahlen im Schnitt innerhalb eines Tages um 8,1 Prozent in beide Richtungen. Das entspricht einer durchschnittlichen Schwankung des gesamten S&P 500 von 0,5 Prozent.

Eine Sorge hatte den Kurs zuletzt aber gedrückt. Zeitweise gab die Aktie von ihrem Höchststand im Juli um fast ein Viertel nach. Denn das US-Portal „Bloomberg“ hatte berichtet, dass Nvidia relativ spät ein Design-Problem bei seinen neuen Blackwell-Chips festgestellt habe und den Produktionsstart

verzögern musste. Zunächst hat der Konzern die Meldungen dementiert, jetzt jedoch musste Nvidia Farbe bekennen. Finanzvorstandin Colette Kress gab indirekt zu, dass Nvidia und Auftragsfertiger TSMC tatsächlich mit Produktionsproblemen zu kämpfen hatten.

„Wir haben Beispiele von der Blackwell-Architektur im zweiten Quartal an die Kunden geschickt“, erklärte Kress. Die Produktion der Chips soll im vierten Quartal hochgefahren werden und bis ins Geschäftsjahr 2026 – also mindestens bis kommenden Sommer – weiter beschleunigt werden, hieß es. Damit liegt Nvidia hinter dem Zeitplan, den sich Analysten erhofft hatten. So gilt es als unwahrscheinlich, dass Kunden noch 2024 wesentliche Stückzahlen der Supercomputer auf Blackwell-Basis ausgeliefert bekommen.

Die Ursache dafür liefert Kress ebenfalls so unauffällig wie möglich in einem Nebensatz: „Wir haben eine Änderung an der Blackwell-GPU-Maske vorgenommen, um die Produktionsausbeute zu verbessern.“ Das dürfte nicht weniger bedeuten, als dass TSMC bereits mit der Produktion begonnen haben muss. Allerdings könnte die Ausbeute oder Qualität der belichteten Chips so schlecht gewesen sein, dass Nvidia einen Stopp eingelegt und das Design der Belichtungsmasken geändert hat. Der Konzern ging wohl also noch mal einen Schritt zurück und startete die Produktion quasi neu.

Das Problem hätte größer sein können. Kress betonte schließlich, dass Nvidias Kunden weiterhin den Ausbau ihrer Rechenzentren auf Basis der älteren Hopper-Chips beschleunigen. Der Konzern hat also keinerlei Probleme damit, auch sein Auslaufmodell zu verkaufen. Gleichzeitig würden die großen

Kunden ihre Rechenzentren aber bereits für die kommende Chipgeneration anpassen, hieß es. Es seien vor allem die großen Cloud-Anbieter und Internetdienste für Endkunden, die zu den wichtigsten Kunden des Konzerns gehören. Sie seien für die Hälfte aller Umsätze mit Supercomputern für Rechenzentren verantwortlich, hieß es vom Unternehmen. Das ist umso bemerkenswerter, als all diese Firmen parallel auch an eigenen KI-Chips arbeiten.

Es gebe unter den KI-Firmen ein „Rennen zum nächsten Plateau“, also zur nächsten Leistungsstufe generativer KI, erklärte Nvidia-Chef Huang die anhaltende Nachfrage. Wer immer dieses Rennen gewinne, werde Milliardengewinne machen. „Jeder ist in unglaublicher Eile, seine Infrastruktur auszubauen“, sagte Huang. Auch Analysten sehen deshalb längst keine Abkühlung. Schon zuvor seien die Cloud-Bilanzen und KI-Zahlen von Amazon und Google „sehr stark“ gewesen, wie Wedbush-Analyst Dan Ives per Mitteilung schrieb. Das deutete darauf hin, dass eine „massive KI-Nachfrage in den Unternehmen im Gange ist“. Wedbush schätzt, dass jeder Dollar, der für einen Nvidia-Chip ausgegeben wird, einen Multiplikations-Effekt von acht bis zehn Dollar im gesamten Techsektor hat.

Daneben fällt ein weiteres Geschäft zunehmend auf. Fast nebenher ist es Nvidia gelungen, einen neuen Standard namens „Spectrum X“ für die Vernetzung seiner Supercomputer zu etablieren. Kunden kaufen also nicht nur die einzelnen Computer, sondern auch die Netzwerk-Hardware für ihre Rechenzentren bei Nvidia. Das brachte dem Unternehmen allein im vergangenen Quartal rund 3,7 Milliarden Dollar ein, mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr.

Steigende Strompreise, sinkende Versorgungssicherheit – und jetzt soll es ein neues System aus den Händen des Staates richten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat dazu ein Optionenpapier mit dem schönen, zur Zukunftskoalition passenden Titel „Strommarkt-design der Zukunft“ vorgelegt.

Es verspricht, den Weg für ein klimaneutrales Energiesystem zu ebnen und dabei Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit miteinander in Einklang zu bringen.

Doch ein genauer Blick zeigt: Was als Marktinnovation verkauft wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ein Mehr an staatlicher Regulierung. Man stelle sich vor, der Alltag wäre durch das Wetter bestimmt. Waschen nur bei Regen – ein absurder Gedanke. Aber genau das wird uns für den Strommarkt vorgeschlagen – produzieren, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Man nennt es Flexibilisierung.

Schon seit 2023 arbeitet eine von der Bundesregierung eingesetzte „Plattform klimaneutrales Stromsystem“ (PKNS). Mit der politischen Vorgabe,

GASTBEITRAG

„Marktdesign“ – so führt Habeck Gutgläubige in die Irre

JOCHEN ZIMMERMANN



ein klimaneutrales Stromsystem zu entwickeln, hatte das Habeck-Ministerium Interessenverbände aus den Bereichen Energiewirtschaft, Verbraucherschutz, Industrie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammengerufen, um mit Politik und Verwaltung über das zukünftige Strommarktdesign zu diskutieren.

Auf die Vorschläge aus einem solchen Gremium, mit handverlesenen Akteuren des öffentlichen Raums, politisch abhängiger Industrie und am Tropf öffentlicher Fördergelder hängender Wissenschaft konnte man als Minister mit Vergnügen warten. Nun sind sie da. Nicht in bewährter, aber inzwischen bekannter Form beginnt das Habeck-Ministerium ein weiteres Fundament der Industriestruktur und des gesellschaftlichen Wohlstands zu untergraben.

Schon das Wort „Marktdesign“ im Titel des Optionenpapiers sollte die Alarmglocken schrillen lassen. Es stammt vom Reißbrett der politischen Ökonomie und hat wenig mit dem zu tun, was Märkte gemeinhin sind: von der Nachfrage getrieben, unter Nutzung des unter den Marktteilnehmern

verteilten Wissens gestaltet und von einem knappheitsorientierten Preis gesteuert. Marktdesign funktioniert selten und nur bei günstigen Gestaltungsbedingungen. Aber der Strommarkt ist schwierig: langfristig angelegt, dynamisch und in hohem Maße unsicher. Investitionen müssen sich über Jahrzehnte amortisieren, und wie die Nachfrage aussieht, ist angesichts des technischen Fortschritts schwer vorherzusagen.

Und so führt auch der vom Wirtschaftsministerium verwendete Begriff des „Marktdesigns“ den gutgläubigen Leser in die Irre. Der Markt ist eine Scharade – hinter einer Fassade zieht der Staat alle Fäden. Er übernimmt wesentliche Funktionen in der Preisbildung, der Strukturierung von Angebot und Nachfrage sowie in der Festlegung der geltenden Regeln.

Schon jetzt reagieren Marktteilnehmer im Wesentlichen auf die Anreize, Vorschriften und Subventionen, die von der Regierung gesetzt werden. Unternehmen investieren aufgrund staatlicher Unterstützung oder Subventionen. Ineffizienzen, Fehlanreize und politi-

sche Abhängigkeit sind die zwangsläufige Folge. Ein Beispiel: Seit 2011 können sich Großabnehmer von den Netzentgelten befreien lassen; kleinere Unternehmen und Verbraucher tragen an ihrer Stelle die Kosten. Nun möchte die Politik diese Vergünstigung wieder streichen, und die Betroffenen schreien auf. Aber sie hatten es sich eben in Herrschaftsstrukturen bequem gemacht. Der wahre Fehler liegt in einem System, das politische Gunst über marktwirtschaftliche Prinzipien stellt.

Anders als ein Markt korrigiert sich die Politik nicht von innen heraus. Hier werden die Ideen immer extremer, um ein politisch gewünschtes Ziel zu erreichen. Das gilt auch für die Idee des klimaneutralen Strommarkts. Am deutlichsten sichtbar wird dies bei der im Dokument gepriesenen Flexibilisierung der Nachfrage, die im Klartext heißt: Sonne und Wind geben den Takt des Wirtschaftslebens vor.

Während bislang der Wind nur die Höhe der Preise (aber dank der Regulierung nicht die Gewinne in der Windwirtschaft) bestimmt hat, sollen nun auch die Verbraucherentscheidungen

folgen. Die Industrie warnt vor den Risiken der Planbarkeit und höheren Stückkosten, die die Wettbewerbsfähigkeit noch weiter gefährden. Denn zu den dann fortwährend hohen Stromkosten werden sich Effizienzverluste im Produktionsprozess gesellen, die die Produkte weiter verteuern. Beim einfachen Bürger werden die Wärmepumpen und Kellerbatterien gedimmt.

Robert Habeck behauptet, mit dem Optionenpapier ein Konsultationsverfahren angestoßen zu haben. Doch das Ergebnis steht längst fest; es ist politisch vorbestimmt. Die Rede von Transparenz und Teilhabe verbirgt knallharte Machtinteressen. Später wird man das Fehlen echter Entscheidungsspielräume nur noch im Kleingedruckten lesen. Es wird Zeit, den weiteren Verfall unseres Wohlstands aufzuhalten. Wir dürfen nicht zulassen, dass ein fehlgeleiteter staatlicher Dirigismus unsere wirtschaftliche Zukunft gefährdet.

Der Autor ist Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Unternehmensrechnung und Controlling an der Universität Bremen

Die unmöglichen Gebäudepasspläne der EU

Der komplette CO₂-Verbrauch einer Immobilie soll künftig dokumentiert werden, wollen Brüssel und Berlin. Warum das praktisch nicht umsetzbar ist

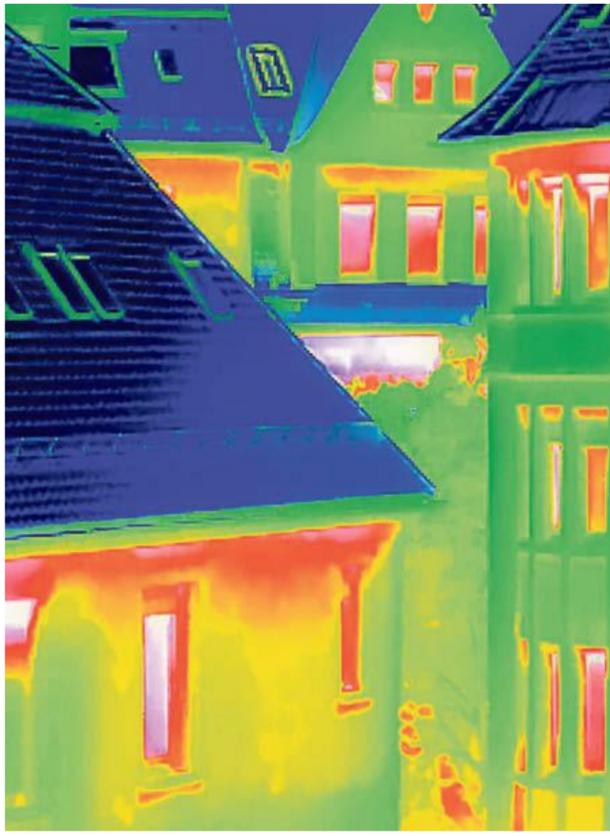
Im Wiener ersten Gemeindebezirk, am Georg-Coch-Platz, steht ein in mehrfacher Hinsicht interessantes Baudenkmal: die ehemalige Zentrale der Österreichischen Postsparkasse, heute ein Wissenschaftscampus, seit der Fertigstellung im Jahr 1906 ein bedeutendes Beispiel des Jugendstils. Entsprechend auffällig ist die Fassadengestaltung mit Marmortafeln und Granitplatten, außerdem Aluminiumapplikationen, die so aussehen wie Niete und an einen Geldspeicher erinnern sollen. Der Architekt und Planer Otto Wagner war großer Fan des damals noch sehr neuen Werkstoffs Aluminium, den er auch an anderen Stellen des Prachtbaus verarbeitet.

VON MICHAEL FABRICIUS

Dieser kleine architektonische Ausflug nach Wien hat eine vielschichtige Verbindung zu einem sehr aktuellen Thema, das in den kommenden Jahren die gesamte Bauwirtschaft und am Ende auch jeden privaten Häuslebauer und Immobilienbesitzer beschäftigen wird: Europa plant den Gebäuderessourcenpass, in der englischen Variante ein „Building Logbook“. Das Ziel ist die Erfassung aller zunächst im Neubau, später auch im Bestand verwendeten Materialien, deren Herkunft, Recyclingfähigkeit und vor allem die spezifische CO₂-Bilanz aus Herstellung, Transport und „Lebenszyklus“ bezogen auf 50 Jahre. Dieser Zeitraum gilt der EU-Kommission offenbar als typische Lebensdauer einer Immobilie.

Allein das zeigt schon, mit Blick auf das 120 Jahre alte Finanzgebäude in Wien, wie willkürlich die Standardisierung bestimmter klimaschutzbezogener Messungen erscheint. Kommt es aber tatsächlich zu einem europaweiten „Logbook“, werden die Fragestellungen rund um die korrekte Erfassung von Materialität und CO₂-Emissionen im Gebäudesektor endgültig absurde Ausmaße annehmen. Profitieren dürften am Ende vor allem Zertifizierungsdienstleister wie die Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DBNG) oder Anwender wie der Stoffkreislauf-Spezialist Concular, oder die Informationsplattform Madaster, die in einem Pilotprojekt in Nordrhein-Westfalen den Gebäudepass ausprobieren soll.

„Bislang steht der CO₂-Verbrauch eines Gebäudes im laufenden Betrieb im Fokus“, sagte NRW-Bauministerin Ina Scharrrenbach (CDU) beim Projektstart



Der Verbrauch eines Hauses ist einfach zu berechnen. Problematisch wird es, wenn auch der Energiebedarf aller verwendeten Materialien gebraucht wird

im Mai mit Bezug auf die bereits üblichen Energieausweise. „Zukünftig wird es darum gehen, den CO₂-Fußabdruck eines Gebäudes über seinen gesamten Lebenszyklus – einschließlich der Wiederverwendbarkeit seiner Teile – zu messen.“ Was gut klingt, könnte sich zu einem politischen Desaster entwickeln, ähnlich wie beim Heizungsgesetz, auch wenn es zunächst nicht um mehrere tausend, sondern einige hundert Euro Kosten geht.

Erstens: Grundsätzlich liegt der Gedanke, möglichst sparsam mit Baumaterial umzugehen, auf der Hand. Jeder Bauherr will, dass die Kosten im Rahmen bleiben. Das führt automatisch auch zu geringen Emissionen. Ausgerechnet die CO₂-Vermeidungsstrategien

der vergangenen Jahre haben jedoch dazu geführt, dass jeder einzelne Neubau inzwischen aus einem hochkomplexen Mix aus Bauteilen, Dämmstoffen und Hightech-Geräten besteht. Wird ein solches Gebäude tatsächlich abgerissen, enthält der Bauschutt oft unwiderruflich verklebte Styroporsteine.

Zweitens: Die Bilanzierung selbst ist ein Dauer-Streitfall. Die zugrunde liegende Baustoff-Datenbank (Ökobaudat) des Bundesbauministeriums mit einem „Global Warming Parameter“ (GWP, bzw. CO₂-Äquivalente) für jedes Material, wird alle paar Jahre aktualisiert, weil irgendetwas nicht mehr stimmt und anders gesehen wird. Schon bei Kalksandstein ist die Lage verworren, denn das Material nimmt im Laufe der Jahre

sogar CO₂ auf. Das fließt bisher nicht in die Bilanz ein. Wie aber soll ein Granitstein aus dem Wiener Postsparkassenamt bilanziert werden? Das führt zum nächsten Punkt.

Drittens: Zeitpunkt und Ort der Herstellung ist entscheidend. Aluminium zum Beispiel hat einen im Vergleich zu Baustahl verheerend schlechten „GWP“, weil die Produktion hohe Temperaturen erfordert. Doch was ist, wenn der Strom dafür aus erneuerbaren Quellen stammt? Das nämlich dürfte bei der Wiener Postsparkasse der Fall gewesen sein: Der österreichische Strommix enthält heute fast 60 Prozent Wasserkraft, um 1900 dürfte es noch mehr gewesen sein. Anders die Lage in Deutschland: Das Dach der Hamburger Elbphilharmonie besteht aus 6000 komplexen Aluminium-Pailletten. Würden die mit deutschem Braunkohlestrom produziert? Oder waren die Kernkraftwerke noch am Netz? Und will das überhaupt jemand wirklich wissen?

Viertens: Besteht eine realistische Wahrscheinlichkeit, dass das 120 Jahre alte Baudenkmal in Wien jemals abgerissen wird? Ist der Jugendstil-Bau ein Fall fürs „Urban Mining“? Und bei wie vielen der 19 Millionen Wohn- und drei Millionen Nichtwohngebäude in Deutschland stellt sich überhaupt die Frage der Wiederverwendbarkeit von Baustoffen? Selbst wenn es nicht um Abriss, sondern um Sanierung geht: Kaum jemand wird ein 30 Jahre altes Fenster wiederverwenden wollen. Andererseits entwickeln sich Recycling-Technologien weiter, erst seit wenigen Jahren beispielsweise wird Gipskarton aus dem Trockenbau in größerer Menge aufbereitet. Ein Ressourcenpass wäre alle drei bis fünf Jahre veraltet.

Der Zug ist indes abgefahren. Das „Building Logbook“ ist bereits Teil des europäischen „Green Deal“ und ein Transmissionsriemen für die EU-Taxonomie, also Nachhaltigkeitsregeln in der Finanzwirtschaft. Vereinfacht gesagt: Für ein „gutes“ Ressourcenpass bekommt man künftig bessere Kreditkonditionen.

In Deutschland arbeitet das Bauministerium daran, eine erste Stufe des Ressourcenpasses in Form von Ökobilanzen im QNG-Zertifikat (Qualitätssiegel Nachhaltiges Bauen) zu integrieren. Neubauförderung der KfW gibt es schon heute fast nur noch für Projekte, die QNG-Niveau erreichen, und so wird der Ressourcenpass zur Pflicht durch die Hintertür. Ohnehin ist im Ampel-Koalitionsvertrag ein Gebäudepass für Neubauten vorgesehen. Im Bestand wird es noch eine Weile dauern, doch auch hier hat Brüssel entschieden: Ab 2028 sollen schrittweise alle Gebäude ein „Logbook“ bekommen.

Möglicherweise wird der Gebäuderessourcenpass eines Tages zu einer Preisfrage. Für die Eigentümerin des Wiener Postsparkassen-Gebäudes wäre ein schön gerechneter Wert bestimmt hilfreich: Es ist die Immobiliengesellschaft Signa Prime des österreichischen Skandalunternehmers René Benko.

Was sich alles im September 2024 ändert

Ab dem neuen Monat gelten neue Gesetze und Fristen

Am ersten September wird in Sachsen und Thüringen gewählt. In Brandenburg am 22. September. Das wird das Land beschäftigen. Aber achten Sie bitte auch darauf, was im September sonst wichtig ist: die neuen Gesetze, Fristen und Termine im letzten Sommermonat des Jahres.

VON STEPHAN MAASS

NEUE ABGASNORM EURO 6E GILT FÜR ERSTZULASSUNGEN

Die neue Abgasnorm Euro 6e gilt ab dem 1. September 2024 verpflichtend für alle Erstzulassungen. Bereits ein Jahr zuvor trat die Norm für alle neuen typgenehmigten Modelle in Kraft. 6e bringt zwar keine neuen Grenzwerte, aber veränderte Messmethoden mit geringeren Toleranzen. Laut ADAC steht „eine nochmalige Anpassung der Messunsicherheit und eine weitere Absenkung der Übereinstimmungsfaktoren“ an. Die Euro-Abgasnorm 7 gilt ab 29. November 2026 für die Typgenehmigung neuer Pkw-Modelle, also für ganz neue Modelle, die dann auf den Markt kommen. Und ab 29. November 2027 gilt sie auch für alle Neuzulassungen.

STEUERERKLÄRUNGEN BIS 2. SEPTEMBER ABGEBEN

Wer seine Steuererklärung ohne Steuerberater oder einem Lohnsteuerhilfeverein macht, muss bis Montag, 2. September, eine Steuererklärung abgeben. Eigentlich hätte die Frist schon am 31. August geendet, aber weil der Tag auf ein Wochenende fiel, wurde die Abgabefrist bis zum Montag verlängert. Wer Steuerberater oder Lohnsteuerhilfeverein beauftragt, hat noch bis Ende Mai Zeit.

E-REZEPT AUCH FÜR PRIVATVERSICHERTE

Bisher war das E-Rezept für gesetzlich Krankenversicherte Pflicht. Nun soll es auch für Privatversicherte flächendeckend eingeführt werden. Bisher war das E-Rezept für Privatversicherte nur eingeschränkt erhältlich. Allerdings bekommen Privatversicherte keine neue Krankenkarte mit Chip. Sie können das E-Rezept mit einem Ausdruck aus der Arztpraxis oder via App einlösen.

NACHWEISE FÜR HEIZUNGSFÖRDERUNG

Die ersten Eigentümerinnen und Eigentümer, die Zusagen für Zuschüsse für die Heizungsförderung der KfW erhalten haben, können ihre Rechnungen und andere Nachweise ab 30. September an die staatliche Förderbank übermitteln. Das wird dann auch digital möglich sein. Nach Prüfung der Unter-

lagen wird das Geld voraussichtlich erstmals Ende Oktober ausbezahlt, so die KfW. Zunächst können Besitzerinnen und Besitzer von Einfamilienhäusern, die selbst in ihren Häusern wohnen, ihre Nachweise über das Kundenportal „Meine KfW“ hochladen. Ab November soll das dann auch für Eigentümerinnen und Eigentümer von Mehrfamilienhäusern möglich sein.

CHECK BEI GASHEIZUNGEN ERLEDIGEN

Bis zum 15. September sollten alle Haushalte mit Gasheizung eine Heizungsprüfung gemacht haben. Ausgenommen davon sind nur Immobilien mit einer Gasheizung, die in den vergangenen Jahren bereits einen Heizungscheck gemäß DIN 15378 vorgenommen haben, oder die bereits nachweislich mit einem hydraulischen Abgleich ausgestattet sind oder innerhalb von sechs Monaten eine neue Heizung haben werden. Ziel dieser Prüfungen ist es, die Effizienz der Heizungen zu steigern und den Verbrauch zu senken. Die Regelung für den Heizungscheck wurde zum ersten Oktober 2022 eingeführt. Grundlage dafür ist die „Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über mittelfristig wirksame Maßnahmen“ (EnSimiMav). Die Kosten für den einfachen Check durch eine Fachperson liegen zwischen 100 und 150 Euro, so das Verbraucherportal Biallo.de. Allerdings ist die Kenntnis dieser Regelung offensichtlich nicht weitverbreitet, wie Nachfragen bei einigen Installationsbetrieben ergeben haben.

ORGANSPENDE-ERKLÄRUNG VIA KRANKENKASSEN-APP

Die Organspende-Erklärung wird vereinfacht: Noch bis 30. September haben die Krankenkassen Zeit, die Abgabe der Erklärung für oder gegen eine Organspende über die Apps der Krankenkassen zu ermöglichen. Bereits seit März ist das auch über ein Register im Internet und die Online-Funktion des Personalausweises möglich.

BUNDESWEITER WARTAG AM 12. SEPTEMBER

Am 12. September gegen elf Uhr findet der bundesweite Warntag statt. Neben den Sirenen wird es Warnmeldungen auch in Apps wie Nina oder Katwarn geben. Entwarnung ist um 11.45 Uhr vorgehen. Der bundesweite Warntag ist ein gemeinsamer Aktionstag von Bund, Ländern und Kommunen. Er findet jährlich am zweiten Donnerstag im September statt. Kommunen können freiwillig daran teilnehmen. Die verschiedenen Arten der Warnung werden abhängig von ihrer Verfügbarkeit und Einsatzmöglichkeit getestet.

ANZEIGE

FEEL GOOD HOUSE MUSIC

NEU ÜBER DAB+



beats radio

DAB+ | Streaming | App | beatsradio.de | Eine Audiobrand von Klassik Radio

ANZEIGENSONDERVERÖFFENTLICHUNG

Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds - mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

Table with columns: 29.08.24, Währung, ISIN, Rückn., 3.J. Perf.

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)



Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

Table of ESG funds including DBA ausgewogen, DBA dynamisch, DBA konservativ, etc.

Metzler Asset Management GmbH

Table with RWS-Aktien/Nachh* and RWS-ERTRAG A*

ODDO BHF Asset Management

Table with Exk-PolarisBal DRw, Exk-PolsDyn DRw, etc.



Table of Ökoviision Classic, Klima, Water For Life C, etc.



Tel.: 069 58998-6060 www.union-investment.de

Table of PrivatFonds: Nachh*, UniNachh AkEu A*, UniNachh AkEu netA*, etc.

Table of UniRak Nachh-K-net*, UniRak Nachh-A net*, UniRak NachhaltigA*, etc.

Alte Leipziger Trust

Table of Euro Short Term, Aktien Deutschland, AL Trust Euro Relax, etc.

C&P Funds (Creutz & Partners)

Table of C&P Funds ClassiX*, C&P Funds Detox*, C&P Funds Quantix*

Commerz Real

Table with hausinvest, DAVIS FUNDS SICAV, Global A*, Value Fund A*



Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

Table of AriDeka CF*, BasisStrat Flex CF*, BerolinaRent Deka*, etc.

Die besten wertgesicherten Fonds im Vergleich

Table with columns: Titel, ISIN, Preis 29.08., 6 M., Performance in % (1.J., 3.J., 5.J.), Lfd.Kosten %

Alle dargestellten Investmentfonds sind Teilnehmer am Fonds Service, sortiert nach 3-Jahresperformance...

Table of Multirent-Invest*, Multizins-INVEST*, NachSeAkkReEdTF*, etc.

Table of DWS Offene Immobilienfonds, grundb. europa IC*, grundb. europa RC*, etc.

Table of Gutmann Kapitalanlage, PRIME VAL Growth A, PRIME VAL IncomeA

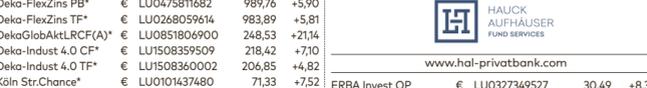


Table of ERBA Invest OP, HAL Europ SmCap Eq*, HAL MultiAsset Con*, etc.



Table of HWB Alex.Str.Pf R*, HWB Alex.Str.Pf V*, HWB Europe Pf*, etc.

Table of HWB Wdelan + R*, HWB Wdelan + V*

Table of IPConcept (Luxembourg) S.A., ME Fonds PERGAMONF, ME Fonds Special V

Table of LRI Invest S.A., ALTIS Bal Value*, ALTIS Global Res*, NW Global Strategy*



www.meag.com privatanleger@meag.com

Table of Dividende A*, ERGO Vermögen Ausgew*, ERGO Vermögen Flexi*, etc.

Table of Metzler Asset Management GmbH, RWS-DYNAMIK A*, RWS-ERTRAG A*



Table of ODDO BHF Asset Management, Basis-Fonds I Nach*, Substanz-Fonds*, etc.



Table of PrivFidKontr*, PrivFidKontr.pro*, UniZ1.Jahrh.-net*, etc.

Table of UniGlobal-net*, UniNordamerika*, UnionGeldmarktfds*, etc.

Union Investment Luxemburg

Table of PrivFidKonseq.pro*, UniAsia Pac.net*, UniAsia Pacific A*, etc.

Union Invest Real Estate

Table of Unimmo:Dt.*, Unimmo:Europa*, Unimmo:Global*

Universal Lux.

Table of CondarBalance-UI*, CondarChance-UI*, CondarTrends-UI*

W&W Int. Asset Mgmt. Dublin

Table of SouthEast Asian Eq*, Darburg Invest, DMüller Prem Akt €*

Sonstige

Table of Leading Cities

* Fondspreis etc. vom Vortag oder letzt verfügbar; Währung: € = Euro, \$ = US-Dollar, ¥ = Yen, £ = Brit. Pfund, CH = Schweizer Franken, PL = Polnische Zloty.



+49 69 26095760 fundsservice@infrontfinance.com

ANZEIGE

Advertisement for 'DEUTSCHER KI-PREIS WELT' featuring a large stylized 'KI' logo and text: 'Für herausragende Verdienste um die Entwicklung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz. Bewerben Sie sich jetzt auf diese Kategorien: KI-Innovationspreis, KI-Anwenderpreis und KI-Start-Up-Preis. Bewerbungen und Nominierungen unter www.kipreis.de. Einsendeschluss: 31.08.2024' with a QR code and DHL logo.

Nagelsmann beruft nur einen Neuling

Obwohl Angelo Stiller der einzige Debütant ist, sinkt der Altersschnitt der Fußball-Nationalelf von knapp 29 auf 26,8 Jahre

Julian Nagelsmann macht den ersten Schritt auf dem Weg zur WM 2026 in Kanada, Mexiko und den USA. 55 Tage nach dem bitteren Viertelfinal-Aus bei der EM gegen Spanien hat der Bundestrainer den Kader für die ersten beiden Spiele der Fußball-Nationalmannschaft in der neuen Nations-League-Saison berufen. Am 7. September geht es in Düsseldorf gegen Ungarn, drei Tage später gegen die Niederlande in Amsterdam. Das Projekt WM-Pokal startet der Bundestrainer mit einem zwar deutlich jüngeren Kader, aber praktisch ausschließlich mit seinem Personal der EM im eigenen Land.

Nach den Rücktritten von Manuel Neuer (38), Ilkay Gündogan (33), Thomas Müller (34) und Toni Kroos (34) benannte Nagelsmann nur einen Neuling. Einzig Mittelfeldspieler Angelo Stiller (23) vom VfB Stuttgart wurde noch nie in den deutschen Kader berufen. Der Mittelfeldakteur habe „schon in der vergangenen Saison und auch jetzt wieder sehr gute Leistungen gezeigt“, erklärte Nagelsmann in der schriftlichen Mitteilung zu seiner Nominierung am Donnerstag. Überraschend ist hingegen das Fehlen von Abwehrchef Antonio Rüdiger, der aber keinesfalls aussortiert wurde. Der Innenverteidiger von Real Madrid werde „nach einem intensiven Sommer“ in Absprache mit dem Bundestrainer die Zeit zur Regeneration nutzen, teilte der DFB mit. Im Oktober sollte der gebürtige Berliner sicher wieder im Aufgebot stehen.

Damit verzichtet Nagelsmann auf einschneidende Neuerungen im Vergleich zu seinem EM-Personal. Dies ist auch möglich, weil er sein Aufgebot von 26 Turnieraakteuren auf seine eigentliche Wunschgröße von 23 Spielern reduzierte und somit nun drei Spieler weniger berief als noch zur EM. Doch auch ohne viele neue Namen sinkt der Altersschnitt wegen der Rücktritte der Routiniers von knapp unter 29 Jahren auf 26,8 Jahre im Vergleich zum EM-Kader. Diese Verjüngungskur hatte Nagelsmann schon beim Turnier mit Blick auf die WM in Nordamerika in knapp zwei Jahren als notwendig bezeichnet.

Zudem sei er von den Leistungen seiner Schützlinge im Sommer angetan gewesen, wie er durchblicken ließ. „Generell waren wir sehr zufrieden, wie jeder einzelne Spieler bei der EM seine Rolle ausgefüllt hat. Deshalb möchten wir jetzt in den ersten Spielen nach dem Turnier dem EM-Kader



Der Stuttgarter Angelo Stiller führt erstmals zur Nationalmannschaft

TOM WELTER/DPA

DER DEUTSCHE KADER

Tor: Marc-André ter Stegen (FC Barcelona), Alexander Nübel (VfB Stuttgart), Oliver Baumann (TSG Hoffenheim).

Abwehr: Waldemar Anton, Nico Schlotterbeck (beide Borussia Dortmund), Benjamin Henrichs, David Raum (beide RB Leipzig), Joshua Kimmich (FC Bayern), Robin Koch (Eintracht Frankfurt), Maximilian Mittelstädt (VfB Stuttgart), Jonathan Tah (Bayer Leverkusen).

Mittelfeld: Robert Andrich, Florian Wirtz (beide Bayer Leverkusen), Emre Can, Pascal Groß (beide Borussia Dortmund), Jamal Musiala, Aleksandar Pavlovic (beide FC Bayern), Chris Führich, Angelo Stiller (beide VfB Stuttgart).

Angriff: Maximilian Beier (Borussia Dortmund), Niclas Füllkrug, Kai Havertz, Deniz Undav (VfB Stuttgart).

die Chance geben, sich wieder zu präsentieren“, sagte der DFB-Coach. Stiller habe „schon in der vergangenen Saison und auch jetzt wieder sehr gute Leistungen gezeigt“.

Neben Rüdiger fehlt aus dem EM-Tross auch noch Leroy Sané vom FC Bayern, der nach seiner Leistenoperation in München am Comeback arbeitet. Sein Klubkollege Serge Gnabry wurde trotz guter Saison-Frühhorm nicht ins DFB-Team zurückgeholt. Ebenso ergeht es dem vor der EM aussortierten Leon Goretzka, der selbst bei den Bayern umstritten ist Verkaufskandidat ist.

Statt des früheren Team-Oldies Neuer (38) ist Alexander Nübel (27) als Torwart dabei. Kurz vor der EM war der Stuttgarter von Nagelsmann aus dem Kader gestrichen worden. Hinter der neuen Nummer eins Marc-André ter Stegen (32) setzt Nagelsmann in Nübel und dem Hoffenheimer Oliver Baumann (34) auf zwei schon erfahrene Torhüter, die aber beide noch kein Länderspiel bestritten haben. Wie erwartet wieder dabei ist Aleksandar Pavlovic (20). Der junge Münchner hatte nach seinem Länderspiel-Debüt im EM-Test gegen die Ukraine (0:0) wegen einer Mandelentzündung auf die Turnier-Teilnahme verzichten müssen. Gemeinsam mit Stiller ist er die Zukunftshoffnung für die zentrale Position. „Im

Mittelfeld müssen wir mit Ilkay Gündogan und Toni Kroos ja gleich zwei Spieler ersetzen, die zurückgetreten sind. Das sind für den Moment insgesamt genügend Veränderungen in der Nationalmannschaft“, sagte Nagelsmann. Stiller hätte im starken Stuttgarter Block um Chris Führich, Deniz Undav, Maximilian Mittelstädt und dem Neudortmunder Waldemar Anton auch schon zur EM fahren können, hatte Nagelsmann im Frühjahr angedeutet. Nun ist seine Zeit im DFB-Tross aber angebrochen. Der Musterschüler von Klubtrainer Sebastian Hoeneß war maßgeblich am schwäbischen Aufschwung in der Vorsaison beteiligt. Er ist der VfB-Strategie, sehr ballsicher und hat ein gutes Auge. Das gefällt auch Nagelsmann. Noch sind auf der Sechser-Position aber Pascal Groß und Robert Andrich die Kandidaten für die Rolle als Stammkräfte. Auch EM-Notnagel Emre Can wurde wieder berufen.

Nun muss Nagelsmann noch entscheiden, wer sein neuer Kapitän und somit Nachfolger von Gündogan wird. Als oberster Anwärter auf den Posten gilt Joshua Kimmich. Nagelsmann wird die Entscheidung vermutlich am Montag verkünden, wenn er den Kader knapp neun Wochen nach dem EM-Aus im Viertelfinale gegen Spanien wieder im Teamquartier in Herzogenaurach versammelt. Die DFB-Elf bestreitet in diesem Jahr noch sechs Länderspiele – alle in der Nations League. Gruppengegner sind bis November je zweimal Ungarn, die Niederlande und Bosnien-Herzegowina.

LoGa/SUF

Deutschland verliert ein großes Tennis-Talent

Tochter von Tatjana Maria wird für Frankreich spielen

Der Blick auf die Tribüne machte Tatjana Maria so „richtig stolz“. Vor den Augen ihrer beiden Töchter Charlotte (10) und der drei Jahre alten Cecilia spielte die 37-Jährige in der Spätphase ihrer Tennis-Karriere bei den US Open erstmals unter Flutlicht im Arthur Ashe Stadium. Beim 4:6 gegen die 17 Jahre jüngere Titelverteidigerin Coco Gauff aus den USA schlug sich Maria dabei zumindest im ersten Satz sehr achtbar.

Durch ihren unorthodoxen Stil mit zahlreichen unterschrittenen Bällen per Vor- und Rückhand brachte sie die Favoritin vor mehr als 20.000 Zuschauern phasenweise zum Verzweifeln. „Für die Zukunft war es wichtig noch mal zu sehen, dass auch die Topspielerinnen Probleme gegen mich haben“, sagte die Weltranglisten-99. nach der Niederlage in der zweiten Runde von New York. Ans Ende ihrer Laufbahn denkt Maria dabei trotz ihres fortgeschrittenen Alters noch lange nicht. „Ich habe noch sehr viel mehr in mir“, kündigte sie an. „Es geht nicht um das Alter, sondern um den Körper. Ich liebe es einfach, Tennis zu spielen und mit meiner Familie zu reisen.“

Das nächste verheißungsvolle Talent weiß sie dabei in ihrer eigenen Familie. Die zehnjährige Charlotte trainiert regelmäßig mit ihrer Mutter und spielt bereits selbst Turniere. Sie gilt als großes Talent mit Aussicht auf eine eigene Profikarriere. „Charlottes Traum ist es, einmal auf diesem Platz zu spielen“, sagte Maria im Interview kurz vor Betreten des größten Stadions der US Open in New York: „Unser Ziel ist, sie so aufzubauen, um mit 14, 15 auf der WTA Tour anzufangen.“

Ihre Tochter werde aber nicht für Deutschland, sondern Frankreich spielen, berichtete sie nach der Partie. Damit soll Charlotte das Heimatland von Ehemann Charles-Édouard vertreten, der Tatjana Maria auch trainiert.

Es habe zwar auch Gespräche mit dem deutschen Verband gegeben, in Frankreich sei aber die Unterstützung für eine Spielerin in diesem jungen Alter besser, erläuterte Maria die Entscheidung. Dazu hätten die Verbände Frankreichs und auch der USA, erster Wohnort der Familie Maria, durch die jeweiligen Grand-Slam-Turniere in Paris und New York „viel mehr Geld, viel mehr Optionen“. SUF

Vieles spricht für den FC Bayern – mal wieder

Münchenerinnen eröffnen die Fußball-Bundesliga

Am Ende war alles so, wie es die Verantwortlichen des FC Bayern am liebsten mögen. Sie sahen Fußballerinnen in sattroten Trikots, die unter silbernem Konfettiregen die Arme und einen glänzenden Pokal nach oben reckten; sie hörten Fans, die nach dem Triumph im Supercup selig die von der Stadionregie aufgelegte Klubhymne „Stern des Südens“ mitsangen. Und wenige Tage vor dem Bundesliga-Start an diesem Freitag bekamen sie auch noch eine nicht ganz unwichtige Erkenntnis mitgeteilt: „Für mich ist Bayern der Favorit auf die Meisterschaft.“

Das sagte nicht irgendwer, sondern Tommy Stroot, Trainer des Dauerrivalen VfL Wolfsburg, dessen Team ja selbst nach der Schale giert. Münchens Vorsprung schon vor dem ersten Ligaspiel leitete Stroot mitunter aus dem Gesehenen am Sonntagabend ab. Es war zwar bloß der Supercup, den der Deutsche Meister feiern durfte. Die Art und Weise des 1:0-Sieges über Pokalsieger Wolfsburg aber inspirierte. „Ich verstehe, warum wir vielleicht Favorit sind“, gab Bayern-Trainer Alexander Straus zu. Die Meisterschale landete in

den vergangenen zwölf Spielzeiten stets in Wolfsburg (7) oder München (5). Letztmals 2012 hieß der Meister nicht Wolfsburg oder Bayern, sondern Turbine Potsdam. Bei den Brandenburgerinnen eröffnen die Münchenerinnen heute die neue Spielzeit, die nach Wunsch von Bayern-Präsident Herbert Hainer mit der dritten Meisterschaft in Serie enden soll. „Endlich auch mal wieder den Pokal zu gewinnen und in der Champions League weit zu kommen“, forderte Hainer zudem. Das Potenzial dazu hat der auch in der Breite stark besetzte und kaum veränderte Münchner Kader.

Anders ist die Lage in Wolfsburg. „Wir haben drei Schlüsselspielerinnen verloren“, bedauert Stroot die Abgänge von Abwehrspezialistin Dominique Janssen (Manchester United), Stürmerin Ewa Pajor (FC Barcelona) und Mittelfeldstar Lena Oberdorf (FC Bayern). Die 22-Jährige fehlt aufgrund einer kurz vor Olympia erlittenen Kreuzbandverletzung aktuell allerdings auch den Münchenerinnen. Stroots Credo lautet daher: „Wenn Bayern was liegen lässt, wollen wir da sein. Wir wollen Bayern pushen ohne Ende.“ DW

ANZEIGE

Jetzt im Handel!

Cicero

MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR

Auf Messers Schneide

Deutschland und der Zerfall der inneren Sicherheit

„PÄDAGOGISCHE POLITIK IST GEFÄHRLICH.“
Juli 7. Jah.
im Interview

MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR

Cicero, das Magazin für politische Kultur:

Journalismus ohne Scheuklappen. Jeden Monat ein realistischer Blick auf Deutschland und die Welt. Inhalte für Menschen, die sich ihre eigene Meinung bilden.

1 AUSGABE GRATIS TESTEN!*

TELEFON: 0451 – 4906 440

CICERO.DE/PROBE

*Nutzen Sie jetzt das Cicero Kennenlern-Angebot und sichern Sie sich eine Cicero-Ausgabe gratis! Die Lieferung der Abo-Ausgabe ist versandkostenfrei. Sie haben ein gesetzl. Widerrufsrecht. Im Anschluss erhalten Sie Cicero im Jahresabo zum Preis von 141,60€. Nach der Mindestlaufzeit jederzeit kündbar. Die Belegung können Sie unter shop.cicero.de/agb abrufen. Verantwortlicher und Kontakt: Res Publica Verlags GmbH, Fasanenstr. 7-8, 10623 Berlin, Amtsgericht Charlottenburg, HRB 174539 B.

Wenn man davorsteht, wirkt das Karl-Marx-Monument von Chemnitz noch größer als auf Bildern

ter und dem Kaßberg für die Besitzenden. Kaßberg ist voller herrlicher Altbauten mit Fayencen an der Fassade. Im Arbeiter- und Migrantenstadtteil Sonnenberg residiert das „Lokomov“ in einem Backsteinbau, der um die Jahrhundertwende errichtet und 2010 durch einen privaten Käufer vor dem geplanten Abriss bewahrt wurde. Der Verein Klub Solitaer e.V. betreibt im Erdgeschoss eine Kneipe und Veranstaltungen, das Programm umfasst Kunst, Musik, Theater, Literatur und Film. „Einen Ankerpunkt für Kunst- und Kreativschaffende“ nennt Kulturmanager Robert Verch das Haus. Das, was Chemnitz schaffen will, wird hier im kleineren Maßstab bereits seit vielen Jahren versucht: aus einem Stadtraum mit vielen Problemen, eine intakte Gemeinschaft zu formen. Der Kulturhauptstadttitel, glaubt er, kann eine Stärkung der Selbstwirksamkeit für die Chemnitzer bedeuten, „doch das Versprechen, eine Kulturhauptstadt zu sein, kann man in einem Jahr nicht einlösen“. Die „Gegenwart“-Ausstellung sieht Verch als Gradmesser für die Stimmung in Chemnitz: „Im Jahr 2020 war da noch eine starke Polarisierung, dieses Jahr wirkt alles mehr nach innen, erzeugt weniger Widerspruch.“

Verch ist im Vorstand von Klub Solitaer e.V. und in Berlin aufgewachsen. Der

studierte Designer lobt die Hilfsbereitschaft unter Chemnitz' Kreativen. „Man kann Dinge leicht ins Rollen bringen, aber dann ist es wiederum schwer, eine kritische Masse zu erreichen“. Der viele Platz hier bedeute nicht automatisch Freiraum. Anders als im Westen sind Industrien in Chemnitz nicht nach und nach eingegangen, sondern mehr oder weniger alle auf einmal, nach der Wende. Dementsprechend großflächig vollzog sich die Deindustrialisierung, dementsprechend wenig ist seitdem in solchen Häusern passiert: „Es gibt schöne Immobilien, die aber häufig ohne Strom und ohne Wasseranschluss sind. Man muss also investieren, selbst um eine temporäre Nutzung zu ermöglichen.“ Wieder ist da eine Ambivalenz, ein Einerseits-Andererseits. Es hat sich vieles sehr verbessert seit 2018. Doch der Siegeszug der Rechten in den Umfragen und die bevorstehende Landtagswahl sorgt in der Chemnitzer Kulturszene für Unsicherheit. „Die Wahrscheinlichkeit, dass sich Dinge verändern, ist groß“, sagt Verch. Doch das, was sich in den Umfragen widerspiegelt, passiere so ähnlich in vielen Orten in Europa, nicht nur in Sachsen: „Es ist ein Zeitgeist, der uns alle angeht.“

Alle schauen auf Sachsen, aber Sachsen schaut auch zurück. In Chemnitz wird man als Besucher sofort mit seinen eigenen Vorurteilen gegenüber „dem Osten“ konfrontiert. Kann man, war vor Reisebeginn die Frage, hier einfach so abends herumlaufen? Wird man Rechte zu sehen bekommen? Wie sehen Rechte genau aus? Was würde man erleben, wenn man selbst nicht weiß wäre? Man stellt sich so einiges vor, um sich dann, am Anknüpfen, auf einem mehrtägigen Weinfest am Rathaus wiederzufinden und Riesling aus Sachsen zu trinken. Es ist ein Stadtfest, das ebenso in Franken, Hessen oder Baden stattfinden könnte. Chemnitz wirkt in diesen Sommertagen entspannt und lebensfroh. Im Kulturzentrum Weltecho ist an einem Mittwochabend jeder Tisch im Hof mit Zwanzigjährigen besetzt, die auch in Kreuzberg gerade ihr Abi gemacht haben könnten. Und im Freibad Stausee Rabenstein, wo man doch wenigstens mit ein paar problematischen Tattoos und aufgepumpten Skins gerechnet hätte, liegt ein tiefer Friede über den Wiesen. Kein Skin, nirgends. Aber es gibt sie, das sagen einem alle, mit denen man redet.

Die Chemnitzer sind freundliche Leute, wählen aber zu einem Drittel eine ausländerfeindliche Partei, deren sächsischer Landesverband vom Verfassungs-

schutz beobachtet wird, weil „er gegen die politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland agiert“. Wie geht das zusammen? Ihre massive Ambivalenz, ihre architektonische wie soziale Widersprüchlichkeit macht die Stadt interessant. Lange im Schatten des allgemeinen Interesses gelegen, schauen bald viele Augen auf Chemnitz. Das ist gut, aber es birgt auch ein Risiko. Wird es rechte Störaktionen geben, Übergriffe? Könnte es sein, dass sich die Stadt und damit auch Deutschland vor der Welt blamiert? Wird der Effekt der medialen Rehabilitation des tiefen Ostens zu nichte gemacht? Oder sind das alles journalistische Hirngespinnste?

Ferenc Csák sieht vor allem die Chancen des Kulturhauptstadttitels. Er hat die siegreiche Bewerbung, das sogenannte Bid Book, damals mitgeschrieben. Unter dem Motto „C the Unseen“ hatte man 2020 die finanziell und personell besser aufgestellten Städte Magdeburg, Hannover, Hildesheim und Nürnberg ausgestochen. Städte, die schon länger ein positives Selbstbild haben. „Ich denke, dass gerade solche Städte und Regionen den Kulturhauptstadt-Titel brauchen, die nicht an sich nicht glauben“, sagt Csák, spricht von einem neuartigen Selbstbewusstsein der Chemnitzer und davon, als Kulturhauptstadt mit der Geschichte und der Zeitgeschichte der Stadt zu arbeiten, ein Verständnis dafür zu schaffen, „wieso die Entwicklung dieser Stadt so verlief, wie sie verlief und welche verborgenen Schätze es hier gibt, die von außen noch nicht gesehen werden.“

Der Deutsch-Ungar ist seit 2015 Leiter des Kulturbetriebes der Stadt Chemnitz. Er studierte in Regensburg und war unter anderem Generaldirektor der Ungarischen Nationalgalerie. Vor einer politischen Einflussnahme auf das Programm so wie in Budapest hat er wenig Angst – darüber wache die EU-Kommission ziemlich streng. Die Unabhängigkeit des Kulturhauptstadtjahres, erklärt er, ruhe im Wesentlichen auf zwei Säulen: auf dem Personal und der Finanzierung. Es ist deshalb nicht die Stadt Chemnitz, die das Kulturhauptstadtprogramm veranstaltet, sondern eine eigens gegründete gemeinnützige GmbH. Nur Monate nach der Titelvergabe an Chemnitz, sagt der Beamte, stand bereits ein Finanzierungsvertrag, in dem festgelegt ist, welche Mittel der Kulturstadt GmbH wann zur Verfügung stehen. Normalerweise wissen die Städte das erst zwei bis einhalb Jahre vor dem Start. So hatte man Planungssicherheit. Csák hat sich auch

dafür eingesetzt, dass die Zusammenarbeit mit dem Freistaat nicht vom sächsischen Ministerium für Kultur koordiniert wird, sondern direkt in der Staatskanzlei. Es gibt dort mit Thomas Popp einen Beauftragten der Staatsregierung für die Kulturhauptstadt Chemnitz. Und es geht ja nicht nur um das eine Jahr, gibt er zu Bedenken – der sogenannte Legacy-Plan reicht bis ins Jahr 2035, das Bewerbungsverfahren begann 2018. Ein Kulturhauptstadtjahr ist mindestens eine Kulturhauptstadtdekade. Das ist so gewollt. „Der Titel Kulturhauptstadt Europas“, so beschreibt es die Europäische Union selbst, „bietet den Städten die Möglichkeit, ihr Image zu verbessern, den nachhaltigen Tourismus zu fördern und ihre lokale und regionale Entwicklung durch Kultur anzukurbeln. Gleichzeitig stärkt er die Vernetzung auf europäischer Ebene.“

Das Geld für Chemnitz 2025 allerdings kommt vom Bund, vom Land und aus der Stadt selbst, die EU gibt nur einen Bruchteil des Budgets von 91 Millionen Euro. Davon sind 31 Millionen für Infrastrukturmaßnahmen und 60 Millionen für operative Ausgaben vorgesehen, also das eigentliche Programm. Es werden keine neue Opernhäuser gebaut, sondern in die Stadtgesellschaft investiert. Hinzu kommen Sponsorengelder.

„Jede Stadt ist gut beraten“, sagt der Kulturamtschef, „diesen Kuchen nicht aufzuteilen, sondern zu vergrößern“, also Sponsoren zu gewinnen. Das passiert auch. Chemnitz arbeite mit 38 Kommunen um Umkreis zusammen, auf Dauer erwartet man sich ein Viertel mehr Besucher. Was aber passiert mit dem Kulturhauptstadtprogramm nach der Wahl? Im Chemnitzer Stadtrat, der im Juni gewählt wurde, bilden CDU und FDP eine gemeinsame Fraktion und sind gleichauf mit der AfD, der Bürgermeister kommt von der SPD. Auf Landesebene ist vor der Wahl alles offen. Zumindest die Nachfolgeprogramme von Chemnitz 2025 könnten von einer AfD-geführten Landesregierung noch abgesagt werden. Aber wäre der Effekt deshalb dahin? Überraschend war es für die meisten, sagt Csák, dass Chemnitz es überhaupt geworden ist. Es gehe ja nicht nur um das, was man von außen über Chemnitz denkt, sondern um die Chemnitzer selbst, die wieder an sich glauben können sollen.

Glaubt Chemnitz denn nun an sich? „Das Kulturhauptstadtjahr“, sagt Csák, „wird auf jeden Fall ein Quantensprung sein.“

Eine Anstalt im Dauerausnahmestand

Wie der RBB in Berlin seine Zukunft plant

Als Ulrike Demmer den Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) vor etwa einem Jahr übernahm, war schon klar, dass es für sie keine Schonfrist geben würde. Vor zwei Jahren wurden schwerwiegende Vorwürfe gegen die Amtsführung der damaligen Intendantin Patricia Schlesinger laut, daraufhin wurde die Managerin vom Sender fristlos entlassen. Im Abschlussbericht eines Untersuchungsausschusses ist von „organisierten Verantwortungslosigkeit“ die Rede. Um die Scherben erst einmal grob wegzufegen, kam Katrin Vernau als Interims-Intendantin vom WDR nach Berlin. Sie blieb ein Jahr und nordete die Anstalt auf einen Sparkurs ein, denn der RBB stehe am „finanziellen Abgrund“. Dann ging Vernau zurück nach Köln, wird dort im kommenden Jahr Intendantin.

VON CHRISTIAN MEIER

Ulrike Demmer hielt sich mit Ankündigungen zurück, auch als Signal, dass es um die Fortsetzung des Sanierungskurses geht, nicht um PR. Als Journalistin wusste sie vermutlich schon bei ihrem Antritt, was sie zu einer Runde von Pressevertretern sagte: „Die Forderung von Reformen klingt viel aufregender als die Umsetzung von Reformen.“

Dann kündigte sie aber auch zügig eine große Veränderung an. Da der Unterhalt der bestehenden Gebäude zu teuer sei habe man sich darauf verständigt, das 14-stöckige Senderhochhaus zu verkaufen. Und mit dem Sender in das daneben liegende „Haus des Rundfunks“ zu ziehen, das bis Ende 2032, so lange laufen die Planungen, entsprechend aus- und aufgerüstet werden muss. Wie teuer das wird – und ob es tatsächlich sinnvoll ist, ein fast hundert Jahre altes Gebäude zum Herz des RBB zu machen – das wird eine Kernfrage bleiben.

Mehrfach fiel von Intendantin Demmer und Verwaltungschefin Nicole Küchler-Stahn der Satz, dem RBB gehe es darum, gutes Programm zu machen, die Adresse des Absenders sei nicht entscheidend. Ebenfalls mehrfach erwähnten die Chefinnen, der RBB habe eine „schmale Kasse“. Das ist zwar bekannt,

es schadet aber nicht, darauf zu verweisen. Immer in den Proportionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gedacht, natürlich, der über mehr als zehn Milliarden Euro Budget verfügt. Doch kleinere Anstalten wie der RBB müssen anders haushalten. Das 2023 berechnete Defizit für Ende 2028 von 123 Millionen Euro sei mittlerweile auf prognostizierte 7,8 Millionen Euro geschrumpft.

Doch was, wenn die geplante, aber von einigen Bundesländern vorab abschlägig beschiedene Erhöhung des Rundfunkbeitrags zum 1. Januar 2025 nicht kommt? Der Mehrbetrag sei im Wirtschaftsplan berechnet, aber derzeit gesperrt. Gerechnet auf vier Jahre handle es sich um 58 Millionen Euro, die dann nicht zur Verfügung stünden. Mit jedem Tag werde es unwahrscheinlicher, dass die Erhöhung zumindest zum Jahresbeginn komme, sagte die Verwaltungschefin. Falls die Erhöhung komplett ausbleibe, sei ab 2026 mit weiteren strukturellen Einsparungen zu rechnen.

Bereits die aktuelle Situation führt dazu, dass die Produktion fiktionaler Formate wie Filme und Serien auch im kommenden Jahr ausgesetzt ist. Ausnahmen sind „Tatort“, „Polizeiruf“ und eine Degeto-Spielfilmproduktion. Bei einer Vorstellung neuer Formate verwies Programmdirektorin Katrin Günther auf das Vorabend-Magazin „Der Tag“, die Gesprächssendung „Wir wollen reden“ und Dokumentationen. Neu starten wolle der RBB ein TikTok-Format, das Nachrichten für junge Leute präsentieren soll.

Strategisch setze der RBB auf Neutralität, Nahbarkeit, Diversität. Der Begriff „Sender“ passe gar nicht mehr so richtig zum RBB, sagte die Programmdirektorin, schließlich befinde man sich im Dialog mit den Leuten in Berlin und Brandenburg. Es fiel auch der Satz, „Wir haben die Chance, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk anders zu denken.“ Das klingt nach einer Phrase. Die sehr realitätsnahe Darstellung der Lage der Anstalt durch Demmer, Küchler-Stahn und Günther ließ aber erkennen, dass sie es ernst meinen. Der Sender, sagte Demmer zur Begrüßung, befinde sich „noch immer im Ausnahmestand“.



Für die Kunstschau „New Ecologies“ strandete eine Walskulptur in einer Tiefgarage

RÄTSEL UND SUDOKU

VON STEFAN HEINE

explodierender Stern	Wortwechsel, Redestreit	Windrichtung	orientalisches Fleischtgericht	von Sinnen	Ältestenrat	früher: Schulgefängnis	Fremdwortteil; fern, weit	Steuern im MA.	Verbindungsstift	Pflanzenstiel	in Kürze	Bruchstück	spanische Anrede (Herr)	Toiletten	Westerschachspieler † (John)	zart		
dt. Schauspieler † (Erik)		Gehilfe					Naturwissenschaftler					sehr pikant						
beweglicher Sturzhelmteil				Autoabzweigung	europäisches Hochgebirge	4			Dickblattgewächs	altrömischer Grenzwall			Fremdwortteil: hoch, spitz		abtrünnig, illoyal			
				Transportgerät			eingedickter Fruchtsaft		Werkzeuggriff				Fremdwortteil: gegen	11				
Ruhepause	parasitärer Pilz an Obstbäumen	Fortbewegungsart			Geburtschmerz		Gespräch mit Gott			Widerhall (Mz.)	entkrampfen							
nachgiebig			Gebäudeverzierung	Transportgerät														
Bedrängnis	Maßeinheit der Frequenz	Unterstützung	erstklassig (ugs.)		Bargeld (ugs.)		Impfstoff		10		regietreu	Ansprache		Toilette, WC	nicht laut	Reitstiere in der Wüste	glatte Stöcke	
afrik. Schreitvogel								eine Amphibie		Stadt im alten Ägypten	dt. Spielkartenfarbe							
Import	Pralln-füllung	Funktions-träger		unbeweglich	Tuch herstellen													
Prügel (ugs.)	südwest-engl. Graf-schaft	Winkel-funktion	Rechnungs-betrag	Höchst-stand d. Mittags-sonne			alte Salben-heit-pflanze	Schal-einrich-tung		griech. Philo-soph der Antike	Männer-namen		den Mund betref-fend	brasilia-nischer Fußbal-lstar †		deutsche Vorsilbe	privater TV-Sender (Abk.)	
Zeit-angabe																		
Honig-wein	clever																	
Stoff-zier-band	gekrüm-mter Stift	obere Mauer-leisten																
Trikot-hemden																		
poetisch: Hecke Berg-spitze																		
Schaden am Auto Nutzler d. Lappen																		

			5						9
		8	2					7	
4			6						
9									3
	1						6		2
	5		9						
6			4						7

	3								6
4	6							5	9
	7		5				6		8
		8		5			6		
			6		1				
		2		8			3		
	8		1		9			5	
2		3						7	8
	5								4

Jede Ziffer von eins bis neun wird in jeder Spalte, jeder Zeile und in jedem 3x3-Feld genau einmal eingetragen. Das obere Sudoku ist von mittlerer Schwierigkeit, das Rätsel darunter etwas leichter.

7	5	6	7	1	8	9	8	9	9	7	6	8	7	8	1	5	7
8	8	1	9	6	2	5	7	7	8	1	5	9	7	6	2	8	7
7	7	9	8	8	1	6	2	2	8	2	6	2	1	7	8	9	8
8	8	7	7	2	5	9	1	6	1	6	8	7	8	2	9	5	8
6	2	5	8	1	9	2	7	7	5	7	8	1	6	9	1	7	8
1	9	7	8	2	6	2	5	8	7	7	9	8	2	8	1	6	6
7	1	6	8	7	8	9	5	5	7	8	7	9	8	5	6	1	1
5	2	8	1	9	7	6	2	8	6	8	5	2	1	8	9	7	7
9	6	8	2	5	8	7	2	1	2	1	9	2	7	6	5	8	8

Im Jahr 1938 gewann Leni Riefenstahl „Olympia“-Film das Festival in Venedig – 86 Jahre später läuft auf diesem Festival die Dokumentation „Riefenstahl“, die als erste Zugriff auf ihren Nachlass hatte. Zum ersten Mal ist es nun möglich, zu unterscheiden, was im Leben der Regisseurin Wahrheit und Legende ist. Ein Gespräch mit dem Regisseur Andres Veiel darüber, warum uns die Vorzeigefrau des NS-Films heute immer noch nicht loslässt.

VON HANNS-GEORG RODEK

WELT: Warum Riefenstahl?
ANDRES VEIEL: Ich habe mir die gleiche Frage gestellt – aber die wurde mit dem Zugang zum Nachlass schnell beantwortet.

WELT: Wo liegt der?
VEIEL: Leni Riefenstahl starb 2003, und Erbe war ihr Lebensgefährte Horst Kettner. Als der 2016 starb, fiel alles an ihre frühere Haushälterin. Die hat die nicht-kommerziellen Rechte des Nachlasses 2018 an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) übergeben. Die kommerziellen Rechte hatte der Produzent Holger Roost erworben...

WELT: ... der aus Riefenstahl-Material über die Nuba den Film „Sehnsucht nach Unschuld“ montiert hat, der im Mai im Münchner Filmmuseum gezeigt werden sollte. Was die Stadt untersagte.

VEIEL: Sandra Maischberger hat von der SPK das Recht bekommen, die 700 Kisten Nachlass zu sichten, und ich habe das Team eingebracht, das schon die Recherchen für meinen Beuys-Film besorgte. Das hat mir bereits interessante Zwischenergebnisse gemeldet, darunter ein 25-Seiten-Konvolut, in dem Riefenstahl ausführlich Kindheit und Jugend beschreibt. Für die gleiche Periode gab es den Entwurf zu ihren Memoiren und die schließlich gedruckten Erinnerungen. Wir haben festgestellt, dass die drei Texte erhebliche Unterschiede aufweisen.

WELT: Welcher Art?
VEIEL: Es geht um Gewalterfahrungen. Als Fünfjährige wurde sie von ihrem Vater einfach ins Wasser geworfen, um Schwimmen zu lernen, und das war nicht der einzige Akt einer autoritären Gewalterziehung. Sie hat viel Demütigung erfahren, aber die kommt in den Memoiren kaum mehr vor. Wann und wie und warum sie die Erzählungen über ihr Leben wechselt und korrigiert, das war interessant. Es ging nicht darum: Lügt diese Frau? Beschönigt sie ihre Biografie? Den Sermon einer nur ihrer Kunst lebenden Regisseurin kennen wir aus den 200 Stunden TV-Interviews, die sich im Nachlass finden. Sie verbittet sich häufig, zu Politischem befragt zu werden, aber sie weiß genau, dass die Nähe zu Hitler ihr Alleinstellungsmerkmal ist. Also empört sie sich zunächst – und redet dann eine halbe Stunde über ihre Beziehung zu ihm.

WELT: Warum Riefenstahl heute?
VEIEL: Zum einen war sie ein Prototyp

von Fake News. Sie hat ihre Lügen so lange wiederholt, bis sie von vielen übernommen wurden. Zum Beispiel hat sie in einer Talkshow behauptet, sie sei nach Kriegsende drei Jahre in Gefängnissen gesessen und habe genug gelitten. De facto haben die Amerikaner sie vier Wochen in einer Edellunterkunft festgehalten, und nach einer Woche luden ihre jüdischen Vernehmer sie zum Tee im Casino ein. Die Franzosen haben sie kurz inhaftiert und dann in eine Art „Hausarrest“ entlassen; sie durfte einen Landkreis im Schwarzwald nicht verlassen. Diese Legendenbildung können wir nun wie unter einem Mikroskop untersuchen. Zum anderen die Permanenz ihrer Ästhetik. Ich rede nicht nur von dem Rammstein-Video und der Fa-Duschreklame. Sehen Sie sich die Siegesparade vom 9. Mai 2022 in Moskau oder die Eröffnung der Winterolympiade 2022 in Peking an, Mischungen aus „Olympia“

und „Triumph des Willens“: der dressierte Körper, die streng durchdeklinierte Choreografie, die Verehrung des Siegreichen und Erhabenen, die immer einher geht mit der Verachtung des Schwachen und Kranken – eine Verbindung, die Riefenstahl immer gelehrt hat.

WELT: Sie stammen aus einer Soldatenfamilie.
VEIEL: Ja, und auch in meiner Familie wurden gewisse Legenden in die Welt gesetzt. Mein Vater war Offizier, und mein Großvater Panzergeneral im Russlandfeldzug. Der Großvater wurde immer als „Papa Veiel“ bezeichnet, als herzenguter Kommandeur. In das Attentat vom 20. Juli 1944 war er eingeweiht und hat sogar einen Gauleiter festnehmen lassen. Wie kam es dann aber, dass er nie verhaftet worden ist? Die Erklärung war lange Zeit, dass er der verantwortliche General für Baden und Würt-

temberg war, die Amerikaner rückten näher, da habe man einen guten General gebraucht. Ich habe erst während meiner Arbeit an „Riefenstahl“ begonnen, selbst über ihn zu recherchieren, weil ich mit dieser Legende lange gut leben konnte. Und da bekam ich aus der Militärakte meines Großvaters ein Entlassungsschreiben für ihn von Heinrich Himmler in die Hand, in dem der sich für die „stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit“ bedankt. Ein Wehrmachtsgeneral arbeitet „gut und vertrauensvoll“ mit der SS zusammen, die im Gefolge der Armee Völkermord begeht? Anschließend bin ich in meiner Familie selbst einer Legende zum Opfer gefallen.

WELT: Werden solche Legendenstürze für die nächste Generation, zum Beispiel Ihres Sohn, noch so wichtig sein wie für Sie?

VEIEL: Ich habe vorletztes Jahr eine Reise mit ihm nach Norwegen unternommen. Da hat er zum ersten Mal nachgefragt, wollte viel wissen, da war er 24. Studiert hat er Biologie.

WELT: Was weiß die Generation Z über Riefenstahl?
VEIEL: Sehr Rudimentäres, sie kennt den „Olympia“-Film, vielleicht noch „Triumph des Willens“ – und dann hört es auf. Das war für uns stets die Frage: Wieviel müssen wir in unserem Film erklären, wieviel können wir voraussetzen? Ich hatte zwischendurch die Idee, Riefenstahl als Avatar auftreten zu lassen und habe dafür mit einer börsentragenden Freude 30 Seiten geschrieben, ein Interview, bei dem ich sie fertig mache und sie mich fertig macht. Eine einzige Schlammschlacht. Da wollte ich ihr all die Fragen stellen, die man erst mit Kenntnis des Nachlasses stellen kann.

Dann kam der Ukraine-Krieg, und ich habe die Idee als zu frivol verworfen.

WELT: Haben Sie eine konkrete Ahnung, was Riefenstahl aus den 700 Kisten aussortiert hat?
VEIEL: Es gibt Spuren, es ist ihr genügend durchgerutscht. In Nachlass findet sich ein Zehn-Zeilen-Hinweis: „Interview Daily Express April 1934.“ Das Interview fehlt – aber man kann es im Express-Archiv finden. Sie erzählt darin, sie sei 1931 zu den Dreharbeiten zum „Blauen Licht“ unterwegs gewesen und habe in einer Bahnhofsbuchhandlung „Mein Kampf“ gekauft: „Nehme das Buch mit. In jeder Drehpause. Im Zug. Am Wasser. Im Wald. Schon nach der ersten Seite bin ich überzeugter Nationalsozialist.“ Und das 1931, zwei Jahre vor der Machtergreifung. Dieses sie belastende Interview ist im Nachlass nicht drin. Dafür Hunderte von Gesprächen von ihrem Anrufbeantworter. Einmal sagt jemand, es werde zwei Generationen dauern, dann werde Deutschland wieder zu Sitte und Moral zurückkehren, und sie stimmt ihm zu: „Das deutsche Volk hat ja die Anlage dafür“.

WELT: Gibt es in der deutschen Geistes- und Kulturgeschichte der vergangenen 100 Jahre eine halbwegs vergleichbare Figur?
VEIEL: Ja, ich denke zum Beispiel an Arno Breker, den Bildhauer, Gottfried Benn und Will Vesper in der Literatur. Im Film Veit Harlan, aber der ist ambivalenter und der bessere Drehbuchautor und hat deshalb ein Comeback nach dem Krieg geschafft – was Riefenstahl nicht vergönnt war, weil sie eine miserable Autorin war. Ich habe mir all ihre Skripte genau angeschaut, ungefähr 25, voll von beschwörendem Pathos und schwacher Figurenzeichnung.

WELT: Was wollte sie denn nach dem Krieg drehen?
VEIEL: Alles Mögliche, von einer Skifahrerkomödie namens „Die roten Teufel“ über einen Dokumentarfilm über die spanische Seele bis zu „Die schwarze Frucht“, einen Sklaverei-Film. Nichts kam zustande, bis sie mit ihrem Fotoband über die Nuba in Afrika wieder Erfolg hatte.

WELT: Niemand redet mehr über Breker und Vesper und einige wenige über Benn. Warum wird über Riefenstahl geredet?
VEIEL: Weil ihre Ästhetik überlebt hat. Und weil wir der Kraft der Lüge tagtäglich ausgesetzt sind, den Fake News. Es hat auch mit ihrer Person zu tun, der Bewunderung für eine Frau, die vehement gegen das Alter kämpfte, einen 40 Jahre Jüngeren als Gefährten nahm, sich Sauerstofftherapien unterzog, die mit 70 den Tauchschein machte, sich ungefähr 25 Schönheitsoperationen unterwarf, im Alter von 97 einen Flugzeugabsturz überlebte. Horst Kettner hat das alles auf Film aufgenommen, und sie hat rigoros bestimmt, was über sie veröffentlicht werden durfte. Die totale Kontrolle, bis zu einem Interview zu ihrem 100. Geburtstag, wo sie die Kamera so platzieren lässt, dass eine Gesichtsfalte nicht auffällt. Sehr heutig.



1937 begrüßt Leni Riefenstahl Adolf Hitler in ihrer Berliner Villa

„Leni Riefenstahl war ein PROTOTYP von Fake News“

Der Dokumentarfilmer Andres Veiel hat Leni Riefenstahls Nachlass zum ersten Mal umfangreich ausgewertet. Bei den Filmfestspielen in Venedig läuft „Riefenstahl“ 86 Jahre, nachdem die Hitler-Regisseurin das Festival mit „Olympia“ gewann. Ein Gespräch über Lügen, Mythen und Verdrängung



IMAGO/REINER ZENISEN/IMAGO STOCK

FAMILIENBANDE

HANNAH LÜHMANN



Wie ein Dachgarten in Fulda Eltern-Burnout heilt

Wie soll ich Ihnen beschreiben, was mir und meiner Familie letzte Woche widerfuhr? Wie Ihnen unsere Begeisterung, unsere Erleuchtung schildern? Wie Ihnen das Ausmaß der Überraschung darüber nahebringen, dass es ausgerechnet in Fulda, der mittelgroßen Barockstadt in Ostthessen, aus der die Familie meines Freundes stammt, geschah? Und dann auch noch auf einer Dachterrasse, die im vergangenen Winter noch der vereiste Parkplatz eines alten Kaufhauses war? Vielleicht muss ich mit dem Sandkasten beginnen, der den Fuldaer „Rooftop-Biergarten“ mit dem süßen Namen „Karlichen vom Dach“ beherrscht: Ich habe nicht nachgemessen, aber ich möchte ihn „fußballfeldgroß“ nennen (was er natürlich nicht ist), einfach nur, um sein bemerkenswertes Ausmaß von allen möglichen anderen Sandkästen abzuheben, mit denen ich bisher zu tun hatte.

ES LEBE DIE MATSCHEPAMPE
Er war gigantisch. Er war voller Spielzeug. Er war von Sonnensegeln geschützt. Er zog unsere beiden kleinen Kinder magisch an. Neben dem Sandkasten durfte man (auf einer Dachterrasse!) einen Schlauch mit Wasser laufen lassen, sodass die Kinder mit ihren Plastikförmchen regelmäßig nachladen und eine riesengroße Matschepampe anrühren konnten. Wer

Kinder hat, weiß, was Matschepampe bedeutet: Ruhe! Auf unbestimmte Zeit... Und, in diesem Fall, Drinks... Während ich, die Füße im kühlen Matsch, auf der sonnenbeschienenen Bank neben dem Spielplatz selig vor mich hin träumte, die Kinder nicht nur beschäftigt, sondern auch abgesichert wissend (die Dachterrasse ist an den Rändern natürlich hochsicherheitsmäßig geschützt, das Gelände insgesamt so herrlich übersichtlich, dass man sich keinerlei Sorgen machen musste), organisierte uns mein Freund die köstlichsten Chili-Avocado-Pommes, die ich seit Langem gegessen habe, sowie zwei riesengroße Gläser Weißweinschorle.

Für den Fall, dass ich jetzt etwas gewerblich klinge, ich bin noch nicht fertig, ich möchte hier nämlich exemplarisch zeigen, wie genial menschenfreundlich eine Location gemacht sein kann, auch um die Frage aufzuwerfen, warum ZUR HÖLLE es so etwas in Berlin, wo wir leben, nicht gibt? Ich

glaube allen Ernstes, „Karlichen vom Dach“ kann Beziehungen retten, Eltern-Burnout heilen, Einsamkeit lindern, das Auseinanderdriften der Gesellschaft aufhalten.

HILFT AUCH GEGEN AFD
Mein Freund verstieg sich zu der These, wer einmal hier gewesen sei, könne nicht mehr AFD wählen. Ich habe ausnahmslos nur gutgelaunte Menschen dort gesehen, und damit meine ich ausdrücklich nicht nur Familien. Da waren auch kinderlose Freundinnengruppen, einzelne ältere Menschen, Kinder verschiedenster Altersgruppen bis hin zu Teenagern... Wie oft scheitern Verabredungen im Erwachsenenalter daran, dass man einfach keinen gemeinsamen Ort findet, der für Menschen mit Kindern und Menschen ohne Kinder gleichermaßen erträglich ist? Dieses Problem löst „Karlichen vom Dach“, denn natürlich gibt es dort nicht nur den Sandkasten, es gibt dort auch lausch-

ge Sitzgelegenheiten, hübsche Pflanzenkästen, überaus freundliche Kellner, eine Fläche, auf der Gemüse angebaut wird. Nicht zu vergessen die vorzüglichen Drinks und das Essen. Nachdem unsere Kinder genug hatten von Sandkasten, wechselten Sie in die Leseecke, begannen, dort, eine Burg aufzubauen, an einem Würfel herumzuknobeln... Wir sahen Kicker-Tische, Tanzflächen, sogar ein Klavier... Es war unglaublich, paradiesisch, und vor allem eben so einfach und modern: So muss doch bitte Stadt gedacht werden! Nach oben, klimafreundlich, inklusiv, Begegnungsorte schaffen! Wenn man sich mit Stadtplanern unterhält, hört man oft: Die Theorie ist da, aber es scheitert häufig an der Praxis. Ich frage mich, warum in Berlin, wo all die Start-Up-Hipster und Kreativbubble-Menschen, die eben noch mit mir in ihren späten Zwanzigern waren, doch immer noch leben müssen, so etwas nicht gelingt. Wollen die sich nicht auch mal entspannen mit ihren Kindern? Was machen sie am Wochenende? Sind die immer noch im Berghain? Warum mieten sie kein Dach an? Wo geht die ganze kreative Energie hin wenn nicht in die Frage, wie unsere alternde, polarisierte, kinderarme Gesellschaft wieder jünger, harmonischer und kinderlieber werden kann? Mein absolutes Highlight im „Karlichen vom Dach“ war übrigens der

Gang zum Wickeltisch, auf dem allen Ersten Windeln auslagen, außerdem Tampons, Deo, Handcreme, alles was das (Eltern)herz begehrt... Ich habe zwar keine Menschen mit Rollstuhl gesehen und hatte leider nicht die Zeit, herauszufinden, wie behindertengerecht die Location wirklich war, aber es kommt mir vor, als wäre dies ein Ort, der wirklich an alle denkt, ein Ort, an dem Worte wie „Inklusion“, „Zukunftsdenken“, „Klimafreundlichkeit“ endlich einmal den Bereich der Floskel verlassen dürfen. Ein Ort, an dem mit lässiger Progressivität gezeigt wird, wie Zusammenleben im 21. Jahrhundert aussehen würde, wenn ein bisschen kreativer gedacht werden würde.

WORKSHOPS IN BAUMÄRKTEN
Bemerkenswert war übrigens auch das sich sofort einstellende Gefühl, diesen Ort unbedingt pfleglich zu behandeln – man ließ, völlig freiwillig, das Wasser keine Sekunde zu lange laufen, achtete akribisch darauf, keinen Müll zu hinterlassen... Vielleicht ist das auch der Grund, warum es so etwas in Berlin nicht gibt: Die Verrohung ist einfach so weit fortgeschritten, dass die Menschen sich eben nicht so rücksichtsvoll verhalten würden, wie es dem Ort angemessen ist. Der Soziologe Rainald Manthe hat in der „Zeit“ gerade ausführlich darlegen dürfen, wie wichtig Orte der alltäglichen,

beiläufigen Begegnung für unsere Demokratie sind. Es gibt immer weniger Kinos, Vereine, Schwimmbäder... Manthes etwas dürrtiger Lösungsvorschlag bestand nun darin, im örtlichen Baumarkt Workshops zum Anbringen von Solarzellen zu veranstalten. Man könne die Zeit nicht zurückdrehen, es helfe nichts, immer neue „Begegnungsorte“ einzurichten. Karlichen zeigt für mich: Man kann die Zeit nicht zurückdrehen, aber man kann sie mit Verve vordrehen, wenn man nur ein bisschen Ideen und Gestaltungsfreiraum hat.

ORTE DES GUTEN GEWISSENS
Also noch einmal: Warum müssen wir in Berlin den immer gleichen (sehr netten) Italiener mit diesem Sandloch in der Mitte (für das wir sehr dankbar sind) aufsuchen, wenn wir mal mit Kindern essen gehen wollen? Oder diesen an sich sehr schönen Biergarten in Dahlem mit seinem Spielplatzstreifen, bei dem man immer aufpassen muss, dass die ungünstig in der Mitte gelegenen Schaukeln nicht die Kleinsten enthaupen? Kann es wirklich sein, dass es hier keinen Ort gibt, an dem man guten Gewissens mit seinen kinderlosen Freunden und den Kindern gemeinsam abhängen kann? Oder gibt es so etwas längst außerhalb von Fulda? Habe ich etwas übersehen? Ich freute mich über Ihre Erfahrungsberichte.